



# Abschlussbericht

Abschlussbericht der Bundesprogramme

**„VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt,  
Toleranz und Demokratie“**

und

**„kompetent. für Demokratie –  
Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“**

Förderphase 2007–2010





<b>1. Zentrale Botschaften</b>	<b>2</b>
<b>2. Allgemeine Einführung</b>	<b>4</b>
<b>3. Umsetzung der beiden Bundesprogramme</b>	<b>5</b>
3.1 „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“	5
3.1.1 Programmausrichtung	5
3.1.2 Programmstruktur	5
3.1.3 Projektförderung	6
3.1.4 Veranstaltungen und Kommunikation	8
3.1.5 Erfahrungen und Ergebnisse	10
3.2 „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“	11
3.2.1 Programmausrichtung	11
3.2.2 Programmstruktur	11
3.2.3 Veranstaltungen und Kommunikation	14
3.2.4 Erfahrungen und Ergebnisse	14
<b>4. Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitungen</b>	<b>15</b>
4.1 Lokale Aktionspläne	15
4.2 Modellprojekte – Themencluster 1	18
4.3 Modellprojekte – Themencluster 2	20
4.4 Modellprojekte – Themencluster 3	24
4.5 Modellprojekte – Themencluster 4	27
4.6 Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus	29
<b>5. Ergebnisse der Programmevaluation</b>	<b>34</b>
5.1 Einleitung und Kurzvorstellung	34
5.2 Methodisches Vorgehen	35
5.3 Ergebnisdarstellung	36
5.3.1 Zur Umsetzung der Handlungskonzepte der Bundesprogramme	36
5.3.2 Bezüge zu den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe	38
5.3.3 Synergiepotenziale zwischen den Bundesprogrammen	38
5.4. Perspektiven und Empfehlungen	39
<b>6. Zusammenfassung und Ausblick</b>	<b>40</b>
<b>ANHANG</b>	<b>43</b>

# 1. Zentrale Botschaften

**a)** Die Förderung des zivilen Engagements und des demokratischen Verhaltens sowie der Einsatz für Vielfalt und Toleranz können nur dann erfolgreich gelingen, wenn alle Akteure zusammenarbeiten. Dies ist in den beiden Bundesprogrammen „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“<sup>1</sup> in den Jahren 2007 bis 2010 überaus erfolgreich gelungen. Bund, Länder und Kommunen haben erstmals ihr Engagement für ein demokratisches Zusammenleben gebündelt und gemeinsam Handlungsstrategien entwickelt. Eng vernetzt arbeiten Entscheidungsträger auf politischer Ebene mit Verwaltungen und Ämtern genauso wie mit zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Initiativen zusammen.

Seit Programmbeginn konnten so im Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“ 90 Lokale Aktionspläne unterstützt werden, die fast 5.000 Einzelprojekte initiierten. Zudem wurden seit Beginn der Förderphase insgesamt 93 Modellprojekte im Kontext „Jugend, Bildung und Prävention“ gefördert. Im Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ wurden in allen 16 Ländern landesweite Beratungsnetzwerke aufgebaut, in denen Expertinnen und Experten aus Politik und Verwaltung sowie aus zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Initiativen ihr Fachwissen bündeln und es Menschen, die sich mit rechtsextremistischen Tendenzen auseinandersetzen müssen, zur Verfügung stellen. Hauptzielgruppe sind Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Ziel des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT.“ ist, Demokratie, Vielfalt und Toleranz als zentrale Werte der gesamten Gesellschaft zu festigen und Kinder und Jugendliche früh für diese grundlegenden Regeln eines friedlichen und demokratischen Zusammenlebens zu gewinnen. Das Bundesprogramm fördert deshalb vor allem die politische Bildung sowie die Arbeit im präventiv-pädagogischen Bereich. Das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ stellt mit seinen Beraterinnen und Beratern einen Beitrag zur aktiven Bekämpfung rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Aktionen und Handlungen dar. Es ergänzt das präventiv-pädagogisch ausgerichtete Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“.

Beide Bundesprogramme wurden jährlich mit insgesamt 24 Mio. EURO vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Dabei entfielen auf das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“ 19 Mio. EURO pro Jahr; auf das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ 5 Mio. EURO pro Jahr.

**b)** Die erzielten Ergebnisse in beiden Bundesprogrammen verdeutlichen, dass die Entwicklung integrierter lokaler Präventionsstrategien in Form von **Lokalen Aktionsplänen**

zielführend ist. Die Zusammenarbeit und Kooperation auf „Augenhöhe“ zwischen den kommunal Verantwortlichen und den lokalen Akteuren der Zivilgesellschaft – von den Kirchen über Vereine und Verbände bis hin zu engagierten Bürgerinnen, Bürgern und Jugendlichen – ist dabei der wichtigste Erfolgsfaktor. Gemeinsam werden Strategien gegen rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen vor Ort entwickelt und dann zusammen im lokalen Begleitausschuss in Aktionen und Projekten umgesetzt.

Durch die Etablierung von Begleitausschüssen als strategische Entwicklungs- und Entscheidungsgremien bei der Umsetzung von Lokalen Aktionsplänen konnte eine intensive Vernetzung und Kooperation von kommunal Verantwortlichen und Zivilgesellschaft erreicht werden.

Auch innerhalb von Verwaltungen lassen sich Hinweise auf positive Veränderungen im Sinne von ressortübergreifendem Austausch und gemeinsamen Planungen finden – bei allerdings fortbestehendem Entwicklungsbedarf. Die durchgehende Einbeziehung dieser sogenannten Ämternetzwerke in die Begleitausschüsse weist auf eine erfolgreiche Einbindung kommunaler Akteure hin.

Die Einrichtung von lokalen Koordinierungsstellen wird als elementare Voraussetzung für die Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans gesehen. Sie sind der „Motor“ des Lokalen Aktionsplans und verantworten die operative Steuerung, unter anderem auch bei der Vermittlung zwischen den Interessen vieler unterschiedlicher Beteiligter.

Ein wichtiges Umsetzungsinstrument sind die Einzelprojekte. Sie stellen nicht nur eine Sensibilisierung und Aktivierung der Akteure vor Ort sicher und schaffen Angebote für spezielle Zielgruppen, sondern bilden die Grundlage für Netzwerkbildungen, nehmen Einfluss auf politisches Handeln und Verwaltungshandeln, erreichen Öffentlichkeit und verankern demokratische und humanistische Werte.

**c)** Es wurden vielversprechende **Modellprojekte** im Feld des Demokratielernens und der Prävention von Rechtsextremismus erprobt; eine vergleichende systematische Auswertung von Projekterfahrungen wird dabei als hilfreich erachtet.

Im Themenbereich „**Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus**“ ist es den Modellprojekten gelungen, auch schwierige Zielgruppen anzusprechen. Für die Zukunft erscheint es jedoch wichtig, noch deutlicher den Fokus auf die Weiterentwicklung geschlechterreflektierender Ansätze mit jungen Männern und jungen Frauen sowie auf die Auseinandersetzung mit zeithistorischen Themen und die Erprobung von Modellen der Eltern- und Familienarbeit zu legen.

<sup>1</sup> Im Folgenden werden die beiden Bundesprogramme durch „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ dargestellt.



Bei der „Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“ sind Konzepte dann erfolgreich, wenn sich die Projektpartner auf die spezifischen Verhältnisse langfristig eingelassen und eine gruppenzentrierte Arbeit mit eher individuell orientierten Aktivitäten verknüpft haben. Tragfähige und „lernfähige“ Kooperationsbeziehungen bei der Umsetzung von Modellprojekten sind dabei besonders förderlich. Vor dem Hintergrund der Umsetzungserfahrungen sollen zukünftig stärker gefährdete Jugendliche im Sinne von „rechts-extremistisch orientiert“ angesprochen werden.

Im Bereich „Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft“ wird zukünftig noch mehr die inhaltliche Ausrichtung auf die gleichberechtigte Einbindung und Teilhabe von Migrantenselbstorganisation, Migrantinnen und Migranten erfolgen müssen. Nur so können individuelle Sichtweisen und Bedürfnisse, aber auch Erwartungen im täglichen Miteinander von Werten wie Vielfalt und Toleranz in einer Integrationsgesellschaft Berücksichtigung finden.

Im Themenbereich „Früh ansetzende Prävention“ wurden die Angebote der geförderten Modellprojekte sehr gut nachgefragt – sogar über ihre Kapazitäten hinaus. Hierin zeigt sich, dass mit dem Bundesprogramm auf einen wichtigen Handlungsbedarf reagiert wurde. Wissenszuwachs und Veränderungen bei der Verhaltenseinstellung der beteiligten Zielgruppen im Projekt wurden von der Wissenschaft aufgezeigt. Zukünftig gilt es, in diesem Themenfeld, die Zusammenarbeit mit Kita-Kindern und die Einbeziehung von Eltern noch stärker zu befördern.

**d)** Mit der Etablierung der landesweiten **Beratungsnetzwerke** in den Ländern wurde eine Lücke in der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht staatlichen Akteuren geschlossen. Die Mehrheit der Beratungsprozesse vor Ort wurde erfolgreich abgeschlossen. Die Beraterinnen und Berater entwickeln auf die konkrete Problemstellung bezogene Leit- und Handlungsziele mit den Beratungsnehmerinnen und -nehmern. Beratungsanlässe ausschließlich krisenhaft zu definieren, hat sich auch aufgrund der zahlreichen komplexen und mehrdimensionalen Problemlagen in der Praxis der Beraterinnen und Berater nicht bewährt. Erfolgsbedingungen sind die Professionalität der Beraterinnen und Berater, die Einbindung relevanter Akteure und deren Vernetzung. Entwicklungsbedarf besteht hinsichtlich des Formalisierungsgrades von Zielvereinbarungen, Beratungsplänen und Dokumentationssystemen sowie der Fortschreibung von Qualitätsstandards.

**e)** Neben dem geschlossenen Vorgehen der Regierungen auf Bundes- und Landesebene im erfolgreichen Kampf gegen Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, wurde als zweites Standbein die bundesweite Initiative „Orte der Vielfalt“ am 26. November 2007 mit zahlreichen Verbänden ins Leben

gerufen. Die Initiative will alle demokratischen Kräfte in Städten, Gemeinden und Kreisen bei ihrem Einsatz für Vielfalt, Toleranz und Demokratie vor Ort unterstützen und dieses Engagement langfristig und überall vor Ort sichtbar machen. Jede Kommune, die sich mit Bündnissen, Netzwerken, Projekten oder Veranstaltungen nachhaltig und in besonderem Maße für die Ziele der Initiative engagiert, wird von der Bundesregierung mit dem Titel „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet. Seit 2008 wurden bereits 159 Städte, Gemeinden und Landkreise für ihr beispielhaftes Engagement ausgezeichnet. Das sind insgesamt 2.138 Gemeinden mit 22,7 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Rahmen der Ergebniskonferenz 2010 der Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ wurden in der dritten Auszeichnungsrunde weiteren 52 Kommunen der Titel „Ort der Vielfalt“ verliehen.

**f)** Die grundsätzliche Ausrichtung der Bundesprogramme, das heißt die Fokussierung auf Maßnahmen der primären und sekundären Prävention im Jugendalter, gekoppelt mit Beratungsangeboten, hat sich bewährt. In der zweiten Förderperiode sollen die einzelnen Programmteile noch stärker als bisher aufeinander abgestimmt werden, damit Synergiepotenziale besser genutzt werden können. Im Sinne der Nachhaltigkeit sollen die lokalen und landesweiten Netzwerke dahingehend unterstützt werden, dass sie in bestehende regionale und landesweite Strukturen überführt werden können. Dazu gehören die Stärkung der Professionalität sowie die Etablierung eines Qualitätsmanagements. Qualitätsmanagement heißt dabei nicht administrative Kontrolle, sondern die Fähigkeit, die gemeinsamen Strategien für gelungene präventiv-pädagogische sowie praktische Beratungstätigkeit darzustellen. Diese Weiterentwicklung soll die vorurteilsfreie Übertragung von Erfahrungen ermöglichen und Potenziale nutzbar machen. Dies geschieht zukünftig unter einem gemeinsamen Dach mit der Überschrift „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



# 2. Allgemeine Einführung

In der Jugendpolitik hat die Bundesregierung seit 2001 mit dem Aktionsprogramm „**Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus**“ einen Schwerpunkt bei der Prävention und Bekämpfung rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Erscheinungen gesetzt. Das Aktionsprogramm bestand aus den drei Teilprogrammen „**ENTIMON – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus**“, „**CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern**“ und „**XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt**“ (gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds), die mit ihren unterschiedlichen Ansätzen verschiedene Schwerpunktsetzungen zur Förderung präventiv-pädagogischer modellhafter Maßnahmen und Projekte abdeckten. In insgesamt über 4.500 Projekten, Initiativen und Maßnahmen wurden vor allem junge Menschen erreicht.

Die Entwicklung und Bewertung der in der Vergangenheit durchgeführten Programme zur Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus hat gezeigt, dass es neben konsequenter Strafverfolgung bei Straftaten, nötiger Jugend- und Präventionsarbeit sowie beharrlicher Bekämpfung sozialer Ausgrenzung vor allem darum geht, die Integrationspotenziale der Zivilgesellschaft zu nutzen.

Der Staat (Bund, Länder und Kommunen), die Wirtschaft und die Akteure der Zivilgesellschaft müssen gemeinsam neue Wege bei der Partizipation und bei der Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse gehen. Die Akteure vor Ort tragen dabei eine besondere Verantwortung bei der Analyse der Situation; dem Staat obliegt die bedarfsgerechte Förderung von Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements. Dementsprechend sind die aktuellen Bundesprogramme auf das Fördern und die Unterstützung von Demokratie, Vielfalt und Toleranz in lokalen und landesweiten Netzwerken ausgerichtet.

Ziel des auf Nachhaltigkeit angelegten Bundesprogramms „**VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**“ ist es, Demokratie, Vielfalt und Toleranz als zentrale Werte der gesamten Gesellschaft zu festigen und gerade Kinder und Jugendliche auf präventiv-pädagogische Weise für die grundlegenden Regeln eines friedlichen und demokratischen Zusammenlebens zu begeistern. Pro Jahr hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dafür 19 Mio. EURO zur Verfügung gestellt. „**VIELFALT TUT GUT.**“ setzt dabei auf zwei Förderschwerpunkte:

**Erster Förderschwerpunkt** ist die Unterstützung von **Lokalen Aktionsplänen** zur Stärkung der Demokratieentwicklung im lokalen Raum. In Zusammenarbeit mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden wurden Anfang 2007 **90 Regionen in Deutschland** als förderungswürdig eingestuft, 60 in den neuen und 30 in den alten Ländern. Zentrales Ziel der Lokalen Aktionspläne ist es, durch die Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte vor Ort ein gemeinsames Handeln für eine

starke Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu entwickeln. Realisiert wird dies durch einen lokalen Begleitausschuss, dem mehrheitlich Personen der lokalen Zivilgesellschaft angehören und der über die Fördersummen für die Einzelprojekte entscheidet. So konnten in den 90 Lokalen Aktionsplänen fast 5.000 Einzelprojekte initiiert und gefördert werden.

**Im zweiten Programmschwerpunkt** wurden seit Beginn der Förderphase **93 Modellprojekte** gefördert, die neue Ideen und Methoden für die präventive Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus entwickelt und erprobt haben. Die Modellprojekte nehmen in ihrer Arbeit Rücksicht auf die individuellen Sichtweisen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen. Die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Lernens spielt ebenso eine herausgehobene Rolle. Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund sollen möglichst konkret erfahren, wie sehr die gesamte Gesellschaft und unser tägliches Miteinander von Werten wie Toleranz und Vielfalt abhängen.

Ziel des Beratungsprogramms „**kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus**“ ist es, Menschen, die sich mit rechtsextremistischen Tendenzen auseinandersetzen müssen, vor Ort schnell, direkt und persönlich fachkompetente Beratung und Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Ziel arbeiten seit 2007 erstmals alle **16 Länder** eng zusammen. Entscheidungsträger auf politischer Ebene, in Verwaltungen und Ämtern genauso wie in zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Institutionen bündeln ihr Wissen und stellen es Hilfesuchenden zur Verfügung. Die Beraterinnen und Berater entwickeln gemeinsam mit den Menschen vor Ort Ideen und Konzepte, wie die lokale Bevölkerung künftige Konflikte selbstständig und nachhaltig lösen kann. Die Arbeit der Beraterinnen und Berater hat das BMFSFJ pro Jahr mit 5 Mio. EURO unterstützt.

Schwerpunkte des vorliegenden Berichts sind die Darstellung der zentralen Ergebnisse aus

- der Programmumsetzung,
- den Evaluationen der einzelnen Programmschwerpunkte Lokale Aktionspläne, Modellprojekte und Beratungsnetzwerke sowie
- der zusammenführenden Bewertung aus der Gesamtprogrammevaluation.

Zum Abschluss werden in Form einer zusammenfassenden Bilanz Gesamtaussagen zur Wirksamkeit der beiden Programmansätze getroffen und es wird ein Blick in die Zukunft gewagt.

Weitere Informationen zu den beiden Bundesprogrammen sind den Programmwebsites zu entnehmen: [www.vielfalt-tut-gut.de](http://www.vielfalt-tut-gut.de) und [www.kompetent-fuer-demokratie.de](http://www.kompetent-fuer-demokratie.de).

# 3. Umsetzung der beiden Bundesprogramme

## 3.1 „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“

### 3.1.1 Programmausrichtung

Bei der Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie liegt die besondere Aufgabe des Bundes in der befristeten Förderung innovativer Projekte, der Darstellung gelingender Praxis sowie darin, die gesellschaftliche Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement zu unterstreichen.

Darauf aufbauend wurden die folgenden thematischen Schwerpunkte bestimmt:

- Soziale Integration
- Interkulturelles Lernen/Antirassistische Bildung
- Interreligiöses Lernen
- Kulturelle und geschichtliche Identität
- Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen
- Demokratie- und Toleranzziehung
- Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft

Als Zielgruppen wurden die folgenden definiert:

- Jugendliche in strukturschwachen Regionen und Kommunen
- männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit
- Kinder und jüngere Jugendliche
- Migrantinnen und Migranten
- Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und -pädagogen
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- lokale einflussreiche und deutungsmächtige Akteursgruppen

### 3.1.2 Programmstruktur

Das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“ verfügt über eine 3-Säulen-Struktur:



### Programmsäule 1: Lokale Aktionspläne

Lokale Aktionspläne (im Folgenden: LAP) sind Instrumente für die Steuerung von Prozessen zur Demokratieentwicklung und für die nachhaltige Entwicklung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Sie beruhen auf einer spezifischen Analyse der Problemlagen vor Ort, verfolgen mit konkreten Maßnahmen und Entwicklungsschritten eine langfristig integrierte Strategie und fördern lokale Vernetzungen und Kommunikationsstrukturen. Für die Akzeptanz und Einbindung eines LAP ist die umfassende Einbindung der gesellschaftlichen Akteure vor Ort unabdingbar. Dazu gehören Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen ebenso wie Akteure der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Die ersten 24 LAP starteten zum 1. Januar 2007 (im Rahmen eines Vorverfahrens), 66 weitere Kommunen/Landkreise und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (im Folgenden: Kommunen) nahmen bis zum 1. Oktober 2007 ihre Arbeit auf. Die Auswahl der Kommunen erfolgte in enger Abstimmung mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden der Länder. Ein begleitendes Coaching unterstützte die Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer LAP.

### Programmsäule 2: Modellprojekte

Ziel der im Rahmen der Programmsäule 2 geförderten Modellprojekte (im Folgenden: MP) war die Entwicklung und Erprobung neuer Ideen und Methoden sowie die Überprüfung und Weiterentwicklung von Konzepten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Die MP waren einem der folgenden Themencluster (im Folgenden: TC) sowie einem der Unterthemen zugeordnet:

TC 1: Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus

- Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust
- Antisemitismus bei jugendlichen Migrantinnen und Migranten

TC 2: Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen

- Geschlechtsspezifische Arbeit mit männlichen Jugendlichen
- Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen
- Qualifizierte Elternarbeit

TC 3: Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft

- Interkulturelles und interreligiöses Lernen
- Umgang mit interethnischen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft

#### TC 4: Früh ansetzende Prävention

- Historisches Lernen
- Förderung von Partizipation beziehungsweise die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen
- Entwicklung und Erprobung von spezifischen Aus- und Fortbildungskonzepten für Erzieherinnen und Erzieher sowie Grundschullehrerinnen und -lehrer

### Programmsäule 3: Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation, Forschung

Die **Steuerung** erfolgte durch die Regiestelle Vielfalt, die bei der gsub – Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH angesiedelt wurde. Zu ihren Hauptaufgaben gehörte die Beratung und Begleitung der geförderten Projekte. Zudem stand sie allen Interessierten als Ansprechpartnerin für Fragen rund um das Bundesprogramm zur Verfügung. Die Regiestelle Vielfalt war darüber hinaus für die administrative Umsetzung des Bundesprogramms verantwortlich.

Bei der **Kommunikation** des Bundesprogramms und seiner Ergebnisse in die Öffentlichkeit unterstützte die Regiestelle Vielfalt das BMFSFJ und arbeitete dabei mit der Agentur Media Consulta Deutschland GmbH zusammen. Dort wurde ein Redaktionsbüro eingerichtet, das auch den geförderten Projekten bei ihrer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützend zur Seite stand.

Begleitet wurde das Bundesprogramm durch einen **Programmbeirat**, der eine beratende Funktion bei der Umsetzung von „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ innehatte.

Der Programmbeirat setzte sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern

- verschiedener Bundesressorts,
- der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden,
- der drei kommunalen Spitzenverbände,
- wissenschaftlicher Einrichtungen,
- religiöser Institutionen,
- von Trägern und Verbänden der Kinder- und Jugendarbeit,
- weiterer nicht staatlicher Organisationen.

Zur kontinuierlichen Prüfung und wissenschaftlichen Auswertung des Bundesprogramms wurde eine **Programmevaluation** beim Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI) eingerichtet. Ziel der Programmevaluation war es, Informationen zur Steuerung und Weiterentwicklung des Bundesprogramms bereitzustellen. Unterstützt wurde die Arbeit des DJI durch die **Wissenschaftlichen Begleitungen** (im Folgenden: WB) für die LAP sowie für jedes TC der MP, die darüber hinaus regelmäßig die Entwicklungen in ihren Themenbereichen wissenschaftlich ausgewertet und darüber Bericht erstattet haben.

Innerhalb der Programmsäule 3 wurden zudem seit 2008 die **VIELFALT-Mediathek** ([www.vielfalt-mediathek.de](http://www.vielfalt-mediathek.de)) sowie drei **Forschungsvorhaben** und drei **Expertisen** gefördert. Im Rahmen dieser Forschungsarbeiten wurden Themenfelder bearbeitet, die in der bisherigen Projektförderung noch keine Berücksichtigung gefunden hatten und zur Weiterentwicklung des Bundesprogramms beitragen sollten. Eine Übersicht der WB sowie der Forschungsvorhaben und Expertisen ist dem Anhang (Kapitel 1.4, S. 47) zu entnehmen.

### 3.1.3 Projektförderung

Für das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“ standen pro Jahr 19 Mio. EURO zur Verfügung. Jeder LAP konnte grundsätzlich – bis zu drei Jahren – eine Förderung in Höhe von 100.000 EURO pro Jahr an Bundesmitteln erhalten. Damit konnten Einzelprojekte, die zur Umsetzung der Ziele des LAP dienten, mit jeweils bis zu 20.000 EURO unterstützt werden.

Die MP konnten bei einer dreijährigen Laufzeit eine Förderung in Höhe von bis zu 450.000 EURO erhalten. Eine wesentliche Voraussetzung für eine Förderung aus dem Bundesprogramm war die Gewährleistung einer mindestens 50-prozentigen Kofinanzierung durch Mittel von Kommunen und Ländern, anderer Bundesressorts, der EU, sonstige Drittmittel sowie durch Eigenmittel. Darüber hinaus hatten die Projektträger eine befürwortende Stellungnahme der jeweils zuständigen Behörde vorzulegen.

### Antrags-, Auswahl- und Entscheidungsverfahren

#### Förderbereich Lokale Aktionspläne

Die ersten 24 LAP, die zum 1. Januar 2007 an den Start gingen, wurden auf der Grundlage von Empfehlungen der Länder für diese Pilotphase ausgewählt. Das Interessenbekundungsverfahren für das Hauptverfahren zur Auswahl von 66 weiteren LAP wurde noch vor der Einrichtung der Regiestelle Vielfalt bei der gsub mbH durch die Kontaktstelle bei der Stiftung Demokratische Jugend durchgeführt.

Die Kontaktstelle nahm eine Vorbewertung der 216 eingegangenen Interessenbekundungen vor. Diese Bekundungen wie auch die Vorbewertungen wurden dann den Ländern zur Bewertung in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden übergeben. Die endgültige Förderentscheidung erfolgte schließlich durch das BMFSFJ.

Gemäß den Leitlinien waren insgesamt 90 LAP mit jeweils bis zu zehn LAP je neuem Land und Berlin sowie bis zu drei LAP je altem Land vorgesehen. Da die Länder Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Saarland das mögliche Kontingent von drei LAP nicht in Anspruch nahmen, wurde durch das BMFSFJ das noch verfügbare Kontingent von sechs LAP im

Fördergebiet West auf die Flächenländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen verteilt. Ein Überblick der LAP kann dem Anhang (Kapitel 1.5, S. 48ff.) entnommen werden.

### **Förderbereich Modellprojekte**

Das Interessenbekundungsverfahren für die MP wurde 2006 ebenfalls durch die Kontaktstelle bei der Stiftung Demokratische Jugend durchgeführt. In einem Onlineverfahren gingen bei der Kontaktstelle insgesamt 360 Projektangebote ein. Diese Unterlagen wurden dann zur weiteren Bearbeitung an die Regiestelle Vielfalt übergeben.

Die Bewertung der Interessenbekundungen wurde parallel durch zwei Gutachterinnen und Gutachter unabhängig voneinander nach einem standardisierten Prüfkonzept durchgeführt. Für die Begutachtung wurde ein Expertengremium einberufen, das sich aus 24 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis zusammensetzte. Nachdem bereits acht MP im Rahmen des Vorverfahrens auf der Grundlage von Empfehlungen der Länder Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen benannt worden waren, wählte das Expertengremium weitere 85 MP zur Förderung aus, die dann durch das BMFSFJ bestätigt und von der Regiestelle Vielfalt zur Antragsstellung aufgefordert wurden.

Auf Grundlage der eingereichten Anträge erhielten die LAP und MP einen Zuwendungsbescheid für die Dauer eines Jahres. Eine Weiterförderung der mehrjährigen Projekte war jeweils von der Beurteilung eines Ergebnisberichts abhängig, der der Regiestelle Vielfalt jeweils zum 31. August eines jeden Jahres übergeben werden musste.

### **Fördermittelverwaltung**

Die Projektförderung wurde als Teilfinanzierung in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gewährt. Bei der Fördermittelverwaltung wurden durch die Regiestelle Vielfalt folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Mittelplanung und Budgetierung
- Antragsberatung und -prüfung
- Ausreichung und Abrechnung der Fördermittel
- Verwendungsnachweisprüfung (inklusive Vor-Ort-Prüfungen)
- Statistische Berichterstattung
- Monitoring und Controlling

Über Projektdatenbanken wurden alle Phasen der Projektförderung finanztechnisch und inhaltlich in Bezug auf die einzelnen Maßnahmen erfasst und dokumentiert. Im Interesse einer sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung der

Fördermittel hat die Regiestelle Vielfalt am Abrufverfahren über die Bundeskasse teilgenommen.

Eine wichtige Aufgabe der Regiestelle Vielfalt war die zeitnahe Mittelbewirtschaftung gegenüber den Projektträgern. Darüber hinaus bestand jährlich das Ziel, eine hohe Auslastung des Programmkontingents zu erreichen. Im Rahmen der begleitenden Projektberatung wurden durch die Regiestelle Vielfalt der Bedarf und die voraussichtliche Inanspruchnahme der bewilligten Mittel geprüft und mit dem Projektträger regelmäßig abgestimmt. Vor diesem Hintergrund konnten in enger Abstimmung mit dem BMFSFJ notwendige Mehrbedarfe geprüft und in begründeten Fällen gewährt werden.

Die Regiestelle Vielfalt hat monatlich über den aktuellen Stand zur Programmförderung gegenüber dem BMFSFJ berichtet und entsprechende Auswertungsunterlagen zur Verfügung gestellt.

### **Förderstruktur**

#### **Lokale Aktionspläne**

Im Rahmen der Programmsäule 1 des Bundesprogramms wurden 90 LAP mit fast 5.000 Einzelprojekten im Programmzeitraum gefördert. Die meisten Projekte wurden in den Förderschwerpunkten „Demokratie- und Toleranzernziehung“ (30,16 %), „Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft“ (19,43 %) und „Interkulturelles Lernen/Antirassistische Bildung“ (16,64 %) durchgeführt.

Sie richteten sich in ihrer Mehrzahl an die Hauptzielgruppen „Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen“ (35,28 %) und „Kinder und jüngere Jugendliche“ (26,51 %). Fast die Hälfte aller Projekte wurde für die Gruppe der 13- bis 18-Jährigen (47,92 %) durchgeführt.

Bei den Projekttypen handelte es sich unter anderem um Projekte der außerschulischen Jugendbildung (13,95 %), um Diskussions- und Informationsveranstaltungen (11,92 %) sowie um Aktionstage (11,08 %). Darüber hinaus wurden zahlreiche Kultur- und Schulprojekte durchgeführt (10,37 % und 10,03 %).

Weitere Details zur Verteilung der Förderschwerpunkte, den Hauptzielgruppen, dem Alter der Zielgruppen sowie zu den Projekttypen sind der Übersicht im Anhang (Kapitel 1.5.2, S. 53f.) zu entnehmen.

#### **Modellprojekte**

Im Rahmen der Programmsäule 2 erhielten insgesamt 93 MP eine Förderung durch das Bundesprogramm. In den neuen Ländern und Berlin wurden insgesamt 42 MP und in den alten Ländern 26 MP gefördert. 25 der MP waren vom Aktionsradius länderübergreifend ausgerichtet.

Die thematische Verteilung sah wie folgt aus:

- 18 Träger waren mit ihren MP im TC 1 „Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“ aktiv.
- 18 MP wurden im TC 2 „Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“ durchgeführt.
- Weitere 34 MP befassten sich im TC 3 mit dem Thema „Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft“.
- Im TC 4 entwickelten 23 MP innovative Ansätze und Methoden zu Fragen der „Früh ansetzenden Prävention“.

Die meisten MP richteten sich an die Hauptzielgruppe „Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen“ (24 MP). Auch die Gruppe „Migrantinnen und Migranten“ wurde häufig berücksichtigt (19 MP). Hingegen gab es verhältnismäßig wenig MP, die sich mit der Hauptzielgruppe „Männliche Jugendliche aus bildungsfernen Milieus mit Affinität zu Rechtsextremismus“ befassten (7 MP).

Eine Übersicht der MP ist dem Anhang (Kapitel 1.6, S. 55ff.) zu entnehmen.

### 3.1.4 Veranstaltungen und Kommunikation

#### Veranstaltungen

Die Organisation und Durchführung von in der Regel zweitägigen Veranstaltungen im Rahmen des Bundesprogramms diente in erster Linie dem **Fach- und Erfahrungsaustausch** und der Vernetzung der Programmakteure untereinander. Darüber hinaus wurde durch Einbeziehung von Fortbildungselementen auch der Notwendigkeit von fachlicher **Qualifizierung** Rechnung getragen.

Durch die Regiestelle Vielfalt wurden im Programmzeitraum 2007 bis 2010 mit Unterstützung der Agentur Media Consulta Deutschland GmbH folgende Veranstaltungen durchgeführt:

#### 2007

- Informationsveranstaltung zum Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ am 4. und 5. Juni in Berlin
- Informationsveranstaltung zum Programmbereich „Modellprojekte“ am 25. und 26. Juni in Berlin

Die Infoveranstaltungen hatten zum Ziel, die Projektakteure über Programminhalte, Ziele sowie Vorgaben zur Programmumsetzung zu informieren und eine erste Gelegenheit zum Fach- und Erfahrungsaustausch zu bieten. Zudem wurden Fortbildungsseminare zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Entwicklung von Strategien im Bereich Fundraising angeboten.

#### 2008

- Regionalkonferenz Süd-West am 26. und 27. Mai in Kassel
- Regionalkonferenz Nord-Ost am 8. und 9. September in Berlin

Zentrale Zielstellung der Regionalkonferenzen war es, die Vernetzung der Programmakteure auf regionaler Ebene zu unterstützen. Im Rahmen der Zusammenarbeit in Kleingruppen sowie an „Marktständen“ zu programmrelevanten Themen konnten die Teilnehmenden intensiv ins Gespräch kommen und neue Kontakte knüpfen beziehungsweise bereits bestehende weiter ausbauen.

#### 2009

- Fachtag der Modellprojekte im TC 1 und 4 am 30. und 31. März in Berlin
- Fachtag der Modellprojekte im TC 2 und 3 am 7. und 8. Juli in Frankfurt
- Fachtag der LAP am 24. und 25. November in Leipzig
- Projektmesse „Demokratie gemeinsam stärken!“ am 25. und 26. Mai in Berlin
- Fachkonferenz „DEMOKRATIE STÄRKEN. KOMPETENZ FÖRDERN.“ am 8. und 9. Dezember in Berlin

2009 lag der Fokus der Fachtage für LAP und MP auf dem fachlichen Austausch zwischen den Projektakteuren der einzelnen Programmschwerpunkte beziehungsweise der TC. Hier standen jeweils TC- beziehungsweise LAP-relevante Themen im Mittelpunkt. Als Fortbildungselement fand bei den MP das Thema Projektmanagement besondere Berücksichtigung. Beim Fachtag der LAP wurden mithilfe der Methode World Café die Themen „Nachhaltigkeit“, „Lokale Bündnisse/Zusammenarbeit in Netzwerken“, „Stärkung der Bürgergesellschaft“ sowie „Kommunale Entwicklungsprozesse“ intensiv diskutiert.

Zur Präsentation der (Zwischen-)Ergebnisse gegenüber der (Fach-)Öffentlichkeit und zur stärkeren Vernetzung der Akteure aus den beiden Bundesprogrammen „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ wurde ebenfalls 2009 eine zweitägige Projektmesse mit rund 800 Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Berlin durchgeführt. An fast hundert Ständen stellten Projektakteure aus den Bundesprogrammen sowie weiteren thematisch eng verwandten Institutionen ihre Arbeit vor und zeigten Möglichkeiten auf, wie man sich aktiv für Vielfalt, Toleranz und Demokratie einsetzen kann.

Zum Ende des Jahres 2009 wurde zur weiteren Professionalisierung der Präventions- und Beratungsarbeit die Fachkonferenz „DEMOKRATIE STÄRKEN. KOMPETENZ FÖRDERN.“ für Projektakteure aus beiden Bundesprogrammen organisiert. Diese bundesweite Konferenz, die sich vor allem mit Fragen rund um Themen aus dem Projekt- und Qualitätsmanagement beschäftigte, wurde federführend durch die Zentralstelle kompetent geplant und ausgerichtet.

2010

- Fachtag „Alltagsantisemitismen – jenseits geschlossener Weltanschauungen“ am 31. Mai in Weimar
- Ergebniskonferenz der Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ am 21. und 22. Oktober in Berlin

Der Fachtag zum Thema „Antisemitismus“ sowie die Ergebniskonferenz waren ebenfalls gemeinsame Veranstaltungen der beiden Bundesprogramme. Mit dem Schwerpunkt des Fachtags, der Auseinandersetzung mit aktuellen Ausprägungen des Antisemitismus, wurde dem Bedürfnis zahlreicher Projektakteure entsprochen, sich intensiv mit dieser Thematik zu befassen.

Im Rahmen der Ergebniskonferenz der beiden Bundesprogramme konnten Programmteilnehmer und Interessierte gemeinsam Bilanz ziehen und die Ergebnisse der Förderphase 2007 bis 2010 diskutieren.

Neben diesen Veranstaltungen unterstützte das Bundesprogramm in den Jahren 2008 bis 2010 finanziell die Durchführung eines Fachtags für die LAP (2008), die „Tage der Demokratie“ in Potsdam (2010) sowie den Fachkongress Interkultur (2008 und 2010). Zudem konzipierte und finanzierte die Regiestelle Vielfalt 2010 sechs Transferkonferenzen, die zum Ziel hatten, den Erfahrungstransfer sowohl innerhalb der als auch zwischen den einzelnen Ländern und Regionen zu befördern. Die Veranstaltungen wurden durch erfahrene Träger aus beiden Bundesprogrammen umgesetzt.

Vernetzung und Qualifizierung wurden im Rahmen des Bundesprogramms nicht nur für Projektakteure, sondern auch für die Coaches der LAP ermöglicht. So fanden 2007 zwei und 2008 ein bundesweites Coachingtreffen statt. Im Rahmen eines vierten bundesweiten Coachingtreffens 2009 wurde das Instrument Coaching ausgewertet.

## Öffentlichkeitsarbeit

Das Bundesprogramm wurde durch eine kontinuierliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Ziel war es, das Bundesprogramm bekannt zu machen und die Inhalte im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern.

Um die geförderten Projekte bei ihrer lokalen und regionalen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, wurde bei der Agentur Media Consulta Deutschland GmbH ein **Redaktionsbüro** eingerichtet. Zur Unterstützung der Projekte wurden eine Toolbox mit Arbeitshilfen, eine Publikation zum Fundraising sowie ein PR-Handbuch entwickelt und den Projektakteuren zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden nicht nur im Rahmen der Informationsveranstaltungen 2007 und bei der Regionalkonferenz 2008 in Berlin, sondern auch im Rahmen von

Landeskoordinierungstreffen in Sachsen und Thüringen im Februar und September 2009 **Workshops** zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit angeboten.

Um den Wiedererkennungswert und die Identifikation mit dem Bundesprogramm zu stärken, wurde für „VIELFALT TUT GUT.“ eine eigene **Corporate Identity** entwickelt. In dem bereits vorgegebenen Design des Bundesprogramms wurden Briefpapier, Give-aways, ein Flyer und eine Broschüre zum Bundesprogramm, ein Poster sowie jährlich zwei bis drei Newsletter entwickelt und umgesetzt. 2010 wurde zudem eine Informationsbroschüre zu den LAP wie auch zu den MP erstellt. Zur Unterstützung der Arbeit von Journalistinnen und Journalisten wurden Workshops für Medienvertreterinnen und -vertreter in Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin) und Sachsen (Chemnitz) angeboten.

Im Bereich der Pressearbeit wurden darüber hinaus Pressemitteilungen verfasst und redaktionelle Beiträge initiiert. Presseberichte zum Bundesprogramm wurden durch eine Medienbeobachtung zusammengetragen und durch das Redaktionsbüro in Form von Clipping-Dokumentationen aufbereitet.

Um das Fachpublikum über das Bundesprogramm zu informieren, war „VIELFALT TUT GUT.“ zudem auf zahlreichen Veranstaltungen mit einem Infostand vertreten. Dazu gehörten beispielsweise die Auftaktveranstaltung zum Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs (2008), der Jugendkongress des Bündnisses für Demokratie und Toleranz (2008–2010), der Deutsche Präventionstag (2008–2010), der Kinder- und Jugendhilfetag (2008), der Bundesfachkongress Interkultur (2008, 2010), der Diversity Day in Berlin (2009), die Bildungsmesse didacta (2010) sowie der Tag der offenen Tür der Bundesregierung (2010).

Darüber hinaus wurden die zum Infostand gehörenden Roll-ups auch an die MP und die LAP für ihre eigenen Veranstaltungen verliehen.

Zudem wurde die Programmwebsite [www.vielfalt-tut-gut.de](http://www.vielfalt-tut-gut.de) aufgebaut und kontinuierlich durch die Regiestelle Vielfalt weiterentwickelt und gepflegt.

## Die bundesweite Initiative „Orte der Vielfalt“

Als begleitende Kampagne zum Bundesprogramm wurde die bundesweite Initiative „Orte der Vielfalt“ am 26. November 2007 offiziell im Rahmen einer Auftaktveranstaltung ins Leben gerufen. Mit der Initiative will die Bundesregierung die demokratischen Kräfte in den Kommunen bei ihrem Einsatz für Vielfalt, Toleranz und Demokratie unterstützen. Jede Kommune, die sich nachhaltig mit Bündnissen, Netzwerken, Projekten und Veranstaltungen engagiert und dies im Rahmen einer Bewerbung zur Initiative darstellt, wurde mit dem Titel „Ort der

Vielfalt“ ausgezeichnet. Die Bewertung der eingegangenen Bewerbungen erfolgte in Abstimmung mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden der Länder.

Bei der ersten Auszeichnungsveranstaltung am 23. September 2008 wurden 66 Kommunen, bei der zweiten am 25. Mai 2009 93 und bei der dritten Auszeichnungsveranstaltung, die im Rahmen der Ergebniskonferenz 2010 stattfand, weiteren 52 Kommunen der Titel „Ort der Vielfalt“ verliehen. Die Auszeichnung wurde jeweils durch den Parlamentarischen Staatssekretär im BMFSFJ, Herrn Dr. Hermann Kues, vorgenommen.

### 3.1.5 Erfahrungen und Ergebnisse

#### Programmumsetzung

Durch die **Etablierung der Regiestelle Vielfalt** konnte im Bereich der Programmadministration eine umfassende und zielgerichtete Begleitung und Beratung der geförderten Projekte ermöglicht werden. Dies galt in finanzieller wie auch inhaltlicher Hinsicht. Darüber hinaus wurde durch die Regiestelle Vielfalt eine regelmäßige Informierung der Träger und Projektakteure sowie deren Vernetzung und Austausch sichergestellt.

Die Kontinuität des Programmverlaufs und ein wirksamer Begleitprozess sowie die Vergleichbarkeit und Beurteilung der Projekte wurde durch die **Nutzung standardisierter Verfahren und Instrumente** erreicht. Dazu gehörte die Abwicklung und Bewertung des Interessenbekundungsverfahrens, des Auswahlverfahrens, der Projektförderung, der Ergebnisberichterstattung sowie der Verwendungsnachweisprüfung (inklusive Prüfung des Sachberichts) über Projektdatenbanken. Alle Anträge, Bewilligungen, Abrechnungen und Berichte wurden in diesen erfasst und verwaltet. Dadurch konnten die Prozesse transparent, sicher und nachprüfbar gestaltet werden.

Durch die standardmäßige Abfrage von Kriterien wie beispielsweise Zielerreichung, Erreichung der Zielgruppen, Gender-Mainstreaming, Qualitätssicherung oder Öffentlichkeitsarbeit wurden die Träger für diese unabdingbaren **Bestandteile des Projektmanagements** sensibilisiert. Darüber hinaus konnte die Regiestelle Vielfalt durch die regelmäßige Überprüfung der Projektziele sowie durch die damit verbundene Nachsteuerungsmöglichkeit die Projektträger zielgerichtet bei der Projektumsetzung unterstützen.

Das Stammbblattverfahren bei den LAP diente dabei nicht nur dem Monitoring der Regiestelle. Es stellte darüber hinaus ein wichtiges Instrument zur **Qualitätssicherung** für die Lokalen Koordinierungsstellen der LAP dar. Als erfolgreiches Instrument der Qualitätssicherung hat sich darüber hinaus das 2007 eingeführte Coachingverfahren bewährt, durch das die Entwicklung und Umsetzung der LAP unterstützt wurde. In der Projektbegleitung wurde insgesamt deutlich, dass die Er-

fahrungen der Träger mit der Thematik sowie Erfahrungen im Projektmanagement eine äußerst wichtige Voraussetzung für die Umsetzung der teils sehr komplexen Projekte sind. Zudem zeigte sich, dass Kontinuität in der Personalstruktur eine sehr wichtige Voraussetzung ist.

Um die **Qualifizierung der Projektverantwortlichen** zu unterstützen, wurden im Rahmen von Fachveranstaltungen (Regionalkonferenzen, Fachtage) immer wieder auch Fortbildungsworkshops integriert, so beispielsweise zum Projektmanagement bei den Fachtagen der MP 2009 und zur Öffentlichkeitsarbeit bei den Infoveranstaltungen 2007 sowie bei einer Regionalkonferenz 2008. Der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit stellte bis zum Ende der Förderphase für einige Projekte, insbesondere für einige LAP, eine große Herausforderung dar.

Für einen nicht unerheblichen Teil der MP bereitete die erforderliche Kofinanzierung in Höhe von 50 Prozent immer wieder Schwierigkeiten. Daher war der Beratungsbedarf der Projektträger zu Fragen der Drittmittelakquise kontinuierlich und bei einigen ausgewählten Projekten sehr groß.

Um sich zu Fragen der Kofinanzierung, aber auch zu allen anderen die Projektumsetzung betreffenden Fragen austauschen zu können, waren die Treffen zum Fachaustausch und zur Vernetzung von großer Bedeutung für die Projektakteure. Dies wird durch die Auswertung der einzelnen Veranstaltungen belegt. Auch bestand großes Interesse an der Durchführung von (selbst organisierten) Facharbeitskreisen. Diese konnten jedoch nicht in der von den Akteuren gewünschten Form und Intensität umgesetzt werden, da dafür die finanziellen Mittel gerade bei kleineren Trägern nicht vorhanden waren.

#### Erreichung der Programmzielsetzung

Die Ziele des Bundesprogramms, die befristete Förderung innovativer Projekte, die Darstellung gelingender Praxis und die Betonung der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement, konnten durch die gewählten Förderinstrumente erreicht werden.

Dabei wurden insbesondere Kinder und Jugendliche, aber auch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren durch die Einzelprojekte der LAP sowie durch die MP angesprochen, aktiviert und unterstützt. Eine große Bandbreite an Methoden wurde angewandt (Einzelprojekte im Rahmen der LAP) oder gezielt entwickelt und erprobt (MP).

Die Darstellung gelingender Praxis erfolgte beispielsweise über die Website und die regelmäßig erscheinenden Newsletter zum Bundesprogramm. Darüber hinaus wurden Informationsbroschüren zu den LAP und den MP erstellt, die jeweils durch CD-ROMs ergänzt wurden, auf denen zum einen besonders



gelungene Einzelprojekte der LAP und zum anderen besonders innovative, erprobte und erfolgreiche Ansätze der MP dargestellt sind. Zudem boten die regelmäßigen Fachveranstaltungen einen Rahmen für die Vorstellung erfolgreicher Projektideen und Konzepte.

Auch die VIELFALT-Mediathek, deren zentrales Ziel die Dokumentation, Archivierung und Zurverfügungstellung der in den Bundesprogrammen „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ entstandenen Materialien (sowohl Print- als auch audiovisuelle Materialien) ist, diente der Bekanntmachung der Arbeit der geförderten Projekte.

Der Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements wurde bereits durch die Vorgaben zur Besetzung der lokalen Begleitausschüsse der LAP Rechnung getragen, in denen die Zivilgesellschaft über die Mehrheit der Stimmen verfügte. Mit der bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“ wurde zudem das Engagement aller demokratischen Kräfte in den Kommunen unterstützt und ein nach außen deutlich sichtbares Zeichen gesetzt.

## 3.2 „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“

### 3.2.1 Programmausrichtung

In der Ausrichtung bisheriger Bundesprogramme zum Themenfeld Demokratie und Toleranz stand die Unterstützung von Projektvorhaben in zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Initiativen im Vordergrund. So förderte das Bundesprogramm „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ (2001–2007) vor allem kleine Vereine und Verbände, die zum Teil sehr erfolgreich demokratische Handlungskonzepte in ihren Regionen erprobt und umgesetzt haben. Im Verlauf der vergangenen Förderperioden wurde dennoch deutlich, dass der Verfestigung rechtsextremistischer Einstellungsmuster und der zunehmenden Verwurzelung rechtsextremistischer Strukturen in klassischen Bereichen des Gemeinwesens nicht allein durch die finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte begegnet werden kann. Vielmehr bedarf es der kompetenten und zielorientierten Beratung und Unterstützung der vor Ort Zuständigen und, insbesondere in Krisensituationen, auch der Betroffenen. Die Zielorientierung muss dabei explizit in der Befähigung der Akteure vor Ort liegen, Problemsituationen zu analysieren, vorhandene Potenziale zu erschließen, Kooperationsnetzwerke zwischen staatlichen und nicht staatlichen Akteuren zu schaffen und selbst geeignete Handlungskonzepte entwickeln zu können. Nur durch eine solche Hilfe zur Selbsthilfe kann ein wirksames Handeln erreicht werden.

Das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ hat sich dieser Aufgabe von 2007 bis 2010 gestellt. Ziel war es, die Implementierung und ständige Weiterentwicklung stabiler Beratungsnetzwerke aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Beratungsinstitutionen in den 16 Ländern und innerhalb dieses Prozesses umfassende Beratungsleistungen für die Länder und die dort aktiven Akteure anzubieten.

### 3.2.2 Programmstruktur

Das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ verfügt (wie das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“) über eine 3-Säulen-Struktur.

Mit dem Programmstart zum 1. Juli 2007 begann in der ersten Programmsäule die Förderung der Einrichtung von landesweiten Beratungsnetzwerken und Mobilen Interventionsteams. Die zweite Programmsäule umfasste die Förderung thematischer MP, die der Weiterentwicklung von Beratungskompetenzen und der Professionalisierung von Beratungsnetzwerken dienen. Die Förderung der MP startete im Förderjahr 2008. Die dritte Programmsäule beinhaltete die Aufgabenbereiche der Zentralstelle (Beratung, Weiterbildung, Informationsvermittlung und -vernetzung) sowie die Programmevaluation.

Übersicht über die drei Programmsäulen im Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“:

Programmsäule 1:	Programmsäule 2:	Programmsäule 3:
Förderung der Einrichtung von landesweiten Beratungsnetzwerken und Mobilen Interventionsteams	Förderung thematischer Modellprojekte, die der Weiterentwicklung von Beratungskompetenzen und der Professionalisierung von Beratungsnetzwerken dienen	Aufgabenbereiche der Zentralstelle: Beratung, Weiterbildung, Informationsvermittlung und -vernetzung sowie Programmevaluation

#### Programmsäule 1: Förderung der Einrichtung von landesweiten Beratungsnetzwerken und Mobilen Interventionsteams

Zahlreiche Expertinnen und Experten setzen sich seit Jahren mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auseinander. Damit ihr Wissen den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung steht, wurde in jedem der 16 Länder eine **Landeskoordinierungsstelle** eingerichtet, die in einem Landesministerium oder bei einem ausgewählten fachkompetenten Träger angesiedelt ist. Diese bündelt die Informationen über die

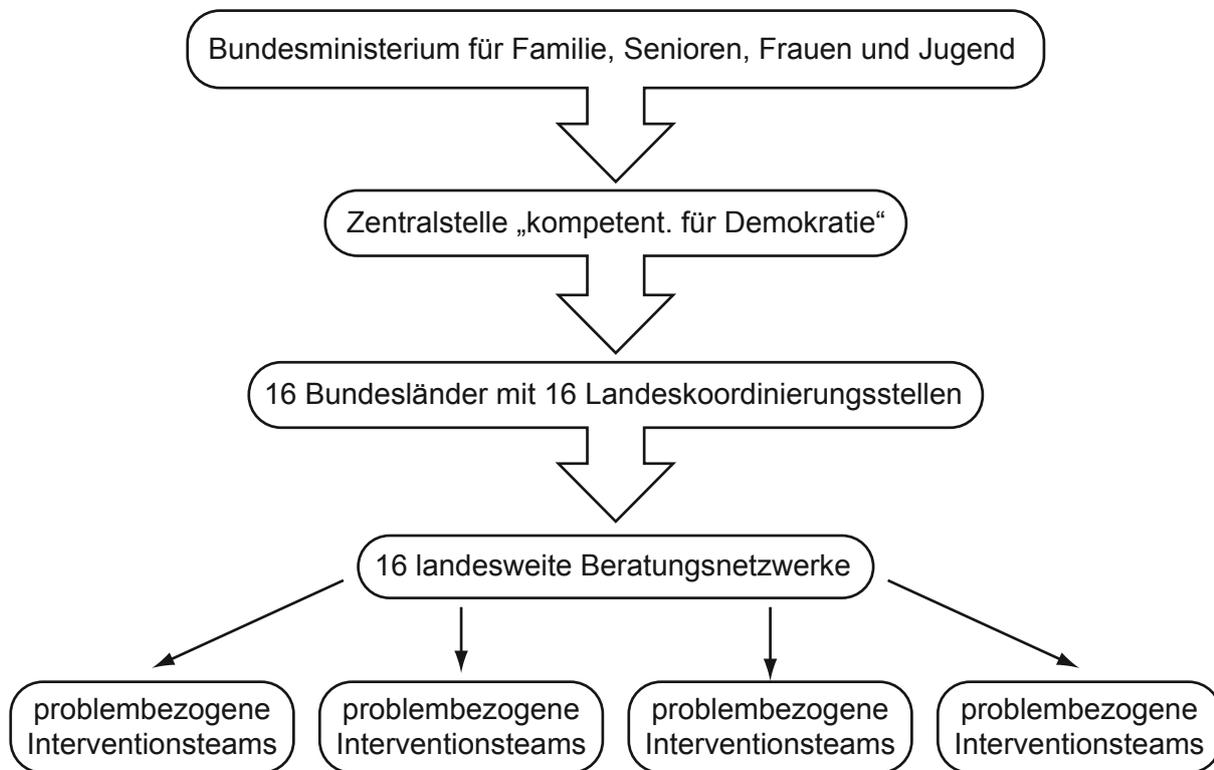


Abb. 1: Strukturaufbau

Kompetenzen der Fachkräfte in den staatlichen und nicht staatlichen Einrichtungen des Landes.

Wer von einem Konflikt mit rechtsextremem Hintergrund betroffen ist, kann sich direkt an die jeweilige Landeskoordinierungsstelle wenden. Hier laufen die Informationen über Beratungsfälle und die zur Verfügung stehenden Ressourcen zusammen.

In jedem Land ist ein landesweites **Beratungsnetzwerk** entstanden, das seine Ressourcen zur Verfügung stellt. Unter den Expertinnen und Experten befinden sich Jugendsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Juristinnen und Juristen, Polizistinnen und Polizisten, Psychologinnen und Psychologen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Kirchenvertreterinnen und Kirchenvertreter sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Ämtern und Behörden. Viele bringen noch weitere Kompetenzen mit. Sie sind zum Beispiel in systemischer Beratung, Mediation oder Organisationsentwicklung ausgebildet. Im Konfliktfall ist die Landeskoordinierungsstelle so in der Lage, an den Bedarfsfall angepasste **Mobile Interventionsteams** aus den Ressourcen des Beratungsnetzwerkes zusammenzustellen.

Darüber hinaus erarbeiten vor Ort verankerte Beratungsstellen gemeinsam mit den Betroffenen langfristige Handlungsstrategien. Fachleute wie Anwältinnen und Anwälte, Polizistinnen

und Polizisten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Opferschutzorganisationen unterstützen sie dabei.

Programmstarts in den Ländern:

- am 1. Juli 2007: Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Niedersachsen
- am 1. August 2007: Hessen
- am 1. September 2007: Saarland und Rheinland-Pfalz
- am 1. Januar 2008: Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg
- am 1. April 2008: Baden-Württemberg
- am 1. Januar 2009: Schleswig-Holstein

## Programmsäule 2: Förderung thematischer Modellprojekte

Die Erfahrungen aus den Beratungen sollten auch in die Regelarbeit von Verbänden und Vereinen einfließen. Dies ist gerade für den strukturschwachen Raum besonders wichtig. Zwei MP erprobten drei Jahre lang im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“, wie dies gelingen kann.

### Modellprojekt 1: „Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie“

**Projektbeginn:** 1. Oktober 2008

**Projekthalt:** Das Projekt sollte im Verband der Jugendfeuerwehr helfen, Strukturen zu entwickeln und zu integrieren. Es ging darum, Hilfestellung für den Umgang mit rechtsextremistischen Provokationen und Vorfällen und antidemokratischem Verhalten zu geben. Es sollte eine systematische und strategische Präventions- und Interventionsarbeit ermöglicht werden. Das Modellprojekt der Deutschen Jugendfeuerwehr im Deutschen Feuerwehrverband e. V. förderte daher die demokratiepädagogische Ausbildung der Jugendfeuerwartinnen und -warte. Die Kommunikation im Projekt beinhaltete vor allem drei Ziele: Ansprechpartnerinnen und -partner sowie Beratungsstellen für Jugendfeuerwehren zu stellen, direkte Kommunikationswege in die Strukturen einzubauen und Netzwerke zu schaffen. Durch diese Bausteine sollten die handelnden Personen in den Jugendfeuerwehren alle Möglichkeiten erhalten, sich bei fremdenfeindlichen Vorfällen in ihrer Jugendarbeit zeitnah Ratschläge einzuholen.

### Modellprojekt 2: „Zivilgesellschaft stärken. Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus im strukturschwachen ländlichen Raum“

**Projektbeginn:** 18. November 2008

**Projekthalt:** Gerade in Dörfern und Kleinstädten bedrohen Rechtsextreme zunehmend das Zusammenleben. Dort, wo Treffpunkte und Vereine fehlen, füllen sie die Lücken mit eigenen Angeboten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, wie sie sich gegen die Unterwanderung durch Rechtsextreme wehren können. Im Projekt „Zivilgesellschaft stärken“ erarbeiteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gemeinsam mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) Handlungsempfehlungen zur Frage, wie Bürgerinnen und Bürger auf rechtsextreme Propaganda oder fremdenfeindliche und rassistische Aktivitäten in ihrer Nachbarschaft oder Region reagieren können.

## Programmsäule 3: Aufgabenbereiche der Zentralstelle und Programmevaluation

Der Aufgabenschwerpunkt der Zentralstelle bestand darin, alle 16 Länder, die sich am Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ beteiligt haben, zu beraten und zu unterstützen.

Dazu gehörten im Wesentlichen:

- die fachlich-inhaltliche sowie finanzplanerische und verwaltungstechnische Unterstützung und Beratung der Landeskoordinierungsstellen bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Länderkonzepte
- Beratung, Unterstützung und Auswertung der Fortführungsantragstellung, Ergebnis- und Sachberichterstattung gegenüber der Zentralstelle beziehungsweise dem BMFSFJ und Erarbeitung von Entscheidungsvorlagen
- Verwendungsnachweisprüfung

Zu den Schwerpunktmaßnahmen der Antragsberatung und -qualifizierung gehörte die inhaltlich-konzeptionelle sowie finanzplanerische und verwaltungstechnisch fundierte Beratung der Länderministerien beziehungsweise Landeskoordinierungsstellen bei der Umsetzung der Länderkonzepte. Diese Beratungsangebote konnten seitens der Zuwendungsempfänger sowohl vor Ort als auch in der Zentralstelle in Anspruch genommen werden. Die Beratungsinhalte bezogen sich gleichermaßen auf folgende inhaltlich-konzeptionelle und finanzplanerische und verwaltungstechnische Fragen der Landeskoordinatorinnen und Landeskoordinatoren:

- Strukturaufbau und -veränderungen der Beratungsnetzwerke
- Angebotserweiterung und -verbesserung in der Beratungsangebotslandschaft
- Maßnahmen der Qualitätsentwicklung und -sicherung der Beratungsarbeit (unter anderem Erprobungsphase Onlinearbeitshilfe bzw. andere Dokumentationsinstrumente; Einsatz von eigenen Fallerfassungsinstrumenten)
- Finanzierung von speziellen Interventionsmaßnahmen

Die fachlich-inhaltlichen Unterstützungsleistungen beinhalteten vor allem die Konzeption und Organisation von

- thematischen Fachveranstaltungen
- überregionalen Fachkongressen
- thematischen Fachseminaren
- einer modularen Weiterbildung zu den Grundsätzen von Beratungsarbeit.

Die Zentralstelle war darüber hinaus verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Redaktion einer eigenen Internetplattform [www.kompetent-fuerdemokratie.de](http://www.kompetent-fuerdemokratie.de) sowie unterschiedlicher Printmaterialien. Von 2007 bis 2010 produzierte die Zentralstelle zwei Programmflyer, eine Imagebroschüre, eine Länderbroschüre, unterschiedliche Give-aways, jährlich aktualisierte Länderposter zu Struktur und Umsetzung der landesweiten Beratungsnetzwerke sowie ein zweimal aktualisiertes Ausstellungssystem zu Ausrichtung, Inhalt und Umsetzung des Bundesprogramms. Alle Öffentlichkeitsmaterialien standen auf internen und externen (Fach-)Veranstaltungen zur Verfügung.

Das Programmkonzept sowie die Leitlinien des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ sehen eine regelmäßige inhaltliche und strukturelle Prüfung und Weiterentwicklung des Programms vor. Die WB obliegt Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH (Berlin) und dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS, Frankfurt/Main). Im Fokus stehen die Evaluation von spezifischen lokalen Beratungsformen und Beratungsstrategien im Themenfeld Rechtsextremismus, deren Leistungen und die sie beeinflussenden Bedingungen. Das Deutsche Jugendinstitut führt die Ergebnisse zu einer Gesamtevaluation zusammen.

## 3.2.3 Veranstaltungen und Kommunikation

### Bundesweiter Informationsaustausch

Seit 2009 beteiligten sich alle 16 Länder am Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“. Die eingerichtete Zentralstelle diente dabei als Schnittstelle zwischen Bund und Ländern und koordinierte deren Informationsaustausch untereinander. Zweimal jährlich organisierte die Zentralstelle ein bundesweites Treffen der Landeskoordinierungsstellen, auf denen diese die Möglichkeit hatten, in kollegialen Austausch zu treten.

### Weiterbildung und Qualitätsentwicklung

Beraterinnen und Berater brauchen nicht nur thematische Fachkompetenz. Sie müssen auch unterschiedliche Beratungsmethoden beherrschen. Die Zentralstelle entwickelte hier vielfältige Qualifizierungskonzepte und bot entsprechende Weiterbildungen an. Die Beraterinnen und Berater konnten zum Beispiel ein Jahr lang an einer modular strukturierten Weiterbildung teilnehmen, die sie in Methoden wie Coaching, Mediation oder Moderation einführte. Als Referentinnen und Referenten standen externe Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Themenfeldern und Fachbranchen zur Verfügung. Außerdem hatten die Beraterinnen und Berater aus den Ländern die Gelegenheit, ihr Fachwissen zu Themen wie Gemeinwesen- oder Opferberatung in jeweils eintägigen bundesweiten Seminaren zu erweitern.

### Fachveranstaltungen

Mindestens einmal im Jahr fand ein thematischer Fachtag statt. Hier informierten Expertinnen und Experten zu Themen wie „Rechtsextremismus trifft auf Geschichte“ oder „Alltagsantemitismen – jenseits geschlossener Weltanschauungen“. Außerdem organisierte die Zentralstelle jeden Herbst eine bundesweite Fachkonferenz, die sich mit dem aktuellen Umsetzungsstand und der Weiterentwicklung des Bundesprogramms beschäftigte, zum Beispiel zur Qualitätssicherung in der Beratungsarbeit (2009).

Zusätzlich präsentierte sich das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ auf zahlreichen externen Veranstaltungen beziehungsweise auf gemeinsamen Veranstaltungen mit dem Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“. Hierzu gehörten unter anderem bundesweite Präventionstage, Kinder- und Jugendhilfetage, Fachkonferenzen, landes- und bundesweite Fachtage und Seminare.

## 3.2.4 Erfahrungen und Ergebnisse

Mit dem Programmstart 2007 begann in allen neuen Ländern und Berlin sowie in Hessen, dem Saarland, in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Bayern die Einrichtung landesweiter Bera-

tungsnetzwerke. Im Förderjahr 2008 stiegen mit Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg, Baden-Württemberg vier weitere alte Länder in das Bundesprogramm ein. Als letztes Land wurde 2009 Schleswig-Holstein Partner im Bundesprogramm. Der Programmeinstieg aller Länder machte deutlich, dass das Ziel des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“, eine stärkere landesweite Verzahnung von staatlichen und nicht staatlichen Organisationen herbeizuführen und ein gemeinsames Handeln nach rechtsextrem motivierten Vorfällen zu stärken, auf eine bundesweit hohe Akzeptanz stieß.

Die 16 landesweiten Beratungsnetzwerke starteten mit ganz unterschiedlichen Ausgangsbedingungen. In vielen Ländern begann mit dem Programmstart im Jahr 2007 zum ersten Mal auf breiter Ebene eine Diskussion darüber, mit welchen Formen des Rechtsextremismus man es im Land zu tun hat, welche Organisationen und Institutionen für die Arbeit im Beratungsnetzwerk zur Verfügung stehen und gewonnen werden können, welche Möglichkeiten und Grenzen sich für die Arbeit im Beratungsnetzwerk ergeben und wie man unter den gegebenen Bedingungen ein Netzwerk knüpfen kann, das landesweit trag- und arbeitsfähig ist.

Neu in den Förderrichtlinien von „kompetent. für Demokratie“ war, dass die Länder und ihre Netzwerke nicht mehr ausschließlich unter der Vorgabe arbeiteten, als Modellprojekt völlig neuartige Ideen und Konzepte verfolgen zu müssen – vielmehr ging es darum, ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen nach Vorfällen und Bedrohungen mit rechtsextremem Hintergrund zu entwickeln und umzusetzen. Die Zusammenführung von Expertenwissen und das koordinierte Vorgehen von unterschiedlichen Akteuren im Beratungsfeld, die sich in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen – ob im Sport- oder Jugendbereich, in der Freiwilligen Feuerwehr, Polizei oder Schule – mit Rechtsextremismus auseinandersetzen, waren wichtige Impulse des Bundesprogramms.

Zentral für die strategische Umsetzung des Bundesprogramms war die Entwicklung eines gemeinsamen Vorgehens zwischen Bund und Ländern. Seitens der Länder wurde die bundesweite Vernetzung bei länderübergreifendem Erfahrungsaustausch auf der Arbeitsebene, den Weiterbildungs- und Fachveranstaltungen sowie die fachliche Beratung und Begleitung der Länderkonzepte durch die Zentralstelle besonders positiv hervorgehoben. Bei den verschiedenen Fachseminaren und Weiterbildungen hat sich insbesondere der hohe Bedarf an der Vermittlung methodischer Spezifik der Beratung herauskristallisiert. Diese Anforderungen standen in engem Zusammenhang mit einem sich abzeichnenden hohen Entwicklungsbedarf in Bezug auf die Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung der Arbeit der Beratungsnetzwerke und Mobiler Interventionsteams. Die Zentralstelle reagierte auf diese Entwicklung mit einer verstärkten Schwerpunktsetzung auf Veranstaltungen, die die Beraterinnen und Berater methodisch wie themenfokussiert qualifizierten.

# 4. Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitungen

Die nun folgenden Ausführungen der fünf WB der Programmsäulen 1 und 2 des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT.“ sowie der WB des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ beziehen sich auf die bisher vorliegenden Ergebnisse der Gesamtberichte. Die ausführlichen Berichte aus den Jahren 2008 und 2009 sind auf den beiden Programmwebsites veröffentlicht und Bestandteil der beigefügten CD-ROM.

## 4.1 Lokale Aktionspläne

### Kurzvorstellung der Wissenschaftlichen Begleitung

Die WB der LAP wird gemeinsam vom **Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS, Frankfurt/Main)** und von **Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH (Berlin)** durchgeführt. Zur Analyse der Wirksamkeit und zur Messung der Zielerreichung der 90 LAP wird ein Mix von quantitativen und qualitativen Methoden angewendet. Das ISS ist dabei für die quantitativen Erhebungen, Camino für die qualitativen Untersuchungen zuständig.

### Methodisches Vorgehen

Ziel und Aufgabe der WB der Programmsäule 1 ist die systematische Untersuchung der LAP, die im Rahmen der Programmsäule 1 „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT.“ gefördert werden, sowie die Analyse ausgewählter LAP auf lokaler Ebene. Es werden Daten für die Programmverantwortlichen bereitgestellt, die die Überprüfung der Umsetzung der Programmziele durch die LAP zulassen und die für die Zielerreichung bedeutsamen Faktoren abbilden. Weitere Zielsetzungen sind die Analyse des Zuwachses an Wert und Nutzen, der durch die integrierten lokalen Strategien erreicht wurde, ihrer ursächlichen Wirkungszusammenhänge sowie die Abschätzung der Nachhaltigkeit der implementierten Handlungsebenen. Hierfür geht die WB sowohl quantitativ als auch qualitativ vor.

Zum einen wird mithilfe von wiederholten standardisierten schriftlichen **Befragungen** von Koordinierungsstellen, Begleitausschüssen und ausgewählten Projekten die Umsetzung der LAP in allen 90 Fördergebieten untersucht. Schwerpunkte der quantitativen WB sind die umfassende systematische Dokumentation der LAP und somit die Ermöglichung einer grundlegenden Identifikation und Analyse lokaler Handlungsstrategien sowie die Überprüfung der Zielerreichung der LAP und die Herausarbeitung von förderlichen und hinderlichen Faktoren.

Zum anderen wurden für die qualitative Erhebung 20 LAP ausgewählt, in denen die Koordinatorinnen und Koordinatoren sowie Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft befragt wurden und werden.

Weiterhin wurden Werkstattgespräche und Gruppendiskussionen durchgeführt. Die lokalen Koordinatorinnen und Koordinatoren sind hier die zentralen Kooperationspartner der WB. Gemeinsam mit ihnen erfolgt sowohl die Reflexion der Kontextbedingungen und der Prozesse vor Ort als auch die Erarbeitung übergeordneter Erkenntnisgewinne.

Weiterhin wurden gemeinsam mit den Koordinatorinnen und Koordinatoren „**Logische Modelle**“ der LAP erstellt, die einerseits der Selbstevaluation der LAP dienen, andererseits auch eine typisierende Beschreibung von LAP ermöglichen. Das Vorgehen der qualitativen WB ist explorativ angelegt und wird somit auch den innovativen Aspekten des Bundesprogramms gerecht. Es geht nicht nur darum, aufzuzeigen, was passiert, sondern auch, warum es passiert: Erklärungszusammenhänge können sichtbar gemacht werden.

Zur Bewertung der Ergebnisse der WB wurde ein **Experten-zirkel** eingerichtet, der auch die Entwicklung von Qualitätskriterien und -standards für LAP unterstützt. Dem Expertenzirkel gehören neben WB, Auftraggeber und Programmevaluation Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis, Politik und Verwaltung an. Aus den hier geführten Diskussionen ist die Handreichung „Qualitätskriterien für LAP“ entstanden.

Methodologisch orientiert sich das Vorgehen der WB sowohl an einer programmziel- als auch entscheidungsgesteuerten Evaluation. Als programmzielgesteuerte Evaluation prüft sie, in welchem Maß das Bundesprogramm seine expliziten Ziele erreicht. Als entscheidungsgesteuerte Evaluation wird sie so zugeschnitten, dass sie für Entscheidungssituationen während oder nach der Programmdurchführung erforderliche Informationen bereitstellt.

### Umsetzungsstrategien/Ergebnisse

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es dem Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“ gelungen ist, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im präventiven Bereich durch die Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratiefähigkeit entgegenzuwirken. Der Ansatz der Entwicklung integrierter lokaler Strategien wird durch eine insgesamt sehr umfangreiche Zielerreichung der LAP bestätigt, auch wenn sich Hinweise darauf ergeben, dass nicht alle Projekte ausreichend in ein integriertes Handlungskonzept eingebunden sind. Die Gesamtanlage von „VIELFALT TUT GUT.“ mit der lokalen Fokussierung und der Anregung einer Zusammenarbeit von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren hat sich als zielführende Strategie bewährt. Diese Gesamteinschätzung lässt sich durch eine Vielzahl von Einzelbefunden für verschiedene Zieldimensionen im Detail begründen und belegen. Entsprechend den festgelegten Förderschwerpunkten des Bundesprogramms stellen „Demokratieförderung und Toleranzerziehung“ (32,8%), „Stärkung der demokra-

tischen Bürgergesellschaft“ (20,8 %) und „Interkulturelles/ Interreligiöses/Geschichtliches Lernen/Antirassistische Bildung“ (20,8 %) die wichtigsten formulierten **Zielsetzungen der LAP** dar (Angabe mehrerer Schwerpunkte möglich). In Bezug auf diese Schwerpunkte werden vor allem **Mittlerziele** formuliert, die Informationen und Wissen vermitteln sowie Akteure sensibilisieren sollen. Zur „Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft“ sollen erwartungsgemäß vor allem netzwerk- und beteiligungsorientierte Ansätze beitragen. An erster Stelle der zu erreichenden **Zielgruppen** werden dementsprechend übergeordnet für die Gesamtheit der LAP Multiplikatorinnen und Multiplikatoren einschließlich der Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen (22 %) benannt, gefolgt von Jugendlichen in strukturschwachen Regionen und Kommunen (18 %) und zivilgesellschaftlichen Akteuren (14 %). Die Projekte richten sich in der Mehrzahl an Jugendliche im Alter zwischen 13 und 18 Jahren (38 %).

Die Integration in lokale Strukturen durch eine intensive **Vernetzung** und die **Kooperation von Kommunen und Zivilgesellschaft** können produktive Entwicklungen anstoßen und die wechselseitige Anerkennung befördern. Dies gilt insbesondere für die Begleitausschüsse, deren Zusammensetzung in allen LAP heterogen ist. Sowohl in der quantitativen als auch in der qualitativen Erhebung spiegelt sich die gelungene Beteiligung unterschiedlicher Akteursgruppen aus kommunaler Politik (81,1 %), Verwaltung (97,8 %) und Verwaltungseinheiten, die dem Ämternetzwerk angeschlossen sind (84,4 %), sowie aus einem breit gestreuten Spektrum zivilgesellschaftlicher Akteure (94,4 %) und unter anderem zielgruppenspezifischer Zusammenschlüsse (23,3 %) wider (Anm.: Prozentzahl der LAP mit Beteiligung entsprechender Akteure, nur ausgewählte Kategorien). Die beteiligten Akteure bewerten gerade die heterogene Zusammensetzung als positiv: Zum einen ermöglicht sie die Zusammenführung verschiedener Kompetenzen, zum anderen bewirkt sie eine Perspektivöffnung zwischen den unterschiedlichen Akteuren. Die Zusammenarbeit zwischen Kommune und Zivilgesellschaft gelingt besonders gut in den Regionen, in denen schon bei Problemanalyse und Zielentwicklung unterschiedliche Akteure aus verschiedenen gesellschaftlich relevanten Bereichen eingebunden waren. Deutlich wird, dass durch die Einbindung der zivilgesellschaftlichen Akteure bereits in einer sehr frühen Phase der Entstehung des Aktionsplans gute Grundlagen für die Erarbeitung und Umsetzung gemeinsamer Lösungsansätze und -strategien vorhanden sind.

Im Bereich der **Stärkung der Zivilgesellschaft** lässt sich konstatieren, dass Vernetzungen befördert werden und an Qualität gewinnen, beispielsweise durch eine Intensivierung des inhaltlichen Austausches. Feststellen lassen sich eine Stabilisierung bestehender zivilgesellschaftlicher Netzwerke und ein Ausbau der wechselseitigen Unterstützung zwischen den verschiedenen Akteuren. Darüber hinaus wird von einer Öffnung der vorhandenen Netzwerke durch die Einbeziehung neuer Akteure und von der Gründung neuer Netzwerke (z. B. Schülerbündnisse) berichtet.

Auch innerhalb von **Verwaltungen** lassen sich Hinweise auf positive Veränderungen im Sinne von ressortübergreifendem Austausch und gemeinsamen Planungen finden – bei allerdings fortbestehendem Entwicklungsbedarf. Die in allen LAP eingerichteten Ämternetzwerke basieren auf bereits bestehenden Kooperationsstrukturen beziehungsweise Gremien in der Kommunalverwaltung oder wurden eigens für den LAP gegründet. Insgesamt betrachtet lassen sich drei Typen von Ämternetzwerken feststellen (zusammengefasste Einzelkategorien nach Angaben der Koordinierungsstellen): Neugründung und gezielte Auswahl (22,2 %), Rückgriff auf bestehende Vernetzungen von Ämtern, zum Beispiel Präventionsrat (34,4 %), und Einbeziehung über den Begleitausschuss (43,3 %). Die durchgehende Einbeziehung der Ämternetzwerke in die Begleitausschüsse weist auf eine erfolgreiche Einbindung kommunaler Akteure hin.

**Themenspezifisches Wissen und lokale Kompetenzen** zu einer Verbesserung der Präventionsarbeit sind sowohl in Hinsicht auf die Diagnose als auch die Bearbeitung von Problemlagen deutlich gestiegen. So geben 25,6 Prozent der Koordinierungsstellen eine gewisse und 40 Prozent eine große Zunahme des Wissens über die lokale Problemlage an, während 27,8 Prozent schon zu Beginn ausreichende Informationen hatten und 6,7 Prozent keine Zunahme ihres Wissens verzeichnen können. Durch flächendeckende öffentlichkeitsbezogene Aktivitäten und die Gewinnung deutungsmächtiger Akteure wurden lokale Deutungskulturen in den Fokus genommen. In der konkreten Umsetzung bestehen hier weitere Entwicklungspotenziale in Hinsicht auf die Bekanntheit der LAP, die in 66,7 Prozent der LAP (Angaben der Koordinierungsstellen) nur als mittelhoch eingeschätzt wird, und die Einwirkung auf politikferne Bereiche. Die Einbeziehung der lokalen Bürgergesellschaft ist überwiegend gewährleistet und konzentriert sich dabei aus pragmatischen Gründen oft auf Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Die positiven Ergebnisse auf den Ebenen der Stärkung der Zivilgesellschaft, der Kooperation von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Vernetzung verweisen auf die Chance, den LAP erfolgreich als **integriertes Handlungskonzept** umzusetzen. Auch ein funktionierendes Ämternetzwerk kann hier einen wichtigen Beitrag für den LAP darstellen, indem es die Kommunikation der Verwaltungseinheiten untereinander befördert und den Transfer der Inhalte des LAP innerhalb der Verwaltung absichert. Allerdings zeigen sich in Bezug auf Gestaltung, Effizienz und Bewertung des Ämternetzwerkes große Unterschiede, wenn man die Gesamtheit aller LAP betrachtet. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Programmvorgaben in Form der **Förderung von Projekten und Einzelmaßnahmen** zeigen sich teilweise Tendenzen, stark projektbezogen und zu wenig im Sinne einer integrierten Handlungsstrategie vorzugehen.

Die für den Erfolg von LAP maßgeblichen **förderlichen und hinderlichen Faktoren** sind in hohem Maße kontextsensibel und lassen sich daher nicht durchgehend verallgemeinern. Viele

Programmstrukturen werden von den Akteuren aber als unterstützend wahrgenommen (z. B. die inhaltlichen Gestaltungsspielräume, die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, das Coaching). Dabei wird die Existenz einer Koordinierungsstelle grundsätzlich nicht nur von 79,8 Prozent der befragten Projekte und von ausnahmslos allen Begleitausschüssen (100 %) als erstrangiger förderlicher Faktor gesehen, sondern auch als eine Voraussetzung für die Umsetzung eines LAP, insbesondere in Bezug auf den – aus den Programmvorgaben resultierenden – hohen Beratungsbedarf der Projekte, aber auch unter dem Aspekt der operativen Steuerung, also der Vermittlung zwischen vielen unterschiedlichen Beteiligten.

Auf der formalen Ebene werden die zeitlichen (21,4 %) und finanziellen Vorgaben (54,9 %) des Bundesprogramms teils als hinderlich eingeschätzt (Angaben der Projekte), da sie die für die Bearbeitung von Themenfeldern wie Rechtsextremismus notwendige Kontinuität einschränken. So erweisen sich beispielsweise die jährlichen Bewilligungen für die Projekte nicht immer als zielführend im Hinblick auf die Planung eines integrierten Handlungsansatzes. Eine größere Flexibilität hinsichtlich der Förderrichtlinien könnte hier sinnvoll sein.

Als förderliche Faktoren können weiterhin die richtige Größe des Fördergebiets, die Unterstützung durch Medien und deutungsmächtige Akteure sowie eine entwickelte Kooperationskultur gelten. Somit kann der Zwang zur Einbindung und die daraus folgende Zusammenarbeit vieler unterschiedlicher Akteure aus Kommune und Zivilgesellschaft als förderlicher Faktor gesehen werden, wenngleich dies unter Effizienzkriterien manchmal auch kritisch bewertet werden kann. Hinsichtlich der öffentlichen Akzeptanz kann als eindeutig förderlich die in 64,4 Prozent der LAP (Angaben der Koordinierungsstellen) erfolgreich mobilisierte Unterstützung des LAP durch unterschiedliche Promotoren gewertet werden, insbesondere durch politische Akteure und Verwaltungsakteure. Entsprechend wird eine skeptische Haltung der Verwaltungsspitze beziehungsweise einzelner Amtsleiterinnen und Amtsleiter gegenüber dem LAP oder auch eine fehlende Sensibilisierung in Bezug auf die Problemlagen in einzelnen Verwaltungsbereichen als hinderlich wahrgenommen.

Ein weiterer Faktor, der eindeutig positiv ist, sind bereits vorhandene regionale Vorerfahrungen in der Trägerlandschaft oder der Kommune sowie Aktivitäten im Problemfeld. Nützlich sind hier zum einen die Themenkompetenz, zum anderen aber auch die Vernetzungsstrukturen und die Kommunikationskultur, die dann bereits entwickelt sind.

## Schlussbetrachtung

Angesichts einer positiv beurteilten Zielerreichung der LAP durch die lokalen Koordinierungsstellen und weitgehend gelungener Kooperationen der relevanten Akteure in den LAP

sollte anerkannt werden, dass das Instrument sich bewährt hat und insofern zur Fortführung empfohlen werden kann. Diese Aussage betrifft insbesondere die Institutionen der Koordinierungsstelle und des Begleitausschusses sowie ihr arbeits- und aufgabenteiliges Zusammenwirken.

Der **Begleitausschuss** gewährleistet die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure. Diese zentrale Funktion gilt es aufrechtzuerhalten und kontinuierlich zu überprüfen.

Die zentrale Rolle, die die **Koordinatorinnen und Koordinatoren** bei der Umsetzung des LAP einnehmen, sollte sich auch in deren Ressourcen niederschlagen. Es ist daher zu prüfen, ob ihre zeitlichen und finanziellen Mittel ausreichen, um ihren Aufgaben angemessen nachzukommen. Mit einer Aufstockung ihrer zeitlichen Ressourcen könnte auch eine Aufgabenerweiterung einhergehen, zum Beispiel in Richtung Controlling der Projekte und Unterstützung bei der Selbstevaluation. Eine solche Unterstützung der Projekte kann durch Hilfe bei der Formulierung von Zielerreichungsindikatoren erfolgen, durch das (verpflichtende) Angebot von Selbstevaluationsworkshops oder durch die Bereitstellung geeigneter Materialien (Fragebögen, Beobachtungsbögen etc.).

Alle drei gebräuchlichen Typen von **Ämternetzwerken** sind prinzipiell taugliche Formen. Verstärkt sollte jedoch darauf hingearbeitet werden, dass die existierenden Ämternetzwerke wenn nötig zielgerichtet fortentwickelt werden und sich nicht nur als formale Struktur begreifen. Sie sollten für sich eine inhaltliche und unterstützende Funktion definieren, womit sie auch stärkere Wirksamkeit entwickeln können. Eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit für den LAP innerhalb der Verwaltungsstrukturen und ein ausgeweitetes Angebot an Weiterbildungen für Ämtervertreterinnen und -vertreter bieten sich an.

Eine **stärkere Projektbegleitung** wäre auch ein Schritt, um den LAP als **integriertes Handlungskonzept** umzusetzen und die Projekte in die Gesamtstrategie zu integrieren. Hierzu wäre es sinnvoll, (ausgewählte) Projekte/Projektträger in die Zielentwicklung einzubinden. Um die Integration der Einzelprojekte in eine Gesamtstrategie zu fördern, bietet es sich an, die Jugendhilfeplanung und/oder andere kommunale Planungen stärker als bisher als zusätzliche Reflexionsebene einzubeziehen.

Bezogen auf die geforderte Einbeziehung von **deutungsmächtigen Akteuren und Promotoren** sind **Medienpartnerschaften** eine geeignete Form der Mitwirkung, die bislang wenig genutzt wurde und ausgeweitet werden sollte. Dies hätte gleichzeitig positive Wirkungen auf die Öffentlichkeitsarbeit und trüge zu einer stärkeren medialen Präsenz der LAP bei.

Hinsichtlich der Übertragbarkeit bieten sich zwei Wege an, um die LAP als wirkungsvolles Instrument der lokal verankerten koordinierten Rechtsextremismusprävention in kommunaler Verantwortung zu sichern und auch in anderen Regionen



erfolgreich umzusetzen: Die LAP könnten sich in geeigneten Regionen als Motoren einer Netzwerkstruktur positionieren, die sich in angrenzende Regionen ausweitet. Ein geförderter LAP würde damit eine Patenschaft für neu hinzukommende Regionen übernehmen. Die jetzt tätigen Koordinatorinnen und Koordinatoren könnten als Coaches tätig werden, indem sie andere interessierte Regionen bei der Erarbeitung und Gestaltung eines LAP beraten. Auf diese Weise ginge ihr umfangreiches praxisbezogenes Wissen nicht verloren.

## 4.2 Modellprojekte – Themencluster 1

### Kurzvorstellung der Wissenschaftlichen Begleitung

Die WB des TC 1 wird von der **Bietergemeinschaft proVal – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse, Beratung und Evaluation** und dem **Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (IKG)** umgesetzt. Aufgabe und Ziel beider Institute ist neben dem Projektmonitoring und der Beurteilung der Wirksamkeit der MP die Optimierung der pädagogischen Zugänge, Ansätze und Methoden zur Antisemitismusbewegung.

### Methodisches Vorgehen

Der Auftrag der WB besteht vor allem darin, Strategien und Vorgehensweisen der MP so zu rekonstruieren, dass die Erfahrungen aus den MP übertragbar zur Weiterentwicklung der Fachpraxis zur Verfügung gestellt werden können. Entsprechend dieser Aufgabenstellung haben proVal und IKG ein mehrstufiges Evaluationsdesign entwickelt, das bereits auf den ersten Stufen eine transparente Rekonstruktion der Projektziele und Maßnahmen sowie der förderlichen und hinderlichen Kontextbedingungen gewährleistet. So hat die WB bereits in der Anfangsphase wesentliche Informationen zu allen Projekten mittels problemzentrierter Interviews erhoben.

Die zentralen Themen dieser Interviews waren:

- die Problembeschreibung und Ursachenanalyse
- das Design
- der pädagogische Ansatz des Projekts
- die Zielgruppen und Zielgruppenerreichung
- die Arbeit mit der Zielgruppe
- die Aspekte der Modellhaftigkeit
- die förderlichen und hinderlichen Kontextbedingungen
- die Kooperationsbeziehungen
- die Unterstützung vor Ort

Darüber hinaus wurden wesentliche Entwicklungen und Ereignisse im Ablauf der Projekte kontinuierlich über ein internetbasiertes Projektstagebuch erhoben. Diese Form des Monitoring bietet den Projekten selbst eine Dokumentation des bisherigen Projektverlaufes und ermöglicht der WB, bei

besonderen Ereignissen oder unvorhergesehenen Schwierigkeiten gezielt Kontakt mit den Projekten aufzunehmen. Ferner wurden vier Monitoringerhebungen zu bestimmten Fragestellungen durchgeführt, in denen auch die Fragen der Programmevaluation bearbeitet wurden. Für noch ungeklärte Fragen ist ein problemzentriertes Abschlussinterview am Ende der Projektlaufzeit vorgesehen.

Das Ziel einer Weiterentwicklung der Fachpraxis erfordert aus der Sicht von proVal und IKG allerdings mehr als die bloße Rekonstruktion der von der Praxis entwickelten Konzepte und Maßnahmen. Letztlich muss es darum gehen, innovative, effiziente und vor allem effektive Lösungen für bisher nicht optimal bearbeitete Probleme zu entwickeln. Um die Projekte auf diesem Weg zu unterstützen, hat die WB in der ersten Phase ihrer Tätigkeit einen Optimierungsworkshop mit allen begleiteten Projekten durchgeführt. Schwerpunkte dieses Workshops waren Fragen der Ressourcenplanung und der Qualitätssicherung sowie Möglichkeiten der Selbstevaluation und des fortlaufenden Monitoring.

Wenn es darum geht, Konzepte und Maßnahmen der MP in die Regelpraxis zu überführen, stellt sich natürlich auch die Frage nach der Wirksamkeit der zu übertragenden Maßnahmen. Wirkungsanalysen aller begleiteten Projekte mit aufwendigen Vorher-Nachher-Designs unter Einbeziehung einer Kontrollgruppe sind der WB im vorgegebenen Kostenrahmen allerdings nicht möglich. Gleichwohl verfolgen proVal und IKG im Rahmen ihrer WB den Ansatz einer **wirkungszentrierten Evaluation**. Das bedeutet zunächst, dass das Evaluationsdesign von vornherein auf die Messung von Wirkungen ausgerichtet wird. So wurde mit jedem der begleiteten Projekte ein zwei- bis dreitägiger Zielexplicitationsworkshop durchgeführt. Im Rahmen dieses Workshops wurden die Ziele des Projektes als **Wirkungsziele** formuliert und bis auf die Ebene konkreter, überprüfbarer Handlungsziele heruntergebrochen. Die entscheidende Frage, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der WB in diesem Zusammenhang immer wieder gestellt wurde, lautet: Was soll bei der Zielgruppe nach einer Maßnahme oder nach einem Maßnahmenkomplex anders sein als vorher? Den einzelnen Zielen wurden dann Maßnahmen zugeordnet, mit denen die Ziele erreicht werden sollen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Angemessenheit der eingesetzten Maßnahmen für die Erreichung der angestrebten Ziele eingeschätzt.

In der letzten Phase der WB, der sogenannten Forschungsphase, geht es vor allem darum, die Erfolgsaussichten der Maßnahmen von acht ausgewählten Projekten genauer zu bestimmen und Bedingungen für die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu ermitteln. Hierzu wurden die Ziele der ausgewählten Projekte zunächst von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der WB für eine quantitative beziehungsweise qualitative Erhebung operationalisiert. Diese **Operationalisierung** wurde dann mit den Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern umfassend diskutiert und zum Teil mehrfach überarbeitet. Die so



entwickelten Instrumente wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der WB bei verschiedenen Projektmaßnahmen eingesetzt, wobei in der Regel eine Vorher- und eine Nachhererhebung durchgeführt wurden. Zusätzlich erfolgte meist eine teilnehmende Beobachtung, um zusätzliche Informationen über Wirkfaktoren sowie über positive und negative Nebenwirkungen zu erfassen. Auf diese Weise kann neben der allgemeinen Akzeptanz der Maßnahmen und der didaktischen Konzepte auch erfasst werden, ob die vermittelten Inhalte in der beabsichtigten Art und Weise von der Zielgruppe rezipiert werden, welche Effekte darüber hinaus noch auftreten und welche Faktoren die Vermittlung der Inhalte begünstigen oder erschweren. Da auf eine dritte Erhebung einige Wochen nach der Durchführung der Maßnahme und auf die dann notwendige Einbeziehung einer Kontrollgruppe im vorgegebenen Kostenrahmen verzichtet werden musste, können keine Aussagen zur Nachhaltigkeit der ermittelten Wirkungen getroffen werden. Insofern ist das Vorgehen der WB keine klassische Wirkungsevaluation.

## Umsetzungsstrategien/Ergebnisse

Das Ziel der Weiterentwicklung der Regelpraxis durch die Förderung innovativer MP erfordert aus der Sicht der WB des TC 1 möglichst konkrete und auf einzelne Projektansätze bezogene Aussagen. Ein wichtiges Ergebnis der WB ist zunächst die **Rekonstruktion und Konkretisierung der Projektziele und Maßnahmen**, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen. Diese in einem aufwendigen Workshop mit jedem Projekt erarbeitete Rekonstruktion spiegelt einen intensiven Diskussionsprozess zwischen dem Projekt und der WB wider. Im Rahmen dieses Diskussionsprozesses wurden aus wissenschaftlicher Sicht unrealistische Ziele und nicht plausible Verknüpfungen zwischen Maßnahmen und Zielen kritisch hinterfragt und gegebenenfalls modifiziert. Für die Regelpraxis ist diese im Jahresbericht 2009 dokumentierte Rekonstruktion daher ein Ideenpool, der wichtige Anregungen bei der Suche nach möglichen Maßnahmen für die Erreichung bestimmter Ziele liefern kann.

Bei der wissenschaftlichen Bewertung der **Ziele und Maßnahmen** der Projekte des TC 1 zeigt sich zunächst, dass die Projekte ein breites Spektrum an Zielen verfolgen, die in den Bereichen der Vermittlung von Wissen, der Veränderung von Einstellungen, der Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, der Verhaltensänderung, der Schaffung von Aufmerksamkeit und der Vernetzung liegen. Ebenso breit ist das Spektrum der Maßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen. Insgesamt passen diese Maßnahmen gut zu der präventivpädagogischen Ausrichtung des Bundesprogramms. Erfreulich ist, dass Methoden des erfahrungsbasierten Lernens in diesem Zusammenhang einen breiten Raum einnehmen. Neben bereits bekannten finden sich auch neu entwickelte Methoden oder Strategien, die als modellhaft bezeichnet werden können. So

zeigen die Analysen der WB, dass alle untersuchten Projekte mindestens eines von sieben Kriterien der Modellhaftigkeit erfüllen. Für mehr als die Hälfte der MP ist die Suche nach einer Alternative zur klassischen Zeitzeugenbegegnung ein Bestandteil der konzeptuellen Arbeit. Bei einer Klassifikation der pädagogischen Ansätze ist auffällig, dass 16 der 17 untersuchten Projekte (auch) Methoden des politisch-historischen Lernens einsetzen; andere Ansätze spielen demgegenüber eine wesentlich geringere Rolle.

Ferner zeigt die wissenschaftliche Analyse, dass viele **Ansätze eher individuenzentriert** sind und dass sozialraumorientierte Strategien selten verfolgt werden. Dabei haben sich Maßnahmen zur Gestaltung des sozialen Umfelds im Sinne einer demokratischen Kultur als durchaus vielversprechend erwiesen. Anstelle einer direkten bildungspädagogischen Intervention versuchen solche Maßnahmen, den Jugendlichen im sozialen Umfeld (z. B. in der Schule oder im Stadtteil) Gelegenheiten zur Mitgestaltung und zur Teilhabe zu eröffnen. Für die Erreichung anspruchsvoller Ziele, die auf eine Einstellungs- oder Verhaltensänderung hinauslaufen, wären außerdem langfristig ausgerichtete, mehrstufige und aufeinander aufbauende Strategien erforderlich, die bisher nur in Ansätzen vorliegen. Modelle zur Verhaltensänderung, wie sie etwa von Prochaska und DiClemente beschrieben werden, erfordern didaktisch gut aufbereitete Maßnahmenkonzepte, die geeignet sind, gewünschte Veränderungen anzustoßen, zu habitualisieren und zu stabilisieren. Hierzu gehört etwa die Berücksichtigung verschiedener Veränderungsstadien. In den frühen Änderungsstadien (wie der Absichtsbildung) sind vor allem kognitiv-affektive Prozesse bedeutsam. In den späteren Stadien sind dagegen verhaltensorientierte Prozesse besonders relevant. Maßnahmen, die auf solche verhaltensorientierte Prozesse abgestimmt sind, müssten von vielen Projekten stärker als bisher berücksichtigt werden. Hierzu zählen Trainingsmaßnahmen, Übungen zum Umgang mit Unverständnis und Widerständen im sozialen Umfeld, das Nutzen hilfreicher Beziehungen oder die Selbstverpflichtung.

Die Erfolgsaussichten der von den Projekten durchgeführten Maßnahmen können zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings noch nicht beurteilt werden. Zu dieser Frage werden gegenwärtig Daten erhoben und ausgewertet. Die Ergebnisse werden in den kommenden Berichten vorgestellt.

Hinsichtlich der **Zielgruppen** der Projekte des TC 1 zeigen die Analysen der WB, dass neben der allgemeinen Ausrichtung auf Kinder und Jugendliche in vielen Projekten auch eine Fokussierung auf spezifische Gruppen wie bildungsbenachteiligte Jugendliche (vier Projekte), jugendliche Migrantinnen und Migranten (acht Projekte) und junge Menschen in strukturschwachen Regionen (sieben Projekte) erfolgt.

Für neun Projekte sind Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ebenfalls eine relevante Zielgruppe.

Eine exemplarische Analyse für das Jahr 2008 belegt, dass diese Zielgruppen auch erreicht werden. Beispielsweise hatten 2.790 der 7.887 jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Migrationshintergrund und 2.233 kamen aus bildungsfernen Schichten.

Bei der **Öffentlichkeitsarbeit**, die ja auch der Erreichung der Zielgruppen dient, greifen die MP auf ein großes Repertoire an unterschiedlichen **Medien und Methoden** zurück. Im Einzelnen sind dies Plakate, Flyer, Postkarten, Poster, Buttons, Websites, Newsletter, Internetzeitschriften, Comics, Filme, Fernsehbeiträge, Zeitungs- und Pressegespräche, Radiointerviews, Kampagnen/Aktionswochen, CDs, Beiträge in Fachzeitschriften und sonstige Publikationen, Arbeitsmaterialien, Einbeziehung deutungsmächtiger Akteure, Lehrerfortbildungen, Präsentationen auf Fachtagen, Tage der offenen Tür, fachspezifische Netzwerke und provokante Poster/Anzeigen.

Von den zahlreichen interessanten Ergebnissen der **Monitoring-erhebungen** können an dieser Stelle nur einige herausgegriffen werden. Besonders interessant sind zum einen die Befunde zur Kofinanzierung und zum anderen die Ergebnisse zur Vernetzung. Im Hinblick auf die Kofinanzierung berichteten zehn von 17 Projekten Schwierigkeiten bei der Bereitstellung der Kofinanzierung. Beklagt wurde etwa der große Zeitaufwand für die Kontaktpflege oder für die Fertigstellung von Fördermittelanträgen. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass aktueller Antisemitismus in vielen Kommunen ein Tabu ist, was die Sicherstellung einer Kofinanzierung unter Umständen erheblich erschwert. Etliche Projekte sahen allerdings hinsichtlich der Veröffentlichung und Verbreitung der Ergebnisse und der Verstetigung der Projektarbeit auch positive Effekte der Kofinanzierung.

Zur Zusammenarbeit der Projekte mit Einrichtungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene liegen sowohl Ergebnisse aus verschiedenen qualitativen Befragungen als auch Befunde aus einer quantitativen Monitoring-erhebung vor. So kooperiert jeweils über die Hälfte der Projekte mit Ministerien, Universitäten und (Fach-)Hochschulen, Einrichtungen der politischen Bildung, Stiftungen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulen sowie Museen und Gedenkstätten. Auffällig ist jedoch, dass es nur wenige Kooperationen mit Wohlfahrts-, Jugend- und Sportverbänden, Sportvereinen oder mit ambulanten und stationären Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe gibt. Auch mit Einrichtungen nach SGBII wird kaum und mit Justizvollzugsanstalten gar nicht kooperiert. Bezüglich der Vernetzung zwischen den Projekten zeigt eine von der WB durchgeführte quantitative Netzwerkanalyse, dass Synergieeffekte durch eine enge Zusammenarbeit innerhalb des TC am ehesten dort erwartet werden können, wo Projekte auch räumlich eng zusammenliegen. Unter diesem Gesichtspunkt hat die Konzentration vieler Projekte in Berlin durchaus auch Vorteile.

## Schlussbetrachtung

Das TC „Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“ hat in der zurückliegenden Förderperiode einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen antisemitische Tendenzen geleistet. Die Projekte des TC haben in den vergangenen Jahren zahlreiche innovative Ideen für die Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus entwickelt. Künftig sollten vielversprechende Maßnahmen auf dieser Grundlage systematisch weiterentwickelt und mit neuen Maßnahmen zu möglichst wirksamen Strategien kombiniert werden. In diesem Zusammenhang wäre es wichtig, dass langfristig ausgerichtete, mehrstufige und aufeinander aufbauende Strategien zur Einleitung, Habitualisierung und Stabilisierung erwünschter Veränderungen verstärkt zum Einsatz kommen. Darüber hinaus ist es nach wie vor eine große Herausforderung, Strategien und Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus so zu entwickeln, dass sich die Zielgruppen von den angebotenen Aktivitäten begeistern lassen und die angestrebten positiven Veränderungen dann auch tatsächlich eintreten.

Um dies zu erreichen, ist die Untersuchung der Wirksamkeit von Einzelmaßnahmen und Maßnahmenkombinationen unabdingbar. Hierfür müssen daher auch die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. Deshalb plädieren wir dafür, besonders innovativen Projekten Mittel für Praxisforschung zur Verfügung zu stellen und diese Projekte vom Zwang zur Kofinanzierung zu befreien. Der hier vorgeschlagene Ansatz setzt auf eine sehr enge Verzahnung von Projekt und WB. Aufseiten des Projekts muss deshalb die Bereitschaft zu einem experimentellen Vorgehen bestehen. Umgekehrt muss sich auch die WB stark auf Fragen der Praxis einlassen. Praxisforschung bedeutet folglich eine enge und zeitintensive Kooperation zwischen Projekt und WB, bei der die Praxis sich sehr weitgehend auf Forschungsfragen und die Forschung sich sehr weitgehend auf Praxisfragen einlässt.

## 4.3 Modellprojekte – Themencluster 2

### Kurzvorstellung der Wissenschaftlichen Begleitung

Die WB des TC 2 wird von der **Internationalen Akademie für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie gGmbH (INA) an der Freien Universität Berlin** durchgeführt. Es handelt sich um eine formativ-gestaltende wie auch summativ-bilanzierende Begleitung, der ein qualitativer Evaluationsansatz zugrunde liegt. Dabei wurden einige quantitative Erhebungen im Rahmen des Monitorings integriert.

### Methodisches Vorgehen

Die WB stützt sich auf **aktuelle Erkenntnisse der Rechts-extremismus- und Präventionsforschung**, die in den vergangenen

20 Jahren an der Schnittstelle von Praxis und Wissenschaft gewonnen wurden. Erkenntnisse über die Vielgestaltigkeit der Phänomene des modernen Rechtsextremismus als „politische Bewegung“ in ihrer Auseinandersetzung mit der Demokratie im Alltag der Kommunen, bei der „kulturelle Hegemoniebestrebungen“ eine zentrale Rolle spielen, gehören ebenso zu den Grundlagen der WB wie auch das Wissen um aktuelle und zeithistorische Einflussfaktoren, die rechtsextreme Entwicklungen begünstigen oder ihnen entgegenwirken können. Grundsätzlich betrachtet die WB die Interaktion von modernem Rechtsextremismus und Demokratie als ein gesellschaftliches Konfliktgeschehen, in das prinzipiell auch Kinder und Jugendliche einbezogen sind, weil es einerseits mit konkreten Angeboten des modernen Rechtsextremismus an junge Menschen einhergeht, die bei diesen unter Umständen auf eine entsprechende subjektive Nachfrage treffen. Andererseits ist dieses Konfliktgeschehen in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen mehrfach vermittelt, denn es trifft in den Familien und Beziehungsnetzwerken auf Verarbeitungsprozesse, die „Rechtsextremismus-Gefährdungen“ junger Menschen wiederum begünstigen können. Subjektorientierung, Lebensweltbezug und Konfliktsensibilität erscheinen daher – neben anderen – als zentrale Qualitätsmerkmale präventiv-pädagogischer MP, die als Element demokratischer Konfliktbearbeitung das Ziel haben, diejenigen Prozessen und Faktoren entgegenzuwirken, die eine Hinwendung Jugendlicher zum Rechtsextremismus begünstigen, und demokratische Erfahrungen und Kompetenzen zu unterstützen.

Aus diesem Grund hat die WB ihren primär qualitativen **Evaluationsansatz** auf die Besonderheiten der MP im TC 2 angepasst und bewährte Strategien der Evaluation in Konfliktkontexten mit einem programmtheorieorientierten und nutzungsgesteuerten Evaluationsansatz verbunden. Die WB berücksichtigt die Heterogenität der MP und die Tatsache, dass deren Präventionsansätze sich noch in der Entwicklung und Erprobung befinden, ebenso wie das Faktum, dass die Kontexte, in denen die MP stattfinden, vielfach durch das erwähnte Konfliktgeschehen geprägt sind. Die WB führt regelmäßig (d. h. ca. zweimal pro Jahr) Projektbesuche bei allen MP durch, wobei ausgewählte Arbeitsphasen einzelner Projekte intensiv begleitet werden. Darüber hinaus haben bis Sommer 2009 bereits drei Gesamtworkshops mit Fachkräften aller MP stattgefunden. Außerdem bezieht die WB schriftliche Materialien der MP in ihre Auswertungen ein. Es ist der WB ein zentrales Anliegen, dass die formative Evaluation den MP nützlich sein soll, weshalb die Projektbesuche und Workshops ausführlich dokumentiert und den MP zur Validierung und Weiterarbeit zur Verfügung gestellt werden. Dadurch werden gleichzeitig die Datenqualität und die Qualität der Schlussfolgerungen der WB abgesichert.

Erfahrungen aus der **Evaluation in Konfliktkontexten** werden von der WB insofern aufgegriffen, als von einer Wechselwirkung zwischen MP und Konfliktkontext ausgegangen wird, bei

der die MP auf den Kontext einwirken (und dabei z. B. nicht intendierte positive oder negative Wirkungen hervorbringen) und auch durch den Kontext beeinflusst werden. Wesentlich ist dabei die Berücksichtigung psychosozialer Prozesse, da die Fachkräfte der MP gleichzeitig Teil des Konfliktgeschehens sind und sie versuchen müssen, dieses immer wieder „von außen“ zu betrachten. So können sie ihre pädagogische Arbeit oder Beratungsarbeit als „reflektierte Praktiker“ immer wieder neu darauf abstimmen, um so den Experimentier- und Reflexionsraum von MP als „realem Feldexperiment“ optimal nutzen zu können.

Hierbei wird auch der **formative Charakter der WB** deutlich, die während der Projektbesuche und auf den Gesamtworkshops einen Rahmen schafft, welcher die Arbeit entlang „zentraler Themen“ beziehungsweise „Schlüsselsituationen“ der Projektarbeit ermöglicht. So wurde in den Gesamtworkshops zum Beispiel zur Relevanz der Gender- und Familienthematik für die Rechtsextremismus-Prävention gearbeitet. Es fand eine Verständigung über die Bedeutung von Biografien (sowohl Jugendlicher als auch der eigenen) statt; Falldiskussionen über Erfahrungen aus der Projektarbeit und die Identifizierung von „Rechtsextremismus-Gefährdungen“ Jugendlicher wurden geführt. So konnte die WB nicht nur einen kollegialen Austausch unter den MP fördern, sondern erlangte wichtige Daten zu unterschiedlichen Ansätzen beziehungsweise Präventionsstrategien. Auch bei den Projektbesuchen wurde der Vorteil einer Orientierung an den „zentralen Themen“ der Projektarbeit deutlich. Diese weisen Bezüge sowohl zu den inhaltlichen Fragen der Rechtsextremismus-Prävention als auch zu den Organisationsstrukturen (Träger, Team) sowie individuellen Dimensionen der Fachkräfte auf. Das erleichtert es zudem, die Wirkungsannahmen zu explizieren, was für eine Einschätzung der Wirkfähigkeit und die Identifizierung exemplarischer Wirkungen der Projektarbeit relevant sein wird.

## Umsetzungsstrategien/Ergebnisse

Die Ergebnisse, die im Folgenden dargestellt werden, beziehen sich auf den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 31. August 2009. Die WB hat sich einen differenzierten Überblick über die 18 MP im TC verschafft, eine erste Typisierung der Projekte unter Berücksichtigung der für sie förderlichen und hinderlichen Rahmenbedingungen vorgenommen, Einschätzungen der Konzept- und Strukturqualität erarbeitet sowie erste Aussagen zur Modellhaftigkeit der MP getroffen. Dabei zeigte sich, dass die Mehrheit der 18 MP räumlich sehr fokussiert arbeitet und dabei bereits vielfältige Kooperationsbeziehungen aufbauen konnte. Diese MP sind zum Beispiel in ausgewählten Landkreisen, Kleinstädten oder Stadtteilen tätig, in Schulen oder Justizvollzugsanstalten und einige von ihnen kooperieren in lokalen Netzwerken zwischen Schulen, Jugendsozialarbeit und offener Jugendarbeit oder Jugendberufshilfe.

Modellprojekt/ Handlungsfeld	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Schule (5 MP)	■	■	■	■	■	■								■				
Gemeinwesen (2 MP)				■	■	■	■	■					■		■			
Berufl. Bildung (2 MP)		■						■	■									
Internet (2 MP)		■							■	■						■		
Familie (2 MP)			■							■	■	■	■	■				
Qualifizierung (3 MP)	■				■	■	■				■	■		■	■	■	■	■
JVA (2 MP)									■								■	■

Abb. 2: Zuordnung der MP nach Handlungsfeldern (Schwerpunkten) und Überschneidungen

Die clusterbezogene Analyse hat sieben Handlungsfelder ergeben, in denen Schwerpunkte der Präventionsarbeit der MP liegen, wobei es aber zwischen den Handlungsfeldern durchaus Überschneidungen gibt.

Die Tabelle (Abb. 2) verdeutlicht, welche weiteren Handlungsfelder die MP zusätzlich zu ihrem Schwerpunkt bearbeiten. Das sich ergebende facettenreiche Bild zeigt beispielsweise, dass immerhin vier MP an der Schnittstelle von Schule und Gemeinwesen tätig sind. Was das Verhältnis der drei Unterthemen des TC 2 („Geschlechtsspezifische Arbeit mit männlichen Jugendlichen“, „Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“, „Qualifizierte Elternarbeit“) und der sieben Handlungsfelder anbelangt, deckt sich das Handlungsfeld „Familie“ mit dem Unterthema „Qualifizierte Elternarbeit“ des TC 2, welches lediglich zwei MP abdeckt. Das einzige MP, das dem Unterthema „Geschlechtsspezifische Arbeit mit männlichen Jugendlichen“ angehört, wurde im Handlungsfeld „Qualifizierung“ verortet, da ein zentraler Schwerpunkt seiner Arbeit in der Qualifizierung von männlichen Sozialarbeitern für die geschlechterreflektierte Rechtsextremismus-Prävention liegt. Die große Mehrheit der MP (insgesamt 15) ist dem Unterthema „Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“ zugehörig und verteilt sich bei der Typisierung, die von der WB vorgenommen wurde, über die verbleibenden sechs Handlungsfelder.

Ein verallgemeinernder Blick auf die Kontextbedingungen der MP zeigt, dass acht MP in strukturschwachen, ländlich-kleinstädtisch geprägten Regionen arbeiten, in denen es eine meist sehr aktive rechtsextreme Strukturlandschaft gibt, die bestrebt ist, die Schwächen demokratischer Kultur zu nutzen, um selbst Einfluss zu gewinnen. Fünf MP sind in städtischen Kontexten tätig, welche von einer großen sozialen und kulturellen Diversität unter den Bewohnerinnen und Bewohnern geprägt sind. Diese MP stellen eher das breite Spektrum von Facetten einer „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ fest und versuchen, die spezifischen Konfliktkonstellationen als Chance für neue Ansätze der Rechtsextremismus-Prävention zu nutzen. Zwei MP arbeiten unter den besonderen Bedingungen des

Jugendstrafvollzugs, wo sie auf die jeweiligen Subkulturen unter den Gefangenen treffen, die Dispositionen für rechts-extreme Orientierungen durchaus begünstigen, was hohe Anforderungen an die institutionelle Sensibilität im Umgang mit diesem Problem stellt. Zunehmend beschäftigt sich ein Teil der MP auch mit den Besonderheiten der „virtuellen Lebenswelt“ des Internets und versucht dort, die Risikofaktoren der Rechtsextremismus-Gefährdung genauer zu erfassen und zu bearbeiten.

Die real erreichten **Zielgruppen der MP** weisen eine große Vielfalt auf. MP, die mit Jugendlichen arbeiten, erreichen zum Beispiel straffällige Jugendliche, Förderschülerinnen und -schüler, Schulverweigerer, Jugendliche in Maßnahmen des Jobcenters, lokale Jugendcliquen, Jugendliche in KJHG-Maßnahmen, Hauptschülerinnen und -schüler, Schülervertretungen und viele mehr. Ein zunehmender Teil der MP versucht, bewusst mit der vorzufindenden Heterogenität unter den Jugendlichen zu arbeiten, diese sichtbar zu machen beziehungsweise den Jugendlichen im Rahmen der pädagogischen Beziehungsarbeit Erfahrungen mit Heterogenität, Anerkennung und klaren Wertorientierungen in der Erwachsenenwelt zu ermöglichen. Die meisten MP arbeiten im Rahmen der Jugendarbeit in Gruppen, wobei einige MP durchaus versuchen, individuelle Präventionsstrategien einzuflechten. Festzustellen ist auch, dass die Mehrheit der MP, die mit Jugendlichen arbeiten, gleichzeitig auch mit Erwachsenen arbeiten und so potenziell in den Beziehungsnetzwerken der Jugendlichen wirken. Ein Teil der MP versucht dezidiert, auch institutionelle Veränderungen anzustoßen (z. B. in der Schule).

Die Zielstellungen der MP sind ebenfalls vielfältig: Ein Teil der MP will Jugendlichen demokratische Beteiligungserfahrungen ermöglichen und entsprechende Handlungskompetenzen fördern. MP, die mit Lehrerinnen und Lehrern sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern arbeiten, setzen den Schwerpunkt zum Beispiel auf die Klärung und Entwicklung des eigenen (professionellen) Selbstverständnisses (auch vor dem Hintergrund der eigenen Biografie). Einige MP entwickeln pädagogische Materialien oder bauen Beratungsstrukturen auf. Die meisten MP haben begonnen, sich

Ansatz/Handlungsfeld	Schule	Qualifizierung	Gemeinwesen	Beruf. Bildung	Internet	Familie	JVA
Partizipativer Ansatz	••••	•	••	•		○○	•
Antirassistisches Lernen	•••	•	•	••	•		•
Kultur- & Theaterpädagogik	•••	•	••				•
Geschlechterspez. Ansatz	•••	•◆	••				•
Interkulturelles Lernen	•••	•	•	••			•
Ansatz sozialen Lernens	•••	•	••		••		•
Gewaltprävention	••	••◆	•	•	•		•
Medienpädagogik	••	•	••		•		
Sozialräumlich orientierter Ansatz	••	••◆	••			○	•
Politisch-hist. Lernen	••	•	••	•	•		
Beratungsarbeit		••	••	••	••	○○	•
Gemeinwesenorientierter Ansatz		••	••			○○	
Sozialpädagogik/ Gruppenarbeit	•	•	••				•
Sport- und Erlebnispädagogik	•	•	••	•			

- Unterthema „Qualifizierte Elternarbeit“
- ◆ Unterthema „Geschlechtsspezifische Arbeit“
- Unterthema „Zeitgemäße Konzepte“

Abb. 3: Zuordnung der MP nach Handlungsfeldern, methodischen Ansätzen und Unterthemen

mit der Frage der Integration der affektiven, kognitiven und konativen Komponenten der eigenen Bildungs- und Beratungsarbeit zu befassen. In ihren jeweiligen Handlungsfeldern kombinieren die MP in vielen Fällen methodische Ansätze.

So nutzen sie mitunter eine bestimmte Methode (z. B. Medienarbeit), um einen Zugang zu den Jugendlichen zu gewinnen, und arbeiten dann mit anderen pädagogischen Strategien (z. B. interkulturell, partizipativ) weiter. Die Tabelle (Abb. 3) gibt einen Überblick über die methodischen Ansätze, die von den MP im Rahmen des begleitenden Monitoring der WB angegeben wurden.

Die Vielfalt der methodischen Ansätze bietet gute Voraussetzungen dafür, flexibel auf unterschiedliche Konstellationen der „Rechtsextremismus-Gefährdungen“ Jugendlicher einzugehen. Dies wird zudem durch die breite Praktizierung von Beratungs- und Qualifizierungsangeboten unterstützt, die sich an Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Eltern und lokale Akteure richten. Bezüglich der Qualitätsentwicklung im TC 2 ist zu berücksichtigen, dass in den methodischen Ansätzen verschiedene Wirkannahmen („theories of change“) enthalten sind, die von der WB im Dialog mit den MP herausgearbeitet und

bei der Identifizierung der Ergebnisse der Projektarbeit („Wirkungseinschätzungen“) dann auf ihre Plausibilität hin reflektiert werden.

Was nun eine erste Wertung der MP im TC 2 anbelangt, so kann die Einschätzung getroffen werden, dass es eine Vielfalt interessanter Konzeptionen gibt, die 2008 und 2009 allerdings häufig noch ausreifungsbedürftig waren. Entsprechend fand mit zunehmenden Praxiserfahrungen auch eine Weiterentwicklung der Konzepte statt, sei es im Hinblick auf die Zielmodifizierung (realistische Ziele), die genauere Zielgruppenbeschreibung, eine bessere Ressourcenplanung, die Konkretisierung von Maßnahmen oder auch die bessere Einschätzung der Rahmenbedingungen. Was die grundlegende Zielstellung des TC „Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“ anbelangt, so zeigt die Analyse, dass Jugendliche in ganz unterschiedlichen „Gefährdungskonstellationen“ erreicht werden und dass die MP begonnen haben, sich systematischer mit der Frage nach Risiko- und Protektivfaktoren zu beschäftigen. Allerdings wäre es ratsam, stärker gefährdete Jugendliche noch mehr anzusprechen. Möglichkeiten würden sich zum Beispiel an der Schnittstelle von Schule und Beruf, im Gemeinwesen oder in speziellen Maßnahmen des KJHG oder der Jugendgerichts- und Bewährungshilfe anbieten.



Modellprojekt/Modellhaftigkeit (reflektierte und konzeptuell begründete ...)	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
... Übertragung einer bewährten Methode/ Strategie in ein neues Arbeitsfeld bzw. ein neues Setting	x	x						x	x	x	x					x	x	x
... Übertragung und Weiterentwicklung einer bewährten Methode/Strategie in neue strukturelle Bezüge		x			x	x	x	x				x	x	x	x			
... Übertragung und Weiterentwicklung einer bewährten Methode/Strategie in der Arbeit mit neuen Zielgruppen/Zielgruppenkombinationen	x	x	x				x	x	x	x		x	x	x	x	x	x	x
... Kombination von Methoden oder Strategien	x	x	x		x	x			x		x	x	x		x			
... Entwicklung einer neuen Methode/Strategie			x	x	x	x		x		x				x				x

Abb. 4: Zuordnung der MP nach Modellhaftigkeit

In Hinblick auf die drei Unterthemen des TC 2 zeigt sich, dass noch immer ein deutlicher Bedarf an Modellentwicklungen und -erprobungen im Bereich der Eltern- und Familienarbeit sowie im Zusammenhang mit Rechtsextremismus-Prävention und Gender- beziehungsweise anderen identitätsrelevanten Dimensionen besteht. Im Bildungsbereich gibt es im Vergleich zu den zurückliegenden Jahren konzeptuell bereits viele Fortschritte (z. B. in den Bereichen Lebensweltorientierung, Empowerment, Beziehungsarbeit und Konfliktaustragung), auch wenn die MP sehr auf Kompetenzen von lokalen Kooperationspartnern angewiesen sind, welche häufig allerdings nur unzureichend vorhanden sind. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass zukünftige Modelle auch Ausbildungs- und Weiterbildungsstrukturen bearbeiten sollten.

Ein erster, vorläufiger Blick auf die Modellhaftigkeit der MP zeigt, dass es eine ganze Reihe häufig mehrfacher Aspekte der Modellhaftigkeit in einzelnen komplexen Projekten gibt; allerdings besteht bei den meisten MP noch ein weiterer Ausreifungsbedarf, so dass die oben stehende Tabelle (Abb. 4) als ein Zustandsbild zu betrachten ist, welches sich auf den Sommer 2009 bezieht.

Insgesamt zeigt sich, dass die Entwicklung und Erprobung der MP für die „Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“ ein anspruchsvolles und langfristiges Unterfangen ist, denn es sollen nicht nur wirkfähige, sondern nachhaltige und möglichst übertragbare Ansätze beziehungsweise Strategien entstehen. Dafür ist es wichtig, den Fachkräften, die an der Entwicklung und Erprobung beteiligt sind, einen möglichst optimalen Experimentier- und Reflexionsraum zur Verfügung zu stellen. Innerhalb des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT.“ wurden diesbezüglich bereits wertvolle Aktivitäten unternommen. Aber in der Zukunft wäre es wünschenswert, den Fachaustausch strukturell zu intensivieren, die Möglichkeiten, Supervision in Anspruch zu nehmen, zu verbessern, die Anerkennungskultur gegenüber Honorarkräften und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterzuentwickeln sowie

den Transfer in die Regelpraxis zu unterstützen und eine Integration der Modellerfahrungen in Aus- und Weiterbildungsstrukturen (z. B. Lehrerbildung) anzuvisieren.

## 4.4 Modellprojekte – Themencluster 3

### Kurzvorstellung der Wissenschaftlichen Begleitung

Für die WB des TC 3 wurde die **Internationale Akademie für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie gGmbH (INA)** an der Freien Universität Berlin beauftragt. Mittels eines qualitativen und prozessorientierten Forschungsansatzes begleitet, beschreibt, analysiert und wertet die WB die Arbeit der MP.

### Methodisches Vorgehen

Das qualitative Evaluationsdesign der WB besteht aus einer Kombination von Elementen programmtheorie-, spannungsthemen- sowie nutzungsgesteuerter Evaluation. Formen systematischer Praxisreflexion, die Bezugnahme auf den von David Becker und Barbara Weyermann entwickelten psychosozialen Ansatz sowie die Verwendung eines durch die WB angepassten Instrumentes aus der internationalen Zusammenarbeit, nämlich die sogenannte Do-No-Harm-Konfliktanalyse (DNH), sind weitere zentrale Kernelemente des prozessorientierten Evaluationsdesigns.

Im Vordergrund des methodischen Vorgehens der WB stand zunächst die genaue Beschreibung der MP, und zwar entlang zweier verschiedener, sich wechselseitig ergänzender Raster: Zum einen ging es um eine Typisierung der MP entlang ihrer Handlungsfelder. Zum anderen ging es um die Verortung der MP in Bezug auf das Konfliktfeld, in welchem sie tätig sind und auf das sie versuchen, transformierend Einfluss zu nehmen. Die Wertung der Arbeit der MP erfolgt in Bezug auf Konzeptqualität sowie auf die Modellhaftigkeit der MP. Die Kriteri-

en dafür sind in Übereinstimmung mit den WB anderer TC und dem DJI in der **Eisenacher Erklärung (2008)** festgelegt worden. Erste Wirkungsannahmen bezüglich der Arbeit der MP erfolgten im Rahmen der durch die WB angepassten DNH-Konfliktanalyse, welche gemeinsam mit den MP zentrale Akteure im Konfliktfeld benannte, trennende und verbindende Faktoren definierte und die Arbeit und Effektivität des MP in Hinblick auf seine konflikttransformierenden oder auch -verschärfenden Ergebnisse wertete.

## Umsetzungsstrategie/Ergebnisse

Es spricht für die Qualität des Bundesprogramms, wenn die durchgeführten MP tatsächlich so vielfältig sind, dass sie sich zunächst einer Gruppierung widersetzen. Im Rahmen der Untersuchungen konnte dann allerdings von der WB eine **Typisierung** entworfen werden, die sich an der Einteilung „**Ethnisierte Konflikte**“ (10 MP), „**Interreligiöse sowie religiöse und nicht religiöse Beziehungen**“ (6 MP), „**Kulturelle Vielfalt (Diversity)**“ (13 MP) sowie „**Geschichte und Identität**“ (5 MP) orientiert.

Die konfliktfeldorientierte Zuordnung der MP erfolgte entlang folgender normativer Dimensionen: 1. Demokratie, 2. politische Ökonomie, 3. Multikulturalismus und 4. Subjekt. Im programmatisch vorgegebenen Rahmen des TC verwundert es nicht, dass 29 MP mit dem Konfliktschwerpunkt Multikulturalismus arbeiten. 21 MP – also fast zwei Drittel der Projekte – sehen den Konfliktschwerpunkt Demokratie und immerhin noch 17 den der politischen Ökonomie. Daraus lässt sich schließen, dass praktisch alle Projekte die Multikulturalitätsproblematik eng mit dem Problem der politischen Teilhabe und der ökonomischen Ungleichheit verknüpft sehen. Immerhin noch etwa ein Drittel aller Projekte (10 MP) versucht, speziell auch die Subjektdimension aufzugreifen. Hier bleibt zu prüfen, ob es nicht auch in anderen Projekten wünschenswert wäre, dieser Dimension noch mehr Rechnung zu tragen.

Zentrale Spannungsfelder in Theorie und Praxis sind zum einen die widersprüchliche Realität einer kulturoffenen und „vielfaltsfreundlichen“ Gesellschaft mit der Gleichzeitigkeit von Rassismus, Antisemitismus, Ausgrenzung, Segregation und vielfach ethnisierten Konflikten. In diesem Zusammenhang bleibt die Bestimmung des Verhältnisses von Religion und Kultur ein wichtiges Thema. Ebenso geht es um die Definition und Entwicklung dessen, was unter Vielfalt beziehungsweise „Diversity“ verstanden wird. Bei den meisten MP konnte die WB feststellen, dass sie adäquat auf die gegebenen Konfliktlagen reagierten und das zur Reifung eines MP gegebene Experimentierfeld nutzten, um verbesserte Handlungsoptionen zu entwickeln.

Die Projekte zeigen ein angemessenes Problemverständnis und erreichen ihre Zielgruppen beziehungsweise erweitern diese.

Bei vielen Projekten ist es zu einer berechtigten und sinnvollen **Veränderung der Zielgruppe** gekommen. Das ergibt sich aus den Komplexitäten des Projektumfeldes sowie dem wachsenden Kenntnisstand der Projekte, die zum Teil beginnen, „Nebenzielgruppen“ besser zu würdigen oder auch Tendenzen zur Kulturalisierung und Stereotypisierung bei der ursprünglichen Zielgruppendefinition zu bearbeiten. Die methodischen Zugänge erweisen sich als außerordentlich vielfältig und reichhaltig sowie entwicklungsfähig bezüglich der Integration der unterschiedlichen Konfliktdimensionen, seien sie nun stärker auf der Subjektebene oder mehr im sozialen und politischen Bereich angesiedelt.

Obwohl die Reichweite der Ergebnisse noch durch eine unumgängliche Vorläufigkeit gekennzeichnet ist, lässt sich festhalten, dass die Projekte über eine Reihe entwickelter Konzepte verfügen, die sich alle mit den übergeordneten Zielen und Leitlinien des Bundesprogramms auseinandersetzen und kongruent auf bestimmte Problemfelder bezogen sind.

Bezüglich der Ressourcen sind einige MP eher als prekär zu bezeichnen. In der praktischen Erfahrung sind die Projektträger nun dabei, ihre Konzepte anzupassen und neu zu reflektieren und so nach und nach überzeugende MP zu entwickeln. Etwa ein Drittel der MP überträgt bewährte Methoden auf ein neues Arbeitsfeld. Ebenso viele übertragen solche Methoden auf neue Zielgruppen. 19 MP, also die große Mehrheit, arbeiten mit einer konzeptionell begründeten Kombination von Methoden und Strategien.

In den ersten Schritten zu einer Wirkungsannahme lässt sich feststellen, dass alle MP ein differenziertes Verständnis von der Problemlage haben, in der sie handeln, und mit ihren Aktivitäten konflikttransformierend auf ihr Umfeld einwirken. Allerdings stellte sich bei vielen MP das Konfliktfeld als außerordentlich komplex dar, so dass konfliktverschärfende Potenziale erkannt und in der Arbeit berücksichtigt werden mussten.

## Schlussbetrachtung

Dass die Menschen in Deutschland in einer Einwanderungsgesellschaft leben, ist einerseits unbestreitbar, andererseits entzündeten sich genau daran eine Reihe von Konflikten, weil die politischen und sozialen Strukturen sowie das kulturelle Selbstverständnis der Menschen diese Realität noch nicht vollständig absorbiert und verarbeitet haben. Immer rascher vollziehen sich gewaltige Veränderungen, für die es aber weder gesicherte Orte der Konfliktaustragung noch langfristige Planungen, verinnerlichte psychosoziale Wertungen und Strukturen gibt. Während die Ängste größer werden, entstehen neue Tatsachen, mit denen die Menschen lernen müssen zu leben. Im TC 3 werden entsprechend zentrale Herausforderungen bearbeitet, die von höchster Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Bundesrepublik sind und auch in den kommenden Jahren

unbedingt weiter Berücksichtigung finden sollten. Dabei haben die 34 MP bereits einen langen Weg zurückgelegt und nützliche Ansätze entwickelt, die in der inhaltlichen Umsetzung der Aktivitäten der MP zum August 2009 noch entwicklungsfähig sind. Die WB sieht es als eine ihrer Aufgaben an, die MP dabei zu unterstützen.

Eine Schwäche des Bundesprogramms ist die tendenzielle Überbetonung des Bildungsthemas und die relative Unterbetonung der Subjektdimensionen. Obwohl der Bildungsgedanke wohl zu Recht im Mittelpunkt des TC steht, zeigen die Erfahrungen der Modellprojekte, dass es hier auch die Gefahr der Überbetonung gibt. Kulturelle Vielfalt wird nicht erlernt, weil man oft genug gehört hat, dass das eine „gute Sache“ sei, sondern wird in konfliktiven Erfahrungsräumen nach und nach entwickelt. Eine potenzielle Überbetonung wissensorientierter und kognitiver Aspekte im Rahmen kurzfristiger Interventionen muss durch eine eher auch emotionale Prozesse berücksichtigende und auf langfristige Entwicklungen hin ausgerichtete Methodik ergänzt werden.

In diesem Zusammenhang wird es auch wichtig, zu verstehen, dass sich die „**Subjektperspektive**“ nicht nur auf die psychologischen Aspekte der Problematik bezieht, sondern vielmehr auf die Frage, wie sich Identitäten herausbilden, wie Anerkennungsprobleme und -bedürfnisse hier verarbeitet werden und zum Teil hohes Konfliktpotenzial in sich tragen.

Schließlich ist anzumerken, dass viele Projekte unter sehr hohem Arbeitsdruck tätig sind und in der Auseinandersetzung mit der Zielgruppe auch sehr hohen emotionalen Belastungen ausgesetzt sind. Das bedeutet ein hohes Bedürfnis nach Supervision und Coaching, welches gegenwärtig nicht abgedeckt wird und auch in der Regel in die Projektplanung der MP keinen Eingang findet.

#### **Einige wichtige Empfehlungen sind folgende:**

Die Fortführung des Bundesprogramms wird ausdrücklich empfohlen, da zentrale Problematiken und Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft durch das Bundesprogramm sowie die MP aufgegriffen wurden. Jedoch ist die kausale Präposition im Titel des Bundesprogramms „für“ irreführend, da die Einwanderungsgesellschaft bereits eine Tatsache ist und niemand außerhalb dieser Realität steht. Des Weiteren ist es wichtig, jede tendenzielle Kulturalisierung und Ethnisierung in der Clusterbezeichnung zu vermeiden. Das TC ist kein TC für Migrantinnen und Migranten oder für Deutsche mit Migrationshintergrund, sondern ein TC, das allen Bewohnerinnen und Bewohnern dieses Landes helfen soll, mit der realen kulturellen Vielfalt zurechtzukommen, die einerseits ein Gewinn, andererseits aber immer auch einen Konflikt birgt. Entsprechend plädiert die WB für folgenden Titel: „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft – Konflikt und Chance“.

Die Fortführung der Unterthemen scheint sinnvoll, jedoch ist eine Spezifizierung des Unterthemas „Interkulturelles und interreligiöses Lernen“ angebracht, die sich an der Definition „kulturelle Vielfalt, interreligiöse sowie religiöse und nicht religiöse Beziehungen“ orientiert. Als zweites Unterthema ist es zutreffender, wie die Erfahrung der MP belegt, von „ethnisierten Konflikten“ anstatt von „ethnischen Konflikten“ zu sprechen. Last, not least plädiert die WB für ein neues Unterthema „Geschichte und Identität“. Die WB ist der Ansicht, dass die Frage der Geschichtsaufarbeitung und der Bedeutung deutscher Geschichte in einem sich vermehrt multikulturell verstehenden Deutschland nicht nur besonders wichtig ist, sondern aufgrund der deutschen Vergangenheit eines speziell bewussten Umgangs bedarf. Dementsprechend wäre eine Sichtbarmachung dieser Bedeutung in der Unterthemeneinteilung wünschenswert.

Die WB schlägt vor, die potenzielle Überbetonung kognitiver Aspekte durch eine eher auch emotionale Prozesse berücksichtigende und auf langfristige Entwicklungen hin ausgerichtete Methodik zu ergänzen.

Im Rahmen der Zielgruppeneinordnung sollten „Diversity“-Zuordnungen stärker fokussiert werden. Genderaspekte finden in dem TC bisher eine eher formale Beachtung, was aber der Relevanz der Thematik nicht gerecht wird.

In der Arbeit mit den MP zur Frage der Nachhaltigkeit ist deutlich geworden, dass stets immer zwei Phasen unterschieden werden müssen: In der ersten geht es um die Entwicklung, Erprobung und Reifung des Modells, in der zweiten steht die Verankerung in den Regelstrukturen an, für die Sicherstellung einer wirklichen Nachhaltigkeit. Diese zwei Phasen sind in der Laufzeit von drei Jahren – angesichts der komplexen Thematik – selten zu erreichen, selbst wenn die MP sich in der Regel darum bemühen. In Zukunft sollten diese zwei Phasen von Anfang an unterschieden und in der Projektplanung berücksichtigt werden.

Häufig sind es gerade kleine, finanzschwache MP, die in besonders bedürftigen Gegenden interessante Qualitäten entwickeln und eine entsprechend hohe Bedeutung als Modell haben. In den Leitlinien des Bundesprogramms sind ausdrücklich Aktivitäten gewünscht, die in strukturschwachen Gegenden entwickelt werden. Es wird daher dringend geraten, weiterhin kleine MP zu fördern, auch wenn hier besondere Probleme bei der Kofinanzierung auftreten. Diese MP arbeiten oft besonders kreativ und innovativ, sind an ihren speziellen lokalen Kontext angepasst und entfalten dadurch ihre Wirkung.



## Umsetzungsstrategien/Ergebnisse

Die 22 MP des TC entwickeln und erproben Strategien, um Kinder zu Toleranz, Beteiligung an Entscheidungen und zu demokratischem Handeln zu befähigen. Damit wird der Erfahrung entsprochen, dass möglichst frühzeitig der Gefahr von extremistischen Einstellungen und Verhalten vorgebeugt werden muss. Im TC werden drei **unterschiedliche Ansatzpunkte** verfolgt: Während drei MP Methoden und didaktische Konzepte umsetzen, die eine kindgerechte Vermittlung historischen Wissens ermöglichen, widmen sich elf MP der Beteiligung von Kindern an demokratischen Prozessen. Acht MP wenden sich an pädagogische Fachkräfte aus Kitas und Schulen, um sie zur Mitwirkung an Prävention zu qualifizieren.

Die MP sind finanziell (und personell) sehr unterschiedlich ausgestattet. Die Anforderungen an das Personal sind bezüglich Kompetenzen und Berufserfahrung hoch, dennoch gelingt die Stellenbesetzung zumeist unproblematisch. Die Ursache hierfür liegt vor allem darin, dass die Projektträger gut etabliert und vernetzt sind. Lediglich männliche Mitarbeiter und Mitarbeitende mit Migrationshintergrund sind unterrepräsentiert. Die MP sind relativ gleichmäßig auf städtische und ländliche Regionen verteilt, jedoch haben nur drei MP-Träger ihren Sitz in den alten Ländern.

Viele MP setzen auf Patchworkstrategien (Methodenvielfalt), was eine gute Erreichung der vielfältigen Zielgruppen gewährleistet. Vor allem persönliche Ansprache, informelle Gespräche sowie die Pflege bereits vorhandener Trägerkontakte sind dabei erfolgreiche Strategien. Es werden aber auch neue Strategien, Herangehensweisen, methodische Module und Leitfäden entwickelt. Lernmodelle und theoretische Konzepte werden für die konkreten Aufgabenstellungen und Zielgruppen angepasst, was eine spätere Übertragung in neue Felder, Regionen und Settings ermöglicht. Die Nachhaltigkeit ihrer Ergebnisse wollen die Projekte insbesondere auch durch vielfältige Kooperationen sichern.

Die MP haben ihre Ziele, Konzepte und die anvisierte Zielgruppe aufeinander abgestimmt und greifen aktuelle Bedarfe auf. Sie berichten überwiegend von einer hohen bis sehr hohen Nachfrage und insgesamt positiven Reaktionen auf die Angebote, was als Hinweis auf deren Qualität gewertet werden kann. Die Zielgruppen werden mit den eingesetzten Strategien gut erreicht. Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte, Beteiligungsprojekte mit Kindern, Trainings für Kinder, Heranführung von Kindern an historisches Lernen sind nur einige der vielfältigen Aktivitäten. In allen MP werden Strategien der Qualitäts- und Konzeptentwicklung – überwiegend durch kontinuierliche Feedbackschleifen mit den Zielgruppen oder externen Praxisberatungen – umgesetzt.

Erfolge der Projektarbeit lassen sich in **Wissenszuwächsen und Verhaltensänderungen** bei Zielgruppenmitgliedern feststellen:

Pädagogische Fachkräfte legen ihre Handlungskonzepte offen und stellen sie zur Diskussion. Sie reflektieren ihre eigenen Werte und deren Auswirkung auf ihr pädagogisches Handeln, setzen sich mit Mechanismen von Ausgrenzung und ihren Wirkungsweisen auseinander und erproben neue Strategien. Kinder erwerben neues Wissen über zum Beispiel historische Ereignisse oder Kinderrechte, sie erlernen neue Strategien, Gefühle zu äußern, oder im Umgang mit Konflikten, sie werden befähigt, eigene Standpunkte einzunehmen und andere Positionen anzuerkennen. Daneben erlernen sie zum Beispiel neue motorische Fähigkeiten oder gebärdensunterstützte Kommunikation.

Für die Anwendung des neuen Wissens und der neuen Kompetenzen ist zentral, dass den Kindern Gestaltungsspielräume eingeräumt werden und Medien- und Methodenvielfalt individuelle Zugänge ermöglichen.

Die MP agieren eng verzahnt mit Schulen sowie Organisationen und Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe, im Besonderen mit Kindertageseinrichtungen, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie zuständigen Stellen der kommunalen Verwaltung. Die Vernetzung mit anderen Projekten des TC und anderen Programmteilen ist auf fachlicher und regionaler Ebene verbreitet. Die **intensive Kooperation** erweist sich als eine erfolgreiche Strategie, um einen gegenseitigen Nutzen zu erreichen. In einigen Institutionen ist geplant, entwickelte Konzepte langfristig zu übernehmen. Die MP wiederum nutzen Anregungen und Rückmeldungen der Partner zur Weiterentwicklung der eigenen Handlungsansätze. Zur Verstetigung der erprobten Interventionen setzt das TC vor allem auf nachhaltig zu nutzende Produkte sowie Vernetzung und enge Kooperation.

## Schlussbetrachtung

Grundsätzlich zeichnet sich ab, dass ein **Transfer** von Erfahrungen und methodischen Bausteinen aus der „Früh ansetzenden Prävention“ auch für andere TC beziehungsweise ältere Zielgruppen anregend sein können. Insofern erscheint es angemessen, den Informationstransfer zwischen den TC aktiv zu gestalten. Der Regiestelle Vielfalt kommt die tragende Rolle zu, den organisatorischen Rahmen für fachlichen Austausch im Bundesprogramm, aber auch über beide Bundesprogramme hinaus zu bieten.

Als besonders vorteilhaft erweist es sich, wenn **Kooperationsstrukturen** so früh wie möglich initiiert werden. Auf diese Weise können die MP in verschiedenen Stadien der Projektarbeit (z. B. Recherche, Bedarfsanalyse, Konzeptentwicklung, Zielgruppenakquise, Umsetzung der Maßnahmen für die Zielgruppen, Öffentlichkeitsarbeit, Auswertung und Qualitätssicherung) von den Kooperationsstrukturen profitieren. Umgekehrt werden die Kooperationspartner auf diese Weise frühzeitig für die Projektziele und -inhalte

sensibilisiert, können ihre eigenen Arbeitsinhalte und Strukturen erweitern und zudem ihr Image in der Öffentlichkeit aufwerten.

Es zeigt sich, dass die früh ansetzende Prävention ein Feld ist, in dem es noch viel zu erproben gibt. In einigen Fällen wäre es wünschenswert, einzelne Themenschwerpunkte stärker vertreten zu sehen: Das Unterthema „Historisches Lernen“ ist dünn besetzt; es sind nur wenige MP vertreten, die direkt mit Kindergartenkindern arbeiten; weitere Formen der Beteiligung von Kindern sind auszuprobieren; auch für die Einbeziehung von Eltern sind weitere Lösungsansätze zu suchen; Ansätze der frühen Prävention werden kaum in den alten Ländern erprobt.

Empfehlungen für spätere Finanzierungsmodelle sind schwierig, da Prognosen darüber, wie sich Länder, Kommunen, Stiftungen und weitere Förderer künftig engagieren können und wollen, schwer zu treffen sind. MP mit nur einer Personalstelle sind grundsätzlich als problematisch einzuschätzen, besonders dann, wenn der Träger das Projekt nicht deutlich unterstützt.

## 4.6 Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus

### Kurzvorstellung der Wissenschaftlichen Begleitung

Die im Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ geförderten Länder werden arbeitsteilig durch drei Forschungsinstitute wissenschaftlich begleitet.

Die WB am Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI), Halle/München untersucht die verschiedenen Organisationsformen, die in den Ländern entwickelt wurden, um Beratungskompetenz zu bündeln und für die mobilen Interventionen verfügbar zu machen. Dafür werden neben den Landeskoordinierungsstellen auch regionale Steuerungseinheiten (operative Ebene: OE) in den Blick genommen. Es wird weiterhin untersucht, wie die landesweiten Beratungsnetzwerke gestaltet sind, wie sie organisiert werden und wie sich aus diesen Netzwerken mobile Interventionen realisieren lassen.

Die im Rahmen des Bundesprogramms durchgeführten Interventionen, deren Gegenstand die Einsätze der Mobilien Interventionsteams (MIT) sind, werden durch die WB am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS, Frankfurt/Main) und von Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH (Berlin) evaluiert. Die zentralen Fragestellungen der Evaluation konzentrieren sich auf die spezifischen Interventionsformen und -strategien, die vor Ort eingesetzt werden, die auftretenden Erfolge und Probleme, die förderlichen beziehungsweise hemmenden Faktoren für die Umsetzung der Strategien sowie auf die Nachhaltigkeit von Interventionen.

Um Doppelerhebungen zu vermeiden, wurden die gegenseitige Aufnahme von Fragestellungen in das jeweilige Erhebungsdesign und der Austausch der erhobenen Angaben in aufbereiteter Form vereinbart.

### Methodisches Vorgehen



Aufgrund der sehr heterogenen Ausgestaltung des Bundesprogramms auf Landesebene bestand eine erste Aufgabe für die WB am DJI darin, die Schlüsselmerkmale beziehungsweise Bestandteile des Landeskonzpts für jedes Land übersichtlich darzustellen. Neben den Fragen zu den Umsetzungsstrukturen betraf dies auch Aussagen zur aktuellen Problemlage und zu im Land durchgeführten oder durch das Land verantworteten Maßnahmen und Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus. Dieser erste Auswertungsschritt in Form einer Dokumentenanalyse der Erstanträge und ersten Folgeanträge erbrachte eine vorläufige länderübergreifende Kontrastierung der Länderansätze zur Etablierung von Beratungsstrukturen im Feld. Weitere begleitende Dokumentenanalysen der Sach-/Ergebnisberichte dienten der Erhebung von Selbstauskünften zur Programmumsetzung, die im Rahmen des Programmmonitoring gegeben wurden.

Für die von der WB des „kompetent“-Programms am DJI verantwortete Befragung in Form kombiniert teilstrukturierter/nicht standardisierter sowie strukturierter/weitgehend standardisierter Interviews der Landeskoordinierungsstellen beziehungsweise weiterer landesweiter Steuerungsstrukturen wurde jährlich ein für jedes Land geeignetes Befragungssample zusammengestellt, das ausreichende Informationen für die Beantwortung der forschungsleitenden Fragestellungen erwarten ließ. Zu den Samples gehören alle 16 Landeskoordinierungsstellen sowie, je nach Land, Vertreterinnen und Vertreter der operativen Ebenen beziehungsweise Beratungsnetzwerke. Die länderübergreifende inhaltsanalytische Auswertung der Befragung liefert Aussagen/Einschätzungen aus unterschiedlichen Akteursperspektiven zur strukturellen Umsetzung des Bundesprogramms sowie zur Rolle der mit dem Bundesprogramm geschaffenen oder ausgebauten Vernetzungsformen, zu deren Vor- und Nachteilen sowie zu dem Mehrwert für unterschiedliche Akteure.

Methodisch kommen durch die WB ISS/Camino quantitative Erhebungen von Strukturdaten, qualitative Erhebungen zu ausgewählten Fällen mittels leitfadengestützter Interviews mit Beraterinnen und Beratern sowie Beratungsnehmerinnen und -nehmern, nachgehende Telefoninterviews mit Beratungsnehmerinnen und -nehmern sowie Werkstattgespräche mit Beraterinnen und Beratern zur Anwendung.

Die quantitative Erhebung der auf alle Beratungsfälle der MIT bezogenen Strukturdaten erfolgt auf den Ebenen der Landeskoordinierungsstellen und Beratungsteams mittels Excel-

basierter, teilstandardisierter und elektronisch erfassbarer Fragebögen. Der Fragebogen erfasst folgende Themenkomplexe: Einsatzgebiet/Größe des Interventionsgebiets des MIT, Interventionszeitraum, institutioneller Kontext und Funktion des Erstmelders, Anlass, Form und Inhalt der Beratung, Beratungsnehmerinnen und -nehmer, institutioneller Rahmen und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MIT, Beteiligungen lokaler Akteure sowie Zusammenarbeit mit externen Partnern und Institutionen.

Die qualitative Evaluation ausgewählter Einsätze Mobiler Interventionsteams erfolgt mittels leitfadengestützter Interviews, einerseits mit Beraterinnen und Beratern sowie andererseits mit Beratungsnehmerinnen und -nehmern, und nachgehender Telefoninterviews mit Beratungsnehmerinnen und -nehmern circa ein halbes Jahr nach den Erstinterviews. Jährlich wurden Werkstattgespräche zu ausgewählten Fragestellungen der WB mit den Beraterinnen und Beratern durchgeführt. Jährlich sind circa 20 bis 25 Beratungsfälle entlang von zu Beginn der Evaluation festgelegten Falltypen (Vorfälle/Ereignisse im schulischen Kontext, Beteiligung an Engagement- und (Jugend-)Freizeitstrukturen, öffentlich wahrnehmbare rechtsextreme Aktivitäten, Begleitung bei der Gründung von Bürgerbündnissen, Erwerb, Pacht, Anmietung von Immobilien, Gewerberäumen, Wohnungen, befürchteter Einfluss rechtsextremer Agitation beziehungsweise von jugendkulturellen Kontexten auf Familienangehörige) für die qualitative WB ausgewählt worden. Die WB der Opferberatungsstellen (OBS) erfolgt mittels eines in enger Abstimmung mit den Beraterinnen und Beratern der Opferberatungsstellen entwickelten Evaluationsdesigns. Ziel der WB ist es, die Besonderheiten der OBS gemeinsam mit den Opferberaterinnen und -beratern fachlich aufzubereiten und in einem Bericht darzustellen, der auch als Handreichung von den OBS genutzt werden kann. Unterstützend dazu wurde ein Workshop mit Expertinnen und Experten durchgeführt.

## Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung am DJI

Seit dem 1. Januar 2009 beteiligen sich alle 16 Länder am Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“. Damit konnte **erstmals bundesweit eine Beratungsstruktur zur Rechtsextremismusbekämpfung implementiert** werden. Seit Beginn der Programmumsetzung haben die für die landesweite Koordination der Beratungsarbeit verantwortlichen Landeskoordinierungsstellen (LKS) ihr Profil geschärft. Ihre Aufgaben konzentrieren sich gegenwärtig (2010) auf die Aktivierung, Vernetzung und Koordination der relevanten Akteure und gesellschaftlichen Bereiche auf der Landesebene, den Informationsfluss in die Entscheidungsebenen sowie die landesweite Dissemination der Arbeitsansätze und -ergebnisse. Besonders hervorzuheben ist, dass die Etablierung der Landeskoordinierungsstellen wichtige Impulse für die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht staatlichen Akteuren auf der Ebene der Länder erbrachte.

Auf die Programmumsetzung förderlich wirkt sich insbesondere eine enge Anbindung der LKS an eine staatliche oder halbstaatliche Landeseinrichtung aus.

Die ursprünglich intendierte flexible Bildung von Beratungs-/Interventionsteams aus den vom Bundesprogramm vorgesehenen landesweiten Beratungsnetzwerken heraus wird in den meisten Ländern von einer dezentralen operativen Ebene (regionale Beratungs- und/oder Koordinationsstellen, OE) übernommen. Die Arbeitsteilung zwischen den LKS und diesen OE ist in der Regel gut eingespielt. In den ostdeutschen Ländern wurden die vor dem Programmstart 2007 bestehenden Beratungsstrukturen weitestgehend in die Steuerung eingebunden und im Zuge der Programmumsetzung weiter professionalisiert.

Die Funktion der landesweiten Beratungsnetzwerke (lwBNW) unterscheidet sich von Land zu Land: Sie dienen beispielsweise als Forum zum regelmäßigen Austausch der Beraterinnen und Berater der Regionalstellen und/oder Mobilen Interventionsteams, zur Darstellung oder Reflexion der Beratungspraxis gegenüber betroffenen oder interessierten staatlichen und nicht staatlichen Stellen oder als Arena zur strategischen Beratung über länderspezifische Fragen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

Von den im Feld arbeitenden und befragten Expertinnen und Experten der LKS, der BNW sowie der OE vor Ort wird der Programmansatz der anlassbezogenen, Mobilen Beratung (als einer sanften Intervention) in der in den Ländern umgesetzten Form im Wesentlichen als zielführend eingeschätzt. Mit der Etablierung von LKS sowie dem Aufbau landesweiter Beratungsnetzwerke beziehungsweise landesweit etablierter Regionalstellen (regionale Verortung der Teams) wurden die Voraussetzungen für die anlassbezogene, zeitnahe **Bereitstellung fachkompetenter externer Beratung in Krisen- oder Belastungssituationen** mit extremistischem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund geschaffen. Wichtige Impulse für die eigene Arbeit bieten sich mit der fachlichen Begleitung der Koordinatorinnen und Koordinatoren sowie Beraterinnen und Berater einschließlich der damit gebotenen Möglichkeiten zum landesweiten und länderübergreifenden Fachaustausch.

## Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung ISS/Camino

Im Kontext des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ gab es im Jahr 2008 542, im Jahr 2009 808 Beratungseinsätze von Mobilen Interventionsteams (MIT). Beratungsbedarf wird von vielfältigen Akteuren aus den Kommunen wie unter anderem aus Verwaltungen, Schulen, von Einzelpersonen, aus Jugendeinrichtungen und von politischen Vertreterinnen und Vertretern sowie von zivilgesellschaftlichen Akteuren angemeldet, die in dieser Vielfalt dann in der Regel auch Beratungsnehmerinnen und -nehmer sind.

Anlässe für das Zustandekommen einer Beratung sind am häufigsten öffentlich wahrnehmbare rechtsextreme Aktivitäten, gefolgt von Vorfällen/Ereignissen im schulischen Kontext, der Beteiligung an Engagement- und (Jugend-)Freizeitstrukturen von Personen mit rechtsextremer Orientierung, dem Erwerb von Immobilien durch Personen beziehungsweise Organisationen mit rechtsextremer Orientierung sowie der Begleitung bei der Gründung von Bürgerbündnissen.

Auf die Beratungsanfragen reagieren die Mobilen Interventionssteams mit einer spezifischen **Empowerment-Strategie**, die sich in ihrer operativen Umsetzung zusammensetzt aus:

- Maßnahmen zur Problemsensibilisierung, Wissensvermittlung und Stärkung der Deutungsfähigkeit der Beratungsnehmerinnen und -nehmer
- Maßnahmen der Unterstützung bei der Entwicklung von Handlungsstrategien sowie beratender Begleitung lokaler Akteure in neuen Krisensituationen, um sie zu befähigen, sich selbstständig damit auseinandersetzen zu können
- an Ressourcen vor Ort orientierten Maßnahmen der Vernetzung als Voraussetzung dafür, dass im Fallkontext perspektivisch eine Verantwortungsteilung zwischen relevanten Akteuren zustande kommt und somit Ressourcen zur eigenständigen Problembearbeitung freigesetzt werden

Die überwiegende Mehrheit der Beraterinnen und Berater folgt diesem umfassenden Verständnis einer Empowerment-Strategie. Es werden je nach Falltyp, Kontextbedingungen und Anliegen der Beratungsnehmerinnen und -nehmer Schwerpunkte gesetzt. Die Beratungsprozesse werden beiderseits, von den Beraterinnen und Beratern und den Beratungsnehmerinnen und -nehmern, hinsichtlich des Erreichens der verabredeten Zielstellungen in der überwiegenden Mehrzahl der Beratungskontexte als erfolgreich eingeschätzt. Dies ist insbesondere dort der Fall, wo eine anlassbezogene Intervention gelingt, das heißt, wo in dialogischen Prozessen mehrdimensionale Problemlagen in klar konturierte Teilprobleme zerlegt sowie Leit- und Handlungsziele und Strategien zum Vorgehen verabredet werden. Hinsichtlich der Handlungsziele kann in der Regel ein hoher Konsens zwischen Beraterinnen und Beratern und Beratungsnehmerinnen und -nehmern erzielt werden. Die Verständigung hinsichtlich der Leitziele (z. B. Sensibilisieren der Lehrer- und Schülerschaft, der Vereinsmitglieder oder der Mitglieder einer Gemeinde sowie die Aktivierung zusätzlicher Akteure im erweiterten Fallkontext) ist hingegen nicht immer zu erwirken. Hier kollidieren unter anderem komplexe Vor-Ort-Bedingungen mit der Programmvorgabe einer kurzfristigen Intervention und es sind unter Umständen längerfristige Beratungsprozesse notwendig.

**Problematische Aspekte im Beratungskontext** konturieren sich in Einzelfällen hinsichtlich der Notwendigkeit zur professionellen Distanz: Insbesondere in strukturschwachen Gebieten sehen sich die MIT manchmal der Anforderung ausgesetzt, selbst als Akteure involviert zu werden und lokale

Aufgaben angetragen zu bekommen. Andererseits übergehen in Einzelfällen auch MIT den Zeitpunkt für einen rechtzeitigen Rückzug aus den Beratungsprozessen. Beide Aspekte kollidieren mit der Empowerment-Strategie und der damit verknüpften Beraterinnen- und Beraterrolle, die durch eine professionelle Zurückhaltung gekennzeichnet werden kann.

Es hat sich gezeigt, dass die Beraterinnen und Berater entsprechend den Programmvorgaben unmittelbar und zeitnah reagieren. Dafür haben sich die festen regionalisierten Beratungsstrukturen – im Unterschied zur Programmvorgabe der kurzfristigen Zusammenstellung von Beratungsteams aus den Beratungsnetzwerken – bewährt. Zudem verfügen die Beraterinnen und Berater über einen hohen Grad der Informiertheit im Themenfeld Rechtsextremismus sowie eine ausgewiesene Expertise zu lokalen Ressourcen und Unterstützungsstrukturen. Sie setzen eine kontextgeleitete und bedarfsgerechte Abstimmung von Strategien und Maßnahmen mit Beratungsnehmerinnen und -nehmern vor Ort um und verfügen über ein Repertoire von Maßnahmen, die, auf verschiedene Beratungskontexte zugeschnitten, Anwendung finden.

Insgesamt wird vonseiten der Beratungsnehmerinnen und -nehmer den MIT Professionalität und der Beratungstätigkeit ein hohes Maß an Nutzen zugesprochen. Beratungsnehmerinnen und -nehmer beurteilen die Erreichbarkeit/Verfügbarkeit, Sachkompetenz, Kommunikationsstärke sowie die Fähigkeit zur Vernetzung der MIT als förderliche Ressourcen.

Den Beraterinnen und Beratern wird seitens der Beratungsnehmerinnen und -nehmer attestiert, dass

- sie über eine hohe Informiertheit über regionale beziehungsweise lokale Ausgangs- und Problemlagen sowie über eine Expertise bezüglich vor Ort vorhandener Ressourcen und Unterstützungsstrukturen verfügen,
- sie dem besonderen Beratungssetting entsprechende – vor allem kommunikative – Kompetenzen (z. B. Moderation) einbringen und
- dass sie ein erfahrungsgestütztes Repertoire von auf den jeweiligen Problembereich zugeschnittenen Handlungsoptionen vorhalten.

Im Ergebnis konstatieren die Beratungsnehmerinnen und -nehmer durch die Beratung einen Zuwachs an Informiertheit, Sensibilität gegenüber dem Themenfeld „Rechtsextremismus“, Handlungsfähigkeit und Handlungssicherheit.

Der **Interventionskontext** „Rechtsextremismus“ konturiert eine spezifische Beratungssituation, die von anderen Beratungszusammenhängen divergiert. Die Besonderheiten bestehen falltypübergreifend darin, dass der Ausgangspunkt der Beratungsarbeit im Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Problemlage steht und nicht Individuen Träger spezifischer Probleme sind. Ferner ist Rechtsextremismus ein Thema, das stark mit Ohnmachtsgefühlen besetzt ist und bei



Akteuren – insbesondere aus Institutionen – häufig Angst vor Imageschäden hervorruft, die zu Handlungsblockaden führt. Nicht zuletzt bedarf es in diesem Kontext spezieller fachlicher Kenntnisse (z. B. über rechtsextreme Strukturen bundesweit sowie regionale Besonderheiten), die nicht immer öffentlich zugänglich sind und sowohl auf Erfahrungen als auch auf Kontakten im Feld beruhen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lassen sich Hinweise auf eine Nachhaltigkeit der Interventionsstrategien in zwei Settings ableiten: Zum einen sind dies Settings, in denen nach der Beratung durch das MIT Sensibilität für das Thema Rechtsextremismus fortbesteht. In diesen Kontexten werden keine weiteren Aktionen umgesetzt. Die verantwortlichen Akteure vor Ort sorgen aber dafür, dass in regelmäßigen Abständen Informationen ausgetauscht werden, und bleiben somit wachsam. Zum anderen bestehen Settings, in denen nach Abschluss des konkreten Beratungsfalles weiterhin eigenständig durch Akteure vor Ort an bestehenden Problemlagen oder auch zur Prävention von Konflikten weitergearbeitet wird. Dabei wird die Weiterbearbeitung sichergestellt, indem sie strukturell verankert wird oder indem durch die Übertragung des gewonnenen Know-hows eine Diversifizierung des lokalen Handlungsspektrums erreicht werden kann.

Der Prozess der zunehmenden Professionalisierung wurde vonseiten der WB durch die Moderation einer Arbeitsgruppe zu „Professionalität und Qualitätsstandards für die Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus zur Stärkung demokratischer Kultur“ weiter unterstützt. In einem **Rahmenpapier** sind grundlegende Standards formuliert, die die professionelle Rolle der Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus konturieren und die Anerkennung der Beratung als professionelles, auf einer spezifischen Fachlichkeit begründetes Handeln befördern. Im Rahmenpapier ist der erreichte Professionalisierungsgrad dokumentiert, den zukünftige Maßnahmen der Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus zur Stärkung demokratischer Kultur nicht unterschreiten sollten.

## Schlussbetrachtung

Die Schlussbetrachtungen und Empfehlungen der WB am DJI und der WB ISS/Camino werden im Folgenden gebündelt dargestellt.

Um die in allen 16 Ländern vorhandenen Strukturen und Kompetenzen mittel- beziehungsweise längerfristig weiter zu unterstützen und somit zu einer nachhaltigen Entwicklung in diesem Handlungsfeld beizutragen, wird eine Weiterentwicklung der länderspezifischen Beratungsstrukturen und eine weitere Professionalisierung der Beratungsarbeit empfohlen.

Ein wesentliches Element der Organisation der Beratungsarbeit stellt die zentrale Steuerung und landesweite Vernet-

zung der unterschiedlichen Akteure in der Beratungsarbeit dar, wobei insbesondere deren strukturelle Anbindung an eine staatliche Behörde beziehungsweise eine gleichgestellte Stelle unterstützt werden sollte.

Empfehlenswert ist außerdem die **Weiterentwicklung der in den Ländern vorhandenen spezifischen Formen regionaler Verortung und Kooperation**. Für die Beratungsarbeit wird eine Anbindung an beziehungsweise Verankerung in bereits vorhandene Beratungsstrukturen und/oder bekannte Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe als förderlich angesehen, um im lokalen Kontext Akzeptanz herzustellen sowie insbesondere im ländlichen Raum die Hemmschwelle zur Kontaktaufnahme zu senken.

Der überregionale beziehungsweise landesweite Erfahrungs- und Informationsaustausch im Rahmen der landesweiten Beratungsnetzwerke hat zu einer strategischen Ausrichtung und einer Professionalisierung der Teams beigetragen. Daher sollte die überregionale, aber auch länderübergreifende Netzwerkarbeit sowohl strukturell als auch inhaltlich erhalten und ausgebaut werden (fachliche Reflexion der Beratungsarbeit, Rückspiegelung in Politik und Entwicklung einer landesweiten „integrierten Strategie“). Für erforderlich wird auch die verstärkte Koordination der Programmaktivitäten des „kompetent“-Programms mit weiteren Bundesaktivitäten beziehungsweise entsprechenden landeseigenen Initiativen gehalten. Hierbei könnten die Beratungsnetzwerke eine wichtige Rolle spielen. Im Hinblick auf die Einsatzfelder der Teams wird eine **Fokussierung auf anlassbezogene Beratungsfälle** empfohlen, da Beratung häufig im Kontext komplexer Fälle und Bedarfslagen erfolgt. Infolgedessen trägt eine Zuspitzung auf „Krisenintervention“ dem vielfältigen Bedarf an Beratung und Unterstützung unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteure nicht angemessen Rechnung. Mit Blick auf Programmvorgaben, die im Widerspruch zu einer erfolgreichen Beratungspraxis stehen, wird empfohlen, für eine Fortschreibung des Bundesprogramms auf eine Verwendung des Krisenbegriffs zu verzichten und keine operationalen Vorgaben bezüglich der zeitlichen Befristung von Beratungsverläufen festzulegen. Erforderliche Kriterien für einen Fallabschluss sollten sich vielmehr konzeptionell an einem fachlichen Empowerment-Verständnis orientieren. In der Praxis der Programmsteuerung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde auf eine strikte Einengung der Beratung auf „Krisenintervention“ bereits verzichtet.

Da sich die konzeptionelle Trennung von Intervention und Prävention in der Praxis nicht als Schnittmuster anlegen lässt, scheint es angeraten, strukturelle Verantwortlichkeiten und Programmkonstellationen in den Blick zu nehmen, die einer Verknüpfung von Intervention und Prävention Rechnung tragen.



Um Betroffene beziehungsweise örtlich zuständige Ansprechpartnerinnen und -partner zu ermutigen, bei Problemsituationen mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund Unterstützung anzufragen, wird eine Erweiterung der Aufgaben der Beratungsteams um die systematische Aufbereitung von Informationen zur landesweiten Entwicklung der Problemsituation (zeitnah abrufbare Situations- und Lageberichte als Handlungsgrundlage, Recherchen zu Aktivitäten der rechten Szene) sowie die gezielte Information kommunaler Akteure und Verbände empfohlen.

Die Qualitätssicherung der Beratungsarbeit ist über deren fachliche Weiterentwicklung zu gewährleisten. Dies könnte den verbindlichen Abschluss von Zielvereinbarungen, die standardisierte Dokumentation und Überprüfung der Beratungsleistung in reflexiven Prozessen, die Entwicklung einheitlicher Qualitätsstandards sowie die Weiterentwicklung der modularen Weiterbildung umfassen. Der Formalisierungsgrad bei der Erstellung von Zielvereinbarungen, Beratungsplänen und (Fall-)Dokumentationssystemen ist nach wie vor gering. Ein Mindestmaß an Formalisierung der Beratungsverfahren ist wichtig, um Erfahrungswissen nachvollziehbar und auf andere Beratungszusammenhänge übertragbar zu machen. Hier besteht Entwicklungsbedarf dahingehend, Grundlageninstrumente zu erarbeiten, die regionalen und lokalen Besonderheiten angepasst werden können.

Die Interventionsstrategie Empowerment und die Spezifika des Interventionskontextes „Rechtsextremismus“ konturieren spezifische Professionalitätsanforderungen. In diesem Zusammenhang ist auf Basis des durch eine Arbeitsgruppe erarbeiteten „Rahmenpapiers zu Professionalität und Qualitätsstandards für die Beratung im Themenfeld ‚Rechtsextremismus‘ zur Stärkung demokratischer Kultur“ zukünftig ein Praxisdiskurs erforderlich zur (Weiter-)Entwicklung von Qualitätsstandards und von Beratungskonzepten durch die Beratungsträger.



Anregungen für eine Weiterentwicklung der Programmpraxis betreffen darüber hinaus die Öffentlichkeitsarbeit sowie die öffentliche Unterstützung und Anerkennung der Netzwerk- und Beratungsleistung.

# 5. Ergebnisse der Programmevaluation

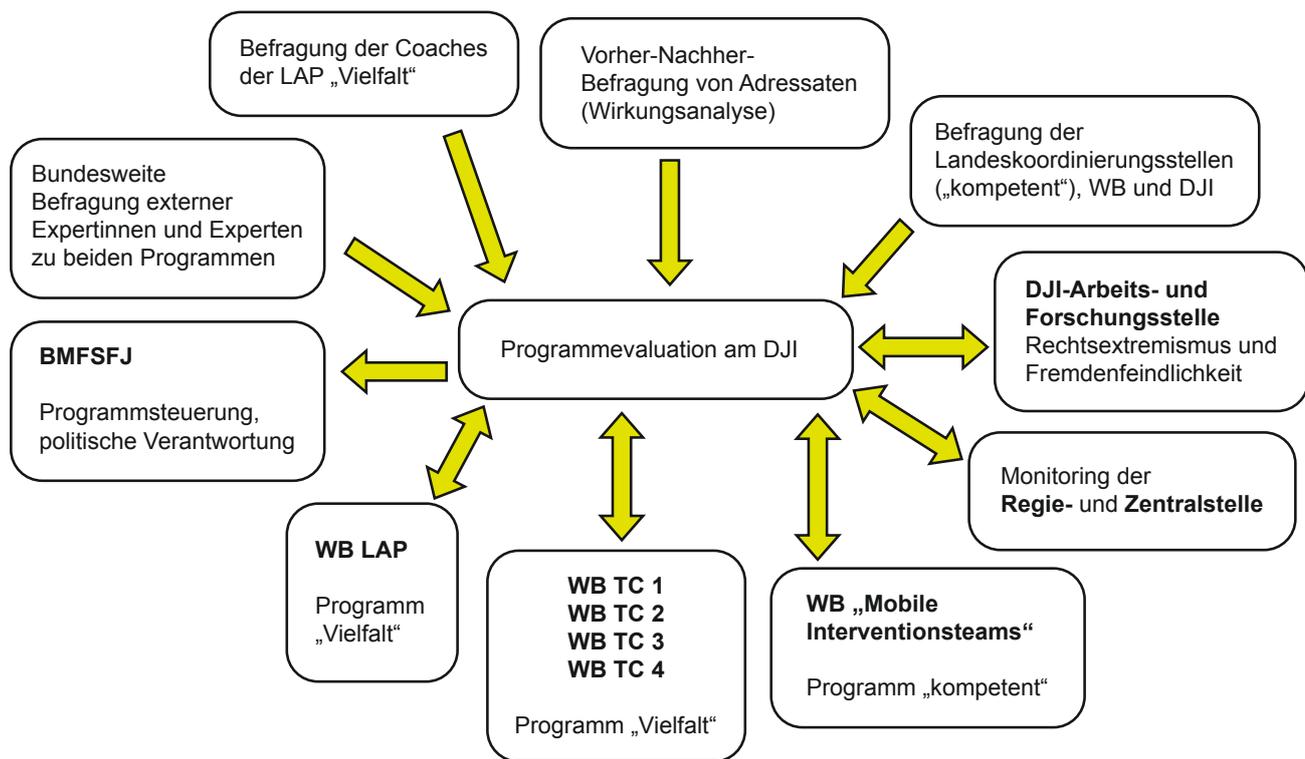


Abb. 6: Programmevaluation am DJI

## 5.1 Einleitung und Kurzvorstellung

Um den Ertrag der Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ bewerten und sichern zu können, werden sie im Rahmen einer **Gesamtevaluation begleitet**. Diese **Gesamtevaluation der beiden Bundesprogramme** wird durch einen Forschungsverbund gewährleistet, in dem Wissenschaftlerteams aus sechs Institutionen zusammenarbeiten. Für die verschiedenen Programmteile wurden jeweils eigene WB eingerichtet. Die Bundesprogramme in ihrer Gesamtheit werden vom Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI) mit einer Programmevaluation begleitet. Sie fungiert zugleich als Dach aller WB und hat eine Koordinierungsfunktion.

Während sich die WB auf die Begleitung und Informationsverarbeitung im Hinblick auf die jeweiligen Programmteile konzentriert, nimmt die Programmevaluation die Gesamtanlage der beiden Bundesprogramme und deren Umsetzung in den Blick. Dazu erfolgt die Analyse von Ergebnissen und Daten der WB einzelner Programmteile sowie eigener Daten.

Neben der Beantwortung von Fragen zur Umsetzung der Bundesprogramme und ihren synergetischen Verbindungen wird in einem experimentellen Modul „Wirkungsanalyse“ der Frage nach den Wirkungen programmgeförderter Maßnahmen nachgegangen. Da der Bund mit beiden Bundesprogrammen seinem Gesetzesauftrag zur Anregung der Kinder- und Jugendhilfe gemäß § 83 I SGB VIII nachkommt, spielen für die Programmevaluation auch Fragen der Verbindung

zwischen Programm- und Jugendhilferegeln eine Rolle. Die Ergebnisse der Programmevaluation sollen programmteilübergreifendes Wissen generieren und im Sinne einer formativen Evaluation in die weitere Gestaltung der Bundesprogramme einfließen. Ziel ist eine Gesamtanalyse und -bewertung der Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ und die Erarbeitung von Empfehlungen für eine Weiterentwicklung beider Bundesprogramme. Die Erarbeitung der Empfehlungen erfolgt dabei in Kooperation mit der Arbeits- und Forschungsstelle „Rechtsextremismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ am DJI. Von deren Seite fließen Erkenntnisse aus der aktuellen Fachdiskussion, aus eigenen Erhebungen im Themenfeld sowie aus dem fachlichen Austausch mit Wissenschaft und Praxis in anderen europäischen Ländern ein.

## 5.2 Methodisches Vorgehen

Zur Analyse der Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ hat die Programmevaluation folgende forschungsleitende Fragen entwickelt:

1. Inwieweit konnten Strukturen implementiert werden, die das Funktionieren der Bundesprogramme ermöglichen?
2. Inwieweit sind die Bundesprogramme mit der Regelstruktur der Kinder- und Jugendhilfe auf kommunaler und Landesebene vernetzt und koordiniert?
3. Wie ist das Verhältnis zwischen den Bundesprogrammen beziehungsweise Programmteilen?

Die Leitfragen wurden für jeden Programmteil (LAP und MP im Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“ sowie Beratungsnetzwerke und Mobile Beratung im Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“) operationalisiert und durch programmteilspezifische Fragestellungen ergänzt. Des Weiteren wurden inhaltliche Schwerpunktsetzungen vorgenommen, die den einzelnen Programmphasen angepasst wurden. So nahm die Programmevaluation im ersten Arbeitsjahr schwerpunktartig die Implementierungsphase des Bundesprogramms (Fokus: Konzepte und implementierte Strukturen), im zweiten Jahr die Umsetzungsphase (Fokus: Umsetzungsprozesse und Interaktionen in ihren Wechselwirkungen mit den implementierten Strukturen) und im dritten Jahr die Abschlussphase (Fokus: Ergebnisse und Ergebnissicherung) in den Blick und adaptierte die inhaltlichen Fragestellungen der Programmevaluation entsprechend prozesshaft und aufeinander aufbauend.

Zur Beantwortung der Leitfragen hat das DJI sowohl a) Informationen und Ergebnisse aller WB ausgewertet als auch b) eigene Untersuchungen durchgeführt. In die Auswertung wurden weiterhin Monitoringdaten der Regiestelle Vielfalt des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT.“ einbezogen.

### a) Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlichen Begleitungen der einzelnen Programmteile

Um Doppelerhebungen zu vermeiden, wurden die Forschungsfragen der Programmevaluation in die Evaluationsdesigns aller WB integriert, so dass die Erhebungen bei den beteiligten Projekten beziehungsweise Akteuren in der Regel ausschließlich von den WB vorgenommen werden.<sup>2</sup> Die für den jeweiligen Programmteil operationalisierten Leitfragen der Programmevaluation sowie die relevanten programmteilspezifischen Fragestellungen wurden den WB jeweils im Rahmen der halbjährlichen bilateralen Arbeitstreffen vorgestellt. Dabei wurden gemeinsam mit ihnen Möglichkeiten der Integration in die jeweiligen

Untersuchungskonzepte abgeklärt. Infolge dieses Abstimmungsprozesses haben die WB ihre Untersuchungen so gestaltet, dass sie die Fragen der Programmevaluation in ihren Datenerhebungen berücksichtigen, die gewonnenen Daten auswerten und die Ergebnisse in schriftlicher Form zur Verfügung stellen. Die Ergebnisse und ihre Genese wurden dann in weiteren bilateralen Arbeitstreffen gemeinsam diskutiert. Dabei wurden auch offene Fragen geklärt und methodische Aspekte erörtert sowie erste Interpretationsmöglichkeiten, die sich der Programmevaluation aus ihrer Gesamtprogrammperspektive boten, gespiegelt und validiert.<sup>3</sup>

### b) Eigene Erhebungen der Programmevaluation

Neben den gemeinsam reflektierten Ergebnissen der WB hat die Programmevaluation eigene Untersuchungen durchgeführt. Zu diesen gehören:

- **Befragung externer Expertinnen und Experten:** Die Programmevaluation führt in jährlichem Abstand eine onlinegestützte Befragung von Expertinnen und Experten der Fachöffentlichkeit durch. Befragt werden Personen mit programmbezogener Expertise, die selbst aber nicht an der Umsetzung der Bundesprogramme beteiligt sind, um den „Blick von außen“ auf die Bundesprogramme einfangen zu können. Damit liegen Einschätzungen aus den Bereichen Wissenschaft, Fachpraxis, Medien, Politik und Verwaltung sowohl hinsichtlich der Anlage und Durchführung der Bundesprogramme als auch zu Weiterentwicklungspotenzialen vor.
- **Befragung von Coaches der LAP (Programmsäule 1 des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT.“):** Darüber hinaus hat die Programmevaluation wiederholt Befragungen bei den Fachkräften durchgeführt, die die Akteure der LAP bei deren Entwicklung und Implementierung im Rahmen eines Coachings beraten und unterstützt haben. Es handelt sich dabei um qualitative Befragungen (Interviews, Gruppendiskussionen) und Auswertungen, die unterschiedliche Konstellationen innerhalb des heterogenen Spektrums an Coachingprozessen vergleichend in den Blick nehmen.
- **Modul „Wirkungsanalyse“:** Dieses experimentelle Modul soll exemplarisch für ausgewählte Projekte realisiert werden, die kontrollierte Wirkungsanalysen auf Adressatenebene ermöglichen. In einem ersten Modul wurden Maßnahmenwirkungen im Rahmen von Vorher-Nachher-Befragungen in einem quasiexperimentellen Längsschnittdesign in zwei MP untersucht (mehrere Erhebungszeitpunkte zwischen November 2008 und Juni 2010).

<sup>2</sup> Eine Ausnahme stellen die Befragungen der Coaches der LAP sowie die Untersuchungen im Rahmen des Moduls „Wirkungsanalyse“ dar, die bei der Programmevaluation angesiedelt sind.

<sup>3</sup> Die Programmevaluation bedankt sich bei allen WB herzlich für die konstruktive und gute Zusammenarbeit.

Somit werden durch die Programmevaluation grundsätzlich mehrere Perspektiven in die Gesamtanalyse und -bewertung der beiden Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ einbezogen:

- die „**Innenperspektive**“ der geförderten Projekte, erfragt und vermittelt über die WB sowie – im Rahmen des zuwendungsrechtlichen Monitoring – erhoben über die Regiestelle
- die Schnittstelle zwischen „**Innen- und Außenperspektive**“ mit den auf ihrem empirischen Material basierenden Ergebnissen, Interpretationen und Empfehlungen der WB
- die „**Außenperspektive**“ der im Rahmen der Expertenbefragung Involvierten aus Fachpraxis, Politik und Verwaltung, Wissenschaft und Medien, die nicht am Bundesprogramm beteiligt sind, sowie die Perspektive der semi-extern angesiedelten Coaches
- die **Perspektive einer begrenzten Anzahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern**, die im Rahmen der Wirkungsanalyse erhoben beziehungsweise über die WB erfragt und übermittelt wird

Insgesamt stehen der Programmevaluation damit eine Reihe verschiedener Datenquellen zur Verfügung. Diese weisen jedoch aufgrund der unterschiedlichen Strukturierung der zwei Bundesprogramme beziehungsweise ihrer Programmsäulen und ihres programmteilspezifischen Monitoring sowie aufgrund der unterschiedlichen methodischen Zugänge der einzelnen WB eine begrenzte Vergleichbarkeit auf. Die vorliegenden Daten und Ergebnisse aus Fremd- und Eigenerhebungen wurden zur Beantwortung der Leitfragen der Programmevaluation systematisch ausgewertet und trianguliert. Unter Beachtung der dargestellten Begrenzungen der Daten liefern die ausgewerteten Informationen dennoch ein vielschichtiges und empirisch belastbares Bild der zahlreichen Programmaktivitäten. Aus den Ergebnissen der Gesamtevaluation und dem Vergleich der unterschiedlichen Perspektiven ergeben sich zahlreiche Belege für den Erfolg des Bundesprogramms, aber auch wichtige Hinweise für Herausforderungen und Optimierungspotenziale, die für die Weiterentwicklung und Nachjustierungen der Bundesprogramme von zentraler Bedeutung sind.

## 5.3 Ergebnisdarstellung

### 5.3.1 Umsetzung der Handlungskonzepte der Bundesprogramme

Im hier betrachteten Zeitraum lassen sich die durch die Programmevaluation gewonnenen Erkenntnisse für die einzelnen Programmteile wie folgt kurz beschreiben:

Das **Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“** fördert in **Programmsäule 1** die Entwicklung integrierter lokaler Strategien zur langfristigen Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft. Dieser Handlungsansatz hat sich in der Praxis als gegenstandsangemessen erwiesen.

Die vorliegenden Evaluationsergebnisse haben gezeigt, dass die LAP in der bisherigen Programmumsetzung bereits die umfassende Vernetzung relevanter lokaler Akteure angeregt haben, wobei die Begleitausschüsse hierbei eine zentrale Rolle spielen. Den LAP ist es gelungen, zu einer neuen Qualität der Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik beziehungsweise -verwaltung im Themenbereich des Bundesprogramms beizutragen. Die im Rahmen der LAP etablierten Steuerungsstrukturen (insbesondere Begleitausschuss und lokale Koordinierungsstelle) haben sich bewährt. Auch die kontinuierliche Prozessbegleitung durch Coaches trägt zur langfristigen Entwicklung integrierter lokaler Strategien bei.

Inhaltlich knüpfen die LAP in vielfältiger Weise an bestehende kommunale Konzepte und Kompetenzen an und entwickeln diese weiter. Der deutliche Hauptschwerpunkt der Projektarbeit innerhalb der LAP liegt dabei in der „Demokratie- und Toleranzerziehung“. Weitere Schwerpunkte bilden die Bereiche „Interkulturelles Lernen/Antirassistische Bildung“ sowie „Soziale Integration (in der Einwanderungsgesellschaft)“. Die lokalen Gestaltungsspielräume, die im Handlungsansatz der Programmsäule 1 angelegt sind, werden von den LAP angenommen und durch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen entsprechend den wahrgenommenen lokalen Problemlagen genutzt.

Für die Bewertung der inhaltlichen Integration lokaler demokratiefördernder Maßnahmen durch die LAP ist der Befund relevant, dass bei der Projektauswahl zunehmend auf die Passung mit den jeweiligen Zielen der LAP geachtet wurde. Die Struktur des Fördergebietes, das in der Region vorhandene Trägerpotenzial sowie die frühzeitige Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Entwicklung der LAP spielen eine wichtige Rolle für die Qualität (und Quantität) von Einzelprojektanträgen und letztlich für die Entwicklung koordinierter Strategien.

Auf Basis dieser Ergebnisse lässt sich als entscheidende Herausforderung für die weitere Programmgestaltung festhalten, dass das integrative Moment der LAP, das ein wesentliches Merkmal des Handlungsansatzes darstellt, noch deutlicher gestärkt werden sollte. Darüber hinaus sollten bestimmte Akteursgruppen – vor allem Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund sowie Wirtschafts- und Schulvertreterinnen und -vertreter – noch stärker als derzeit beobachtbar unmittelbar in die Steuerungsstrukturen der LAP eingebunden werden.

In der **Programmsäule 2** des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT.“ wurden insgesamt 90 MP in den vier TC „Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“, „Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“, „Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft“ und „Früh ansetzende Prävention“ gefördert. Ziel der Modellprojektförderung ist es, innovative Konzepte und Methoden zu entwickeln und zu erproben, die schließlich in die Kinder- und Jugendhilfe transferiert und dort bei

anderen Trägern beziehungsweise in anderen Förderbereichen nutzbar gemacht werden können. Hierzu reflektieren, rekombinieren und adaptieren die MP Methoden und Strategien, um bestimmte Zielgruppen entweder besser als vorher zu erreichen oder neue Zielgruppen zu erschließen. Einen häufigen Innovationsbereich stellt auch die Anpassung von Methoden und Strategien für neue Settings und strukturelle Bezüge der Arbeit im Handlungsfeld dar. Die Analysen zeigen, dass die Projekte die von ihnen verfolgten Ziele vielfach gut erreichen und auftretende Schwierigkeiten in der Zielerreichung in der Regel sehr kritisch reflektieren, um entsprechende Adaptionen der Projektaktivitäten vorzunehmen.

Auffällig ist eine gewisse regionale Konzentration von MP-Aktivitäten in einigen Teilen Ostdeutschlands. Außerdem fungiert die Stadt Berlin als Stand- und Durchführungsort zahlreicher Modellvorhaben. Es gibt Anzeichen dafür, dass die Konzentration von Trägerstandorten einerseits mit regionalen Ballungen von erfahrenen und spezialisierten Trägern zusammenhängt (z. B. starke Verankerung der Träger von Bildungsarbeit zu Antisemitismus in Berlin). Zugleich liegen Anzeichen dafür vor, dass länderbezogene Unterschiede im Hinblick auf Kofinanzierungsmöglichkeiten bestehen.

Die räumliche Konzentration von Projektaktivitäten ermöglicht einen stärkeren Austausch der Projekte untereinander. Dabei gibt es Hinweise, dass Vernetzungen unter den Projekten der Stadt Berlin weniger aufgrund inhaltlich-thematischer Überschneidungen, sondern vorrangig aufgrund räumlicher Nähe der MP entstehen und die MP einen hohen Vernetzungsgrad aufweisen.

Es liegen jedoch auch Erkenntnisse vor, dass bei hohen räumlichen Konzentrationen Konkurrenzen um Fördergelder und Zielgruppen entstehen können. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass infolge der Konzentration von Modellentwicklungen und -erprobungen in Berlin zahlreiche Aktivitäten auf den Berliner Kontext ausgerichtet sind (Innovationsklima, hoher Vernetzungsgrad der Träger, Großstadt, spezifische demografische Charakteristika), was Fragen nach der Übertragbarkeit einiger Modelle in andere Kontexte aufwirft.

Als Herausforderung können einige inhaltlich-thematische Projekt-Unterrepräsentanzen in den Unterthemen „Geschlechtsspezifische Arbeit mit männlichen Jugendlichen“ im TC „Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“, „Historisches Lernen“ im TC „Früh ansetzende Prävention“ sowie „Antisemitismus bei jugendlichen Migrantinnen und Migranten“ im TC „Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“ genannt werden.

Im Hinblick auf den fixen Kofinanzierungsanteil von 50 Prozent wird deutlich, dass die Akquise und Sicherstellung dieses Finanzierungsbeitrages insbesondere kleine und finanzschwache Träger, vor allem in strukturschwachen Regionen, sowie

Projekte mit Maßnahmen in spezifischen Innovationsbereichen (z. B. „aktueller Antisemitismus“) vor besondere Herausforderungen stellt.

**Optimierungspotenziale für die Programmpraxis** zeigen sich derzeit auch darin, dass der Programmbestandteil „Modellprojektförderung“ unter den befragten Expertinnen und Experten eine niedrigere Bekanntheit aufweist als die LAP im Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“ und das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“. Dies hängt gegebenenfalls mit dem vorrangig lokalen Charakter der Modellprojekttätigkeiten zusammen. Jedoch wäre im Modellprojektbereich gerade im Zusammenhang mit dem erwünschten Erfahrungs- und Ergebnistransfer in die wissenschaftlichen und Praxisdiskurse sowie in die Fachpraxis eine stärkere Wahrnehmung seitens der (Fach-)Öffentlichkeit wünschenswert.

Am **Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“** beteiligen sich seit dem 1. Januar 2009 alle 16 Länder. Damit konnte erstmals bundesweit eine Beratungs- beziehungsweise Interventionsstruktur zur Rechtsextremismusbekämpfung implementiert werden. Im Berichtszeitraum haben die für die landesweite Koordinierung der Beratungsarbeit verantwortlichen Landeskoordinierungsstellen ihr Profil weiter geschärft. Deren Aufgaben konzentrieren sich inzwischen zunehmend auf die Vernetzung der relevanten Akteure auf der Landesebene sowie die landesweite Dissemination der Arbeitsansätze sowie -ergebnisse. Mit der Etablierung der Landeskoordinierungsstellen wurde in den Ländern zugleich eine Lücke in der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht staatlichen Akteuren geschlossen.

Die intendierte flexible Bildung von Beratungs- respektive Interventionsteams aus den vom Bundesprogramm vorgesehenen landesweiten Beratungsnetzwerken heraus ist in den meisten Ländern dezentral organisiert und wird von regionalen Beratungs-, Koordinations- oder Netzwerkstellen übernommen. Zusammen mit den Landeskoordinierungsstellen und landesweiten Beratungsnetzwerken repräsentieren sie die jeweils spezifische Landesberatungsstruktur.

Von den im Feld arbeitenden und befragten Expertinnen und Experten wird der Programmansatz der anlassbezogenen Mobilien Beratung (als eine Form sanfter Intervention) in der in den Ländern umgesetzten Form im Wesentlichen als zielführend eingeschätzt. Mit der jeweiligen Struktur lassen sich gemeldete Vorfälle mit rechtsextremistischem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund unmittelbar und professionell bearbeiten. Als besonders förderlich für die Beratungsarbeit haben sich sowohl die regionale Verortung der Beratungsteams als auch deren personelle Kontinuität erwiesen.

Wichtige Impulse für die eigene Arbeit im Feld bieten sich mit der durch die Zentralstelle organisierten fachlichen Begleitung der Landeskoordinatorinnen und -koordinatoren sowie der qualifizierten Weiterbildung der Beraterinnen und Berater ein-

schließlich der damit gebotenen Möglichkeiten zum landesweiten und länderübergreifenden Fachaustausch.

Um die in den Ländern vorhandenen Strukturen und Kompetenzen zu unterstützen, werden eine Weiterentwicklung der länderspezifischen Beratungsstrukturen und eine weitere Professionalisierung der Beratungsarbeit empfohlen. Dies beinhaltet die zentrale Steuerung und landesweite Vernetzung der unterschiedlichen Akteure in der Beratungsarbeit sowie die in den Ländern vorhandenen spezifischen Formen regionaler Verortung und Kooperation. Zudem ist die Qualitätssicherung der Beratungsarbeit über deren fachliche Weiterentwicklung sowie ein Mindestmaß an Formalisierung der Beratungsverfahren zu gewährleisten.

Für zweckdienlich wird auch die verstärkte Koordination der Programmaktivitäten des „kompetent“-Programms mit entsprechenden landeseigenen Initiativen gehalten. Hierbei könnten vor allem die landesweiten Beratungsnetzwerke und Landeskoordinierungsstellen eine wichtige Rolle spielen.

Neben der Klärung von Fragen zur Programmsteuerung und -umsetzung führt die Programmevaluation das **experimentelle Modul „Wirkungsanalyse“** im Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“ durch, um im Hinblick auf die regelmäßig aufgeworfene Frage nach den Wirkungen programmgeförderter Maßnahmen aussagekräftig zu sein.

Für diese Wirkungsanalyse wurden zwei MP aus dem TC „Früh ansetzende Prävention“ ausgewählt. Diese Projekte sind darauf gerichtet, demokratische Basiskompetenzen von Primarschülerinnen und -schülern im Alter zwischen sieben und elf Jahren zu fördern. Sie wollen damit einen Beitrag zur Herausbildung von demokratieförderlichen Einstellungen und Verhaltensweisen leisten.

Die durchgeführte Wirkungsanalyse erfolgte entlang eines an die Feldgegebenheiten angepassten quasiexperimentellen Untersuchungsdesigns und erbrachte bisher zwei wesentliche Ergebnisse: Erstens bestätigte sie die Funktionalität beider Projekte. Zweitens ist das erprobte methodische Design geeignet, Wirkeffekte (sozial-)pädagogischer Maßnahmen zu plausibilisieren.

Die Vorteile des gewählten methodischen Vorgehens bestehen darin, dass sich mit der gewählten Versuchsanordnung intendierte Wirkeffekte von Projektinterventionen über einen längeren Zeitraum anhand von (stabilen) Realgruppen nachvollziehen und prüfen lassen. Für abschließende, belastbare Aussagen zur Reichweite der auf der Basis des erprobten Designs gewonnen Wirkungsaussagen sind allerdings noch weitere Analysen notwendig.

## 5.3.2 Bezüge zu den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe

In unterschiedlichen Programmkontexten treten die **Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe** sowohl als Nachfrager und Abnehmer als auch als – mitunter existenziell bedeutsame – Unterstützer und Partner in Erscheinung. Der Vergleich der Verbindungen zwischen den Programmstrukturen und den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe fördert einige Gemeinsamkeiten zwischen den Bundesprogrammen zutage. Zweifelsohne ist die Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe für die Nachhaltigkeit der einzelnen Projekte beziehungsweise Maßnahmen unabdingbar. Das betrifft vor allem diejenigen Programmbereiche, die eine strukturelle Nähe zur Kinder- und Jugendhilfe aufweisen.

Die Verbindung zu den Regelstrukturen ist insbesondere deshalb wichtig, weil im Rahmen der MP und Einzelprojekte der LAP Themen bearbeitet werden, für die originär die Kinder- und Jugendhilfe zuständig ist. Das betrifft die Arbeit mit Kindern, die Elternarbeit, die außerschulische Jugendbildungsarbeit oder die Arbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen. Dabei geht es vor allem um die Herstellung der Anschlussfähigkeit der Programmmaßnahmen an die etablierten Verfahren, Strukturen und Fachstandards der Kinder- und Jugendhilfe sowie den Fachaustausch mit anderen Trägern und Fachkräften im Arbeitsfeld und Sozialraum. Die Verzahnung von Programm- und Regelstrukturen zielt darauf ab, Parallelstrukturen zu vermeiden, neuen Akteuren in den Feldern der Kinder- und Jugendhilfe problem- und adressatenangemessenes Handeln zu erleichtern sowie die Kinder- und Jugendhilfe für modellhafte neue Arbeitsansätze aufnahmefähig zu machen.

Gute Einbindungschancen sind gegeben, wenn entweder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Projekte über eine entsprechende jugendhilferelevante Qualifikation (Abschluss im Fach Soziale Arbeit oder Psychologie) verfügen oder in der Vergangenheit bereits – jugendhilfeseitig positiv bewertete – Kontakte im Arbeitsfeld bestanden.

Dafür, dass sich durch die beiden Bundesprogramme Parallelstrukturen entwickeln konnten, haben die WB und die Programmevaluation nur in sehr wenigen Ausnahmefällen schwache Anhaltspunkte gefunden. Vielmehr verhalten sich die Programmaktivitäten vielfach komplementär zur etablierten Regelpraxis und leisten Beiträge zur Fortentwicklung respektive Anregung der Kinder- und Jugendhilfe.

## 5.3.3 Synergiepotenziale zwischen den Bundesprogrammen

In Bezug auf die **Vernetzung der Arbeit in und zwischen den Bundesprogrammen „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“** zeigen die Ergebnisse der Gesamt-

evaluation, dass die MP selten und eher anlassbezogen mit anderen Programmteilen zusammenarbeiten. Auch die Kooperation zwischen MP verschiedener TC ist eher gering ausgeprägt, wobei räumliche Nähe oder die gleiche Trägerschaft eine wichtige Rolle spielen. Kooperation über räumliche Distanz speist sich dagegen stärker aus inhaltlichen Überschneidungen der MP.

Etwas häufiger als mit anderen TC kooperieren MP mit LAP, insbesondere den Lokalen Koordinierungsstellen oder Begleitausschüssen der LAP. Im Zentrum stehen hierbei fachlicher Austausch und Feldzugang. Die entsprechenden Kontakte kommen sehr oft über Einzelpersonen oder Träger zustande, die in beiden Programmsäulen aktiv sind.

Kontakte zwischen MP und dem „kompetent“-Programm sind auf wenige Anlässe begrenzt. Vereinzelt kommt es zu einer inhaltlichen Zusammenarbeit im Kontext von Beratungsprozessen und bei der Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Landeskoordinierungsstellen. Außerdem sind einzelne Träger von Beratungsangeboten zugleich auch Modellprojekträger.

Als wesentliche Hindernisse für eine Kontaktaufnahme und Kooperationen zwischen MP und „kompetent“-Akteuren wurden sowohl mangelnde Kenntnisse über Strukturen und anzusprechende Personen als auch die inhaltliche Ausrichtung des jeweils anderen Bundesprogramms beziehungsweise Programmteils identifiziert. Neben einer fehlenden gemeinsamen Informationsbasis wurden dauerhafte Arbeitsüberlastung und Zeitmangel als weitere hinderliche Gründe genannt. Abhilfe könnte hier die gemeinsame Koordination beider Bundesprogramme schaffen.

Vielfältige strukturelle und anlassbezogene Kooperationen existieren jedoch zwischen LAP und Akteuren des „kompetent“-Programms. Nach den vorliegenden Informationen ist davon auszugehen, dass es in einem großen Teil der LAP vor allem eine anlassbezogene Kooperation mit den Mobilien Beratungsteams gibt. Dabei spielt in einem Teil der Länder (insbesondere in Ostdeutschland) eine bereits vor Programmstart bestehende Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren eine bedeutende Rolle.

Die LAP nutzen die fachliche Beratung durch „kompetent“-Interventionsteams vielfach für die bedarfsorientierte Weiterentwicklung und Umsetzung ihrer integrierten lokalen Strategie. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mobilien Beratung wiederum verbessern durch die Verzahnung mit den Strukturen der LAP zum einen die Voraussetzungen für die Nutzung ihrer Beratungsangebote und gewinnen zum anderen Einblicke in die Situation und Beratungsbedarfe vor Ort.

Optimierungspotenzial sehen die Programmakteure insbesondere hinsichtlich der Koordination der Programmzusammen-

arbeit im Themenbereich Rechtsextremismus auf der Länderebene. Auf der Bundesebene besteht die Herausforderung darin, angesichts der ausweisbaren Kooperationsgewinne und der gleichzeitig häufig eher unsystematischen Herstellung von Kooperationsbeziehungen die Programmstrukturen noch stärker darauf auszurichten, die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Programmteilen gezielt zu fördern. Darüber hinaus könnte sich perspektivisch die Abstimmung der relevanten Bundesprogramme mit Programmen und Maßnahmen auf der Länderebene als zielführend erweisen.

Eine enge und koordinierte Zusammenarbeit beider Bundesprogramme gehört für die durch die Programmevaluation befragten Expertinnen und Experten zu den wichtigsten Bedingungen, um insbesondere die Nachhaltigkeit der geförderten Maßnahmen zu sichern.

Von Programmakteuren werden zwei weitere Themenkreise als für den Erfolg der Bundesprogramme bedeutsam thematisiert: die politische Verankerung der Programmaktivitäten auf der jeweiligen Landesebene sowie deren Verzahnung mit entsprechenden Landesstrategien und -strukturen im Handlungsfeld.

## 5.4 Perspektiven und Empfehlungen

Eine Hauptaufgabe der Programmevaluation am DJI ist, Optimierungspotenziale zu identifizieren und auf dieser Grundlage Empfehlungen für die inhaltliche und strukturelle Weiterentwicklung der beiden Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ zu erarbeiten.

Im Wesentlichen wird empfohlen, die Bundesprogramme und etablierten Strukturen (LAP, MP, Mobile Beratung) unter Beibehaltung des Fokus auf die Prävention von Rechtsextremismus sowie des Fokus auf die Jugendphase dem Grunde nach weiterzuführen und gegebenenfalls säulenspezifische Nachsteuerungen vorzunehmen (z. B. unterstützende Maßnahmen zur Stärkung des integrativen Moments der LAP). Darüber hinaus wird angeregt, die Bundesprogramme stärker zu verzahnen, ohne damit eine bestimmte Programmstruktur zu präjudizieren. Ziel ist es, bedarfsgerechte Kooperationen zwischen LAP, MP und Mobiler Beratung systematischer als bisher zu fördern und auf diese Weise ein Mehr an Synergieeffekten zu ermöglichen.

Es wird vorgeschlagen, auf Grundlage der Evaluationsergebnisse sowie der Analyse von aktuellen Entwicklungen in der Präventionslandschaft einzelne TC thematisch zumindest partiell neu auszurichten (inhaltliche Ausweitungen in gleichem Maße wie inhaltliche Fokussierungen).

Weiterhin wird empfohlen, das Konzept der Öffentlichkeitsarbeit zu den Bundesprogrammen zu reflektieren und gegebenenfalls zu adaptieren.

# 6. Zusammenfassung und Ausblick

In der Jugendpolitik hat die Bundesregierung seit 2001 mit dem Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ einen Schwerpunkt bei der Prävention und Bekämpfung rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Erscheinungen gesetzt. Zentrales Anliegen der im Zuständigkeitsbereich des BMFSFJ angesiedelten Programme „ENTIMON – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ und „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ war es, insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen demokratisches Verhalten und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken sowie Toleranz und Weltoffenheit zu fördern.

Die Ergebnisse der WB belegen, dass von den gewählten Förderschwerpunkten erkennbar wichtige und innovative Impulse für die politische Bildungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen, aber auch Erwachsenen ausgingen. Im Sinne eines nachhaltigen Vorgehens wurde die Gewinnung des Interesses der lokalen Politik für die mit den Bundesprogrammen verfolgten Anliegen als eine zentrale Herausforderung für zukünftige Bundesprogramme identifiziert. Dazu gehört auch ein gemeinsames und damit vernetztes Vorgehen auf Landes- und Bundesebene.

Dieser wissenschaftlichen Erkenntnis folgend wurden die beiden Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ im Jahr 2007 eingeführt. „VIELFALT TUT GUT.“ setzt Schwerpunkte in der Förderung integrierter lokaler Strategien in ausgewählten Kommunen/Landkreisen sowie in der Unterstützung modellhafter Projekte im Kontext „Jugend, Bildung und Prävention“. „kompetent. für Demokratie“ unterstützt die Bildung landesweiter Beratungsnetzwerke sowie die anlassbezogene Beratung vor Ort zur Vernetzung und Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement.

Die Zwischenergebnisse der WB dokumentieren, dass

- die Entwicklung integrierter lokaler Präventionsstrategien zielführend ist;
- mit den LAP die lokale Vernetzung und Verankerung der Handlungskonzepte in den beteiligten Regionen angestoßen wurde, sie jedoch im Sinne der Nachhaltigkeit ausbaufähig ist;
- vielversprechende Modellerprobungen im Feld der Prävention von Rechtsextremismus und des Demokratielernens stattfinden;
- diese die vergleichende systematische Auswertung von Projekterfahrungen als hilfreich erachten;
- mit der Etablierung der landesweiten Beratungsnetzwerke in den Ländern eine Lücke in der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht staatlichen Akteuren geschlossen wurde;
- die Mehrheit der Beratungsprozesse vor Ort erfolgreich abgeschlossen wurde und

- die Professionalisierung der Beraterinnen und Berater weiterhin zu stärken ist, insbesondere in neu identifizierten Handlungsfeldern.

Die Programmevaluation beim Deutschen Jugendinstitut e. V. empfiehlt,

- die grundsätzliche Ausrichtung der beiden Bundesprogramme auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Jugendalter beizubehalten;
- im Hinblick auf die Programmstrukturen der beiden Bundesprogramme die einzelnen Programmteile stärker als bisher aufeinander zu beziehen und abzustimmen, um Synergiepotenziale nutzen zu können;
- im Sinne der Nachhaltigkeit auf eine stärkere Verankerung von demokratiefördernden Aktivitäten und Akteuren in bestehende regionale und landesweite Strukturen abzielen.

In diesem Sinne erfolgt die Weiterentwicklung dieser beiden Bundesprogramme ab 2011 unter einem Dach mit der Überschrift „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



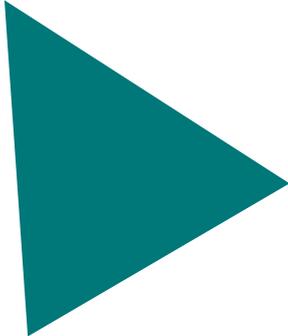
Die beiden Bundesprogramme bleiben dabei in ihrer Grobstruktur und grundsätzlichen Ausrichtung erhalten, sie werden allerdings in einzelnen Programmkomponenten verändert. So werden die einzelnen Programmteile stärker als bisher aufeinander bezogen und abgestimmt, damit Synergiepotenziale besser genutzt werden können. Die **Zielgruppe Jugendliche** steht weiterhin im Vordergrund. Es sollen darüber hinaus erwachsene Zielgruppen angesprochen werden, die unmittelbar mit Jugendlichen arbeiten (Pädagoginnen und Pädagogen) sowie Bezugspersonen, die wesentliche Sozialisationsinstanzen darstellen, wie zum Beispiel Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer.

Da sich die Entwicklung integrierter lokaler Strategien als ein Erfolg versprechender Ansatz zur Stärkung der Zivilgesellschaft erwiesen hat, soll die **Zahl der LAP** erhöht werden. So sollen auch in der neuen Förderperiode LAP ausgewählt und gefördert werden. Zur besseren lokalen Vernetzung und Verankerung der bereits bestehenden 90 LAP aus der Förderperiode 2007 bis 2010 ist vorgesehen, diese ebenfalls im Rahmen ihrer Weiterentwicklung in lokale Entwicklungskonzepte mit einer Förder-summe zu unterstützen. Dabei wird sich die Unterstützung des



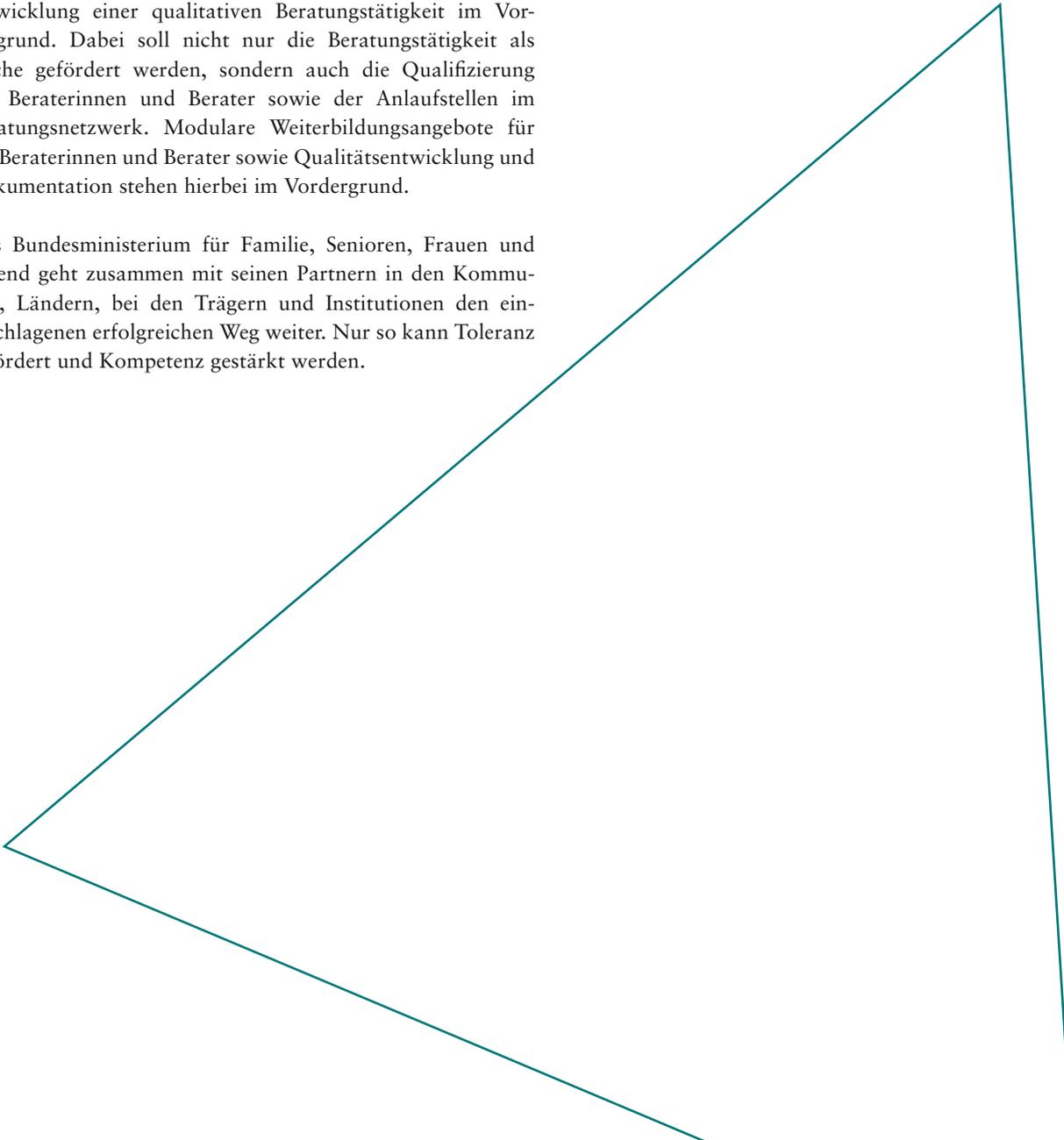
Bundes degressiv gestalten und sich auf die Finanzierung der Koordinationsarbeit, der Vernetzung sowie der Gewinnung weiterer Zielgruppen konzentrieren. Zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie vor Ort wird damit auch in der nächsten Förderperiode wirkungsvoll unterstützt.

Vielpersprechende und innovative **Modellerprobungen** im Feld der Prävention von Rechtsextremismus und des Demokratielernens werden auch ab 2011 gefördert. Hierbei sind die folgenden Themenfelder geplant:

- Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus
  - Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen
  - Zusammenleben in der Integrationsgesellschaft
  - Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich
- 

Bei den **landesweiten Beratungsnetzwerken** steht die Weiterentwicklung einer qualitativen Beratungstätigkeit im Vordergrund. Dabei soll nicht nur die Beratungstätigkeit als solche gefördert werden, sondern auch die Qualifizierung der Beraterinnen und Berater sowie der Anlaufstellen im Beratungsnetzwerk. Modulare Weiterbildungsangebote für die Beraterinnen und Berater sowie Qualitätsentwicklung und Dokumentation stehen hierbei im Vordergrund.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geht zusammen mit seinen Partnern in den Kommunen, Ländern, bei den Trägern und Institutionen den eingeschlagenen erfolgreichen Weg weiter. Nur so kann Toleranz gefördert und Kompetenz gestärkt werden.







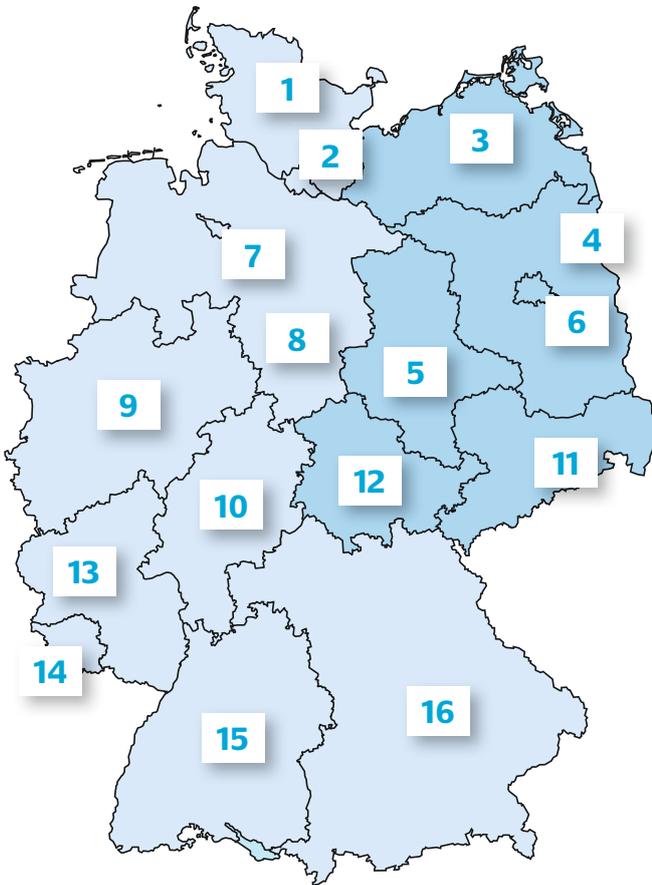
<b>1. „VIELFALT TUT GUT.“</b>	<b>45</b>
1.1 Bundesweite Verteilung der Lokalen Aktionspläne und Modellprojekte	45
1.2 Anzahl der geförderten Projekte 2007–2010	46
1.3 Mittelbereitstellung pro Jahr im Durchschnitt nach Programmsäulen	47
1.4 Übersicht der Wissenschaftlichen Begleitungen sowie der Forschungsvorhaben und Expertisen	47
1.5 Lokale Aktionspläne im Überblick	48
1.5.1 Lokale Aktionspläne	48
1.5.2 Informationen und Zahlen zu den geförderten Einzelprojekten der Lokalen Aktionspläne	53
1.6 Modellprojekte im Überblick	55
<b>2. „kompetent. für Demokratie“</b>	<b>65</b>
2.1 Beratungsnetzwerke im Überblick	65
2.1.1 Baden-Württemberg	65
2.1.2 Bayern	66
2.1.3 Berlin	67
2.1.4 Brandenburg	68
2.1.5 Bremen	69
2.1.6 Hamburg	70
2.1.7 Hessen	71
2.1.8 Mecklenburg-Vorpommern	72
2.1.9 Niedersachsen	73
2.1.10 Nordrhein-Westfalen	74
2.1.11 Rheinland-Pfalz	75
2.1.12 Saarland	76
2.1.13 Sachsen	77
2.1.14 Sachsen-Anhalt	78
2.1.15 Schleswig-Holstein	79
2.1.16 Thüringen	80
2.2 Unterschiedliche Steuerungsstrukturen in den Bundesländern	81
2.3 Tabellarische Übersicht der Modellprojekte	81
2.4 Mittelbereitstellung pro Jahr im Durchschnitt nach Programmsäulen	82
2.5 Übersicht über die Wissenschaftliche Begleitung	82





# 1. „VIELFALT TUT GUT.“

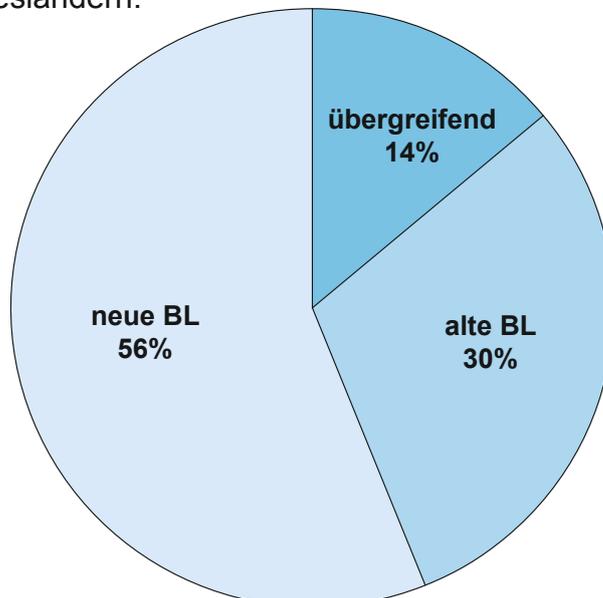
## 1.1 Bundesweite Verteilung der Lokalen Aktionspläne und Modellprojekte



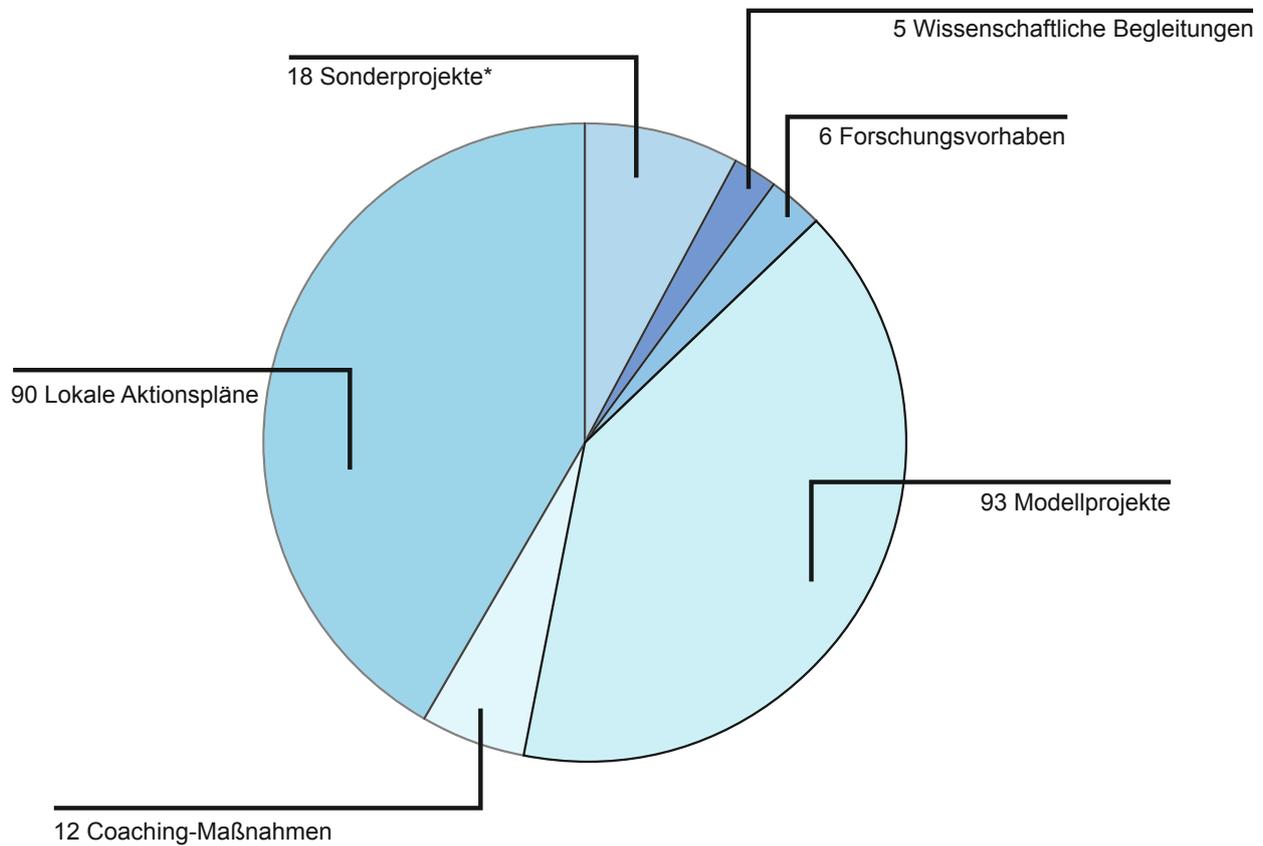
Nr.	Bundesland	LAP-Anzahl	MP-Anzahl
1	Schleswig-Holstein	2	1
2	Hamburg	1	0
3	Mecklenburg-Vorpommern	10	5
4	Brandenburg	10	6
5	Sachsen-Anhalt	10	5
6	Berlin	10	14
7	Bremen	1	1
8	Niedersachsen	5	3
9	Nordrhein-Westfalen	4	6
10	Hessen	4	3
11	Sachsen	10	8
12	Thüringen	10	4
13	Rheinland-Pfalz	3	2
14	Saarland	2	1
15	Baden-Württemberg	4	7
16	Bayern	4	2

Neue Bundesländer	Alte Bundesländer
60 Lokale Aktionspläne 42 Modellprojekte	30 Lokale Aktionspläne 26 Modellprojekte
<b>Länderübergreifend/ Bundesweit</b>	
25 Modellprojekte	

Verteilung nach Bundesländern:



## 1.2 Anzahl der geförderten Projekte 2007–2010



Nach den drei Programmsäulen stellt sich die Projektförderung von 2007 bis 2010 insgesamt wie folgt dar:

- Programmsäule 1: Entwicklung integrierter lokaler Strategien – 90 LAP und 12 Coaching-Maßnahmen
- Programmsäule 2: Modellprojekte – 93 Projekte
- Programmsäule 3: Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation und Forschung – 29 Projekte

\* Zu den Sonderprojekten gehören beispielsweise Fachaustauschtreffen der Modellprojekte, Transferkonferenzen sowie die VIELFALT-Mediathek.

### 1.3 Mittelbereitstellung pro Jahr im Durchschnitt nach Programmsäulen

Programmsäule	Förderansatz	Haushaltsmittel pro Jahr
Säule 1	Pro LAP bis zu 100.000,- EURO; Gesamtzahl der LAP: 90	9.700.000,- EURO
Säule 2	Unterschiedliche Fördersummen pro MP; Gesamtzahl der MP: 93	6.000.000,- EURO
Säule 3	Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation und Forschung, Regiestelle	3.300.000,- EURO
<b>Gesamt</b>		<b>19.000.000,- EURO</b>

### 1.4 Übersicht der Wissenschaftlichen Begleitungen sowie der Forschungsvorhaben und Expertisen

Projektbezeichnung	Name	Gesamt-förderzeit-raum von	Gesamt-förderzeit-raum bis
<b>5 Wissenschaftliche Begleitungen</b>			
Wissenschaftliche Begleitung in der Programmsäule 1 (LAP)	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V./Camino gGmbH	01.01.2008	30.06.2011
Wissenschaftliche Begleitung Themencluster „Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“	Universität Bielefeld – Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung	15.05.2008	30.06.2011
Wissenschaftliche Begleitung des Themenclusters „Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“	INA gGmbH an der FU Berlin	01.01.2008	30.06.2011
Wissenschaftliche Begleitung des Themenclusters „Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft“	INA gGmbH an der FU Berlin	01.01.2008	30.06.2011
Wissenschaftliche Begleitung des Themenclusters „Früh ansetzende Prävention“	Univation – Institut für Evaluation Dr. Beywl & Associates GmbH	01.01.2008	30.06.2011
<b>3 Forschungsprojekte</b>			
Antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen muslimischer Jugendlicher	Universität Bielefeld – Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung	01.10.2008	31.12.2009
Forschungsvorhaben historisch politische Bildungsarbeit	Universität Leipzig, Zentrum für Lehrerbildung und Schulforschung	01.12.2008	31.12.2009
Interkulturelle Öffnung in der verbandlichen Jugendarbeit – Stand, Möglichkeiten und Hindernisse der Realisierung	Fachhochschule Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften – Institut für Kindheit, Jugend, Familie und Erwachsene	01.12.2008	31.12.2009
<b>3 Expertisen</b>			
Bedeutung von geschlechtsspezifisch unterschiedlich ausgeprägten Rollenbildern bzw. Orientierungs-, Identitäts- und Handlungsmustern	Freiberufliche wissenschaftliche Autorin und Sozialwissenschaftlerin Frau Dr. Schad	01.02.2009	31.05.2009
„Online-Portale“	JFF-Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis e.V.	01.02.2009	31.07.2009
Beteiligung von spezifischen Akteursgruppen an Bundesprogrammen zum Themenfeld	Fachhochschule Frankfurt am Main/Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit (FB4)	01.02.2009	31.12.2009

## 1.5 Lokale Aktionspläne im Überblick

### 1.5.1 Lokale Aktionspläne

Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtförderzeitraum		Anzahl der Einzelprojekte	Anzahl der erreichten Menschen
	Name	Größe in km <sup>2</sup>	Einwohner	von	bis		
Baden-Württemberg: 4 Lokale Aktionspläne		960,14	540.623			159	26.072
Jugendamt des Rems-Murr-Kreises	Rems-Murr-Kreis	858,14	417.000	01.01.07	31.12.10	40	12.561
Landeshauptstadt Stuttgart	Bad-Cannstatt Hallschlag/Altenburg/ Birkenäcker/ Pragstraße/ Neckarvorstadt/ Burgholzhof	4	19.972	01.09.07	31.12.10	54	5.828
Stadtverwaltung Böblingen/ Dezernat II, Amt für Jugend, Schule und Sport	Stadt Böblingen	39	46.315	01.10.07	31.12.10	31	1.995
Stadtverwaltung Göppingen, Referat Kinder und Jugend	Stadt Göppingen	59	57.336	01.10.07	31.12.10	34	5.688
Bayern: 4 Lokale Aktionspläne		2.274	430.444			218	104.068
Landratsamt Cham	Landkreis Cham	1.510	129.605	01.09.07	31.12.10	65	28.714
Landratsamt Forchheim, Landkreis Forchheim	Landkreis Forchheim	643	113.289	01.10.07	31.12.10	42	32.976
Stadt Kaufbeuren	Kaufbeuren	40	43.550	01.10.07	31.12.10	39	19.763
Stadt Regensburg, Amt für kommunale Jugendarbeit	Gesamtstadt Regensburg	81	144.000	01.01.07	31.12.10	72	22.615
Berlin: 10 Lokale Aktionspläne		578,93	1.910.168			525	117.423
Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin	Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg	20,16	262.257	01.10.07	31.12.10	44	15.472
Bezirksamt Lichtenberg von Berlin/ Abteilung Familie, Jugend und Gesundheit	Lichtenberg – Mitte (Planungsräume: 22, 23, 25, 26, 27, 28)	82,3	33.674	01.01.07	31.12.10	55	11.231
Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin	Region Marzahn – Mitte	7,97	43.650	01.01.07	31.12.10	54	16.508
Bezirksamt Mitte von Berlin, Abt. Jugend und Finanzen	Berlin – Moabit	8	75.181	01.10.07	31.12.10	57	5.124
Bezirksamt Mitte von Berlin, Abt. Jugend und Finanzen	Planungsgebiet Osloer Straße	2	31.935	01.01.07	31.12.10	45	3.354

Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtförderzeitraum		Anzahl der Einzelprojekte	Anzahl der erreichten Menschen
	Name	Größe in km <sup>2</sup>	Einwohner	von	bis		
Bezirksamt Neukölln von Berlin	Berlin – Neukölln	45	305.000	01.09.07	31.12.10	48	38.936
Bezirksamt Pankow von Berlin	Berlin – Pankow	103	357.000	01.08.07	31.12.10	58	9.058
Bezirksamt Reinickendorf, Abteilung Jugend und Familie	Bezirk Reinickendorf	89,5	241.210	01.10.07	31.12.10	43	2.696
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin	Bezirk Tempelhof – Schöneberg	53	325.952	15.09.07	31.12.10	75	7.300
Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin	Stadtbezirk Treptow-Köpenick	168	234.309	01.10.07	31.12.10	46	7.744
Brandenburg: 10 Lokale Aktionspläne		15.408	1.122.376			646	211.152
Gemeinde Wiesenburg/Mark	Hoher Fläming	1.121	41.600	01.08.07	31.12.10	79	16.101
Landkreis Barnim	Landkreis Barnim	1.495	179.258	15.09.07	31.12.10	79	17.381
Landkreis Dahme-Spreewald	Landkreis Dahme-Spreewald	2.261	161.937	01.01.07	31.12.10	69	20.493
Landkreis Elbe-Elster	Landkreis Elbe-Elster	1.889	115.153	01.01.07	31.12.10	63	7.521
Landkreis Märkisch-Oderland	Landkreis Märkisch-Oderland	2.128	191.998	09.07.07	31.12.10	47	5.084
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	Städte aus dem Kreisgebiet des Landkreises Oberspreewald-Lausitz	728	100.447	01.09.07	31.12.10	91	18.688
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	2.509	104.344	15.08.07	31.12.10	60	13.409
Landkreis Uckermark	Landkreis Uckermark	3.058	132.837	01.10.07	31.12.10	56	19.523
Stadtverwaltung Frankfurt (Oder), Amt für Jugend und Soziales	Frankfurt (Oder)	148	61.886	01.10.07	31.12.10	53	75.239
Stadtverwaltung Fürstenwalde	Stadt Fürstenwalde/Spree	71	32.916	01.09.07	31.12.10	49	17.713
Bremen: 1 Lokaler Aktionsplan		325	540.000			66	13.715
Stadt Bremen, Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	Stadtgemeinde Bremen	325	540.000	01.01.07	31.12.10	66	13.715

Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtförderzeitraum		Anzahl der Einzelprojekte	Anzahl der erreichten Menschen
	Name	Größe in km <sup>2</sup>	Einwohner	von	bis		
Hamburg: 1 Lokaler Aktionsplan		25	104.000			45	3.334
Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement	Bahrenfeld, Osdorf, Lurup, Altona Altstadt	25	104.000	01.01.07	31.12.10	45	3.334
Hessen: 4 Lokale Aktionspläne		2.324,76	453.254			228	77.905
Amt für Jugend, Familie und Sport des Vogelsbergkreises	Vogelsbergkreis	1.458,96	115.000	01.10.07	31.12.10	62	17.812
Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden	Wiesbaden, Stadtteil Biebrich	5,8	24.516	01.01.07	31.12.10	65	33.841
Landkreis Limburg-Weilburg, Fachbereich Jugend	Landkreis Limburg-Weilburg	738	172.738	15.09.07	31.12.10	56	12.671
Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt	Darmstadt	122	141.000	01.09.07	31.12.10	45	13.581
Mecklenburg-Vorpommern: 10 Lokale Aktionspläne		14.095,52	776.564			518	107.573
Amt Stargarder Land	Amt Stargarder Land	205	10.054	01.09.07	31.12.10	46	3.639
Landkreis Bad Doberan, Büro für Familien, Frauen, Migration und Integration	Landkreis Bad Doberan	1.362	119.620	01.01.07	31.12.10	48	3.291
Landkreis Demmin	Landkreis Demmin	1.922	83.500	15.09.07	31.12.10	60	13.741
Landkreis Güstrow, Jugendamt	Landkreis Güstrow	2.058,52	100.855	01.08.07	31.12.10	54	12.025
Landkreis Ludwigslust	Landkreis Ludwigslust	2.517	126.099	01.01.07	31.12.10	45	25.334
Landkreis Nordvorpommern	Landkreis Nordvorpommern	2.172	111.697	01.01.07	31.12.10	90	3.753
Landkreis Nordwestmecklenburg	Landkreis Nordwestmecklenburg	2.075	118.677	01.08.07	31.12.10	59	17.487
Landkreis Uecker-Randow	Landkreis Uecker-Randow	1.624	77.152	01.09.07	31.12.10	31	5.446
Stadt Sassnitz	Stadt Sassnitz	50	11.221	01.09.07	31.12.10	43	4.385
Stadt Wolgast, Amt am Peenestrom	Stadt Wolgast, Amt am Peenestrom	110	17.689	01.09.07	31.12.10	42	18.472
Niedersachsen: 5 Lokale Aktionspläne		4.049	800.876			316	107.074
Landkreis Goslar	Landkreis Goslar	965	150.000	01.10.07	31.12.10	50	45.866
Landkreis Osterode am Harz	Landkreis Osterode am Harz	636	79.355	15.09.07	31.12.10	37	20.900
Stadt Braunschweig	Stadt Braunschweig	192	240.171	01.10.07	31.12.10	70	9.410
Stadt Lüneburg	Stadt Lüneburg	70	71.396	01.10.07	31.12.10	43	5.777

Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtförderzeitraum		Anzahl der Einzelprojekte	Anzahl der erreichten Menschen
	Name	Größe in km <sup>2</sup>	Einwohner	von	bis		
Stadt Verden, Fachbereich Bildung und Kultur	Landkreis Verden und Landkreis Nienburg	2.186	259.954	01.01.07	31.12.10	116	25.121
Nordrhein-Westfalen: 4 Lokale Aktionspläne		1.036,26	1.836.146			191	88.337
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln	Köln	405,26	1.000.000	01.09.07	31.12.10	48	7.418
Stadt Hagen, Fachbereich Jugend und Soziales	Stadt Hagen	160	198.103	01.09.07	31.12.10	45	18.641
Stadt Münster, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien	Münster	303	280.000	01.09.07	31.12.10	32	22.686
Stadt Wuppertal	Wuppertal	168	358.043	01.08.07	31.12.10	66	39.592
Rheinland-Pfalz: 3 Lokale Aktionspläne		2.666	536.710			143	254.502
Kreisverwaltung Bad Dürkheim	Landkreis Bad Dürkheim	594	135.116	01.01.07	31.12.10	50	130.343
Kreisverwaltung Trier-Saarburg, Jugendamt, Amt 6	Landkreis Trier-Saarburg, Stadt Trier	1.208	243.783	01.10.07	31.12.10	42	113.418
Stadtverwaltung Bad Kreuznach	Stadt Bad Kreuznach und Landkreis Bad Kreuznach	864	157.811	01.10.07	31.12.10	51	10.741
Saarland: 2 Lokale Aktionspläne		967	447.940			104	22.297
Landkreis Merzig-Wadern	Landkreis Merzig-Wadern	556	106.000	15.09.07	31.12.10	40	13.212
Regionalverband Saarbrücken, Jugendamt Abt. 51.5	Regionalverband Saarbrücken	411	341.940	15.09.07	31.12.10	64	9.085
Sachsen: 10 Lokale Aktionspläne		6.009,65	1.544.977			602	377.377
Coswig, Fachbereich Bildung und Soziales	Zusammenschluss der Kommunen Coswig-Moritzburg-Radeburg	126	37.306	01.09.07	31.12.10	76	11.187
Landkreis Sächsische-Schweiz/Ostertagebirge	Region Sächsische Schweiz im LK Sächsische Schweiz-Ostertagebirge	887,89	140.046	01.01.07	31.12.10	74	106.159
Landratsamt Bautzen	Landkreis Bautzen in der Struktur vom 01.01.2007	961	146.197	01.01.07	31.12.10	75	15.111



Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtförderzeitraum		Anzahl der Einzelprojekte	Anzahl der erreichten Menschen
	Name	Größe in km <sup>2</sup>	Einwohner	von	bis		
Landratsamt Landkreis Leipzig	Gebiet des ehem. Muldentalkreises im Landkreis Leipzig – 2007: 9 Städte, 12 Gemeinden	895	129.166	01.01.07	31.12.10	79	14.794
Landratsamt Görlitz	Landkreis Görlitz	699	140.982	01.08.07	31.12.10	49	12.980
Stadt Leipzig	Stadt Leipzig	29,76	506.578	01.10.07	31.12.10	49	87.679
Stadtverwaltung Plauen	kreisangehörige Stadt Plauen und Landkreis Vogtlandkreis	1.422	256.998	01.09.07	31.12.10	66	63.836
Stadtverwaltung Riesa	Alt-Landkreis Riesa-Großenhain	821	112.855	01.09.07	31.12.10	49	49.756
Stadtverwaltung Thalheim	Jahnsdorf, Neukirchen, Burkhardtsdorf, Thalheim	78	26.407	01.08.07	31.12.10	40	10.603
Stadtverwaltungen Aue, Lößnitz, Schneeberg, Bad Schlema	Stadt Aue, Stadt Lößnitz, Stadt Schneeberg, Gemeinde Bad Schlema	90	48.442	01.09.07	31.12.10	45	5.272
Sachsen-Anhalt: 10 Lokale Aktionspläne		8.968,62	1.440.956			516	246.392
Kreisverwaltung Burgenlandkreis	Burgenlandkreis	1.414	199.186	01.09.07	31.12.10	40	9.964
Landeshauptstadt Magdeburg	Landeshauptstadt Magdeburg	201	229.464	01.09.07	31.12.10	56	12.879
Landkreis Altmarkkreis Salzwedel	Landkreis Altmarkkreis Salzwedel	2.292	91.450	01.09.07	31.12.10	63	17.262
Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Jugendamt	Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Altlandkreis Bitterfeld	509,62	98.357	01.01.07	31.12.10	45	10.741
Landkreis Harz	Landkreis Harz	2.104	247.490	01.09.07	31.12.10	37	39.022
Landkreis Mansfeld-Südharz	Landkreis Mansfeld-Südharz	1.449	159.984	01.01.07	31.12.10	68	64.122
Salzlandkreis, Jugendamt	ehem. Landkreis Schönebeck (Elbe)	460	71.297	01.10.07	31.12.10	29	13.924
Stadt Dessau, Jugendamt	Stadt Dessau-Roßlau	245	88.099	09.07.07	31.12.10	56	27.786
Stadt Halle/Saale	Stadt Halle/Saale	135	231.364	01.01.07	31.12.10	69	35.132
Stadtverwaltung Burg, Kultur- und Bürgeramt	Stadt Burg mit Problemregionen im Landkreis	159	24.265	01.08.07	31.12.10	53	15.560
Schleswig-Holstein: 2 Lokale Aktionspläne		110	35.807			111	16.523



Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtförderzeitraum		Anzahl der Einzelprojekte	Anzahl der erreichten Menschen
	Name	Größe in km <sup>2</sup>	Einwohner	von	bis		
Stadt Lauenburg/Elbe	Stadt Lauenburg/Elbe und Amt Lüttau	90	15.807	01.10.07	31.12.10	35	6.457
Stadt Neustadt in Holstein	Schuleinzugsbereich Stadt Neustadt in Holstein	20	20.000	01.09.07	31.12.10	76	10.066
Thüringen: 10 Lokale Aktionspläne		5.055,85	708.789			595	292.824
Landratsamt Ilm-Kreis	Ilm-Kreis	843	113.416	01.09.07	31.12.10	49	11.295
Landratsamt Kyffhäuserkreis	Kyffhäuserkreis	1.035	83.840	01.01.07	31.12.10	67	25.203
Landratsamt Saale-Holzland-Kreis	Saale-Holzland-Kreis	817	88.199	01.09.07	31.12.10	51	15.690
Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis	Landkreis Unstrut-Hainich	975	113.000	01.09.07	31.12.10	48	15.559
Stadt Nordhausen	Nordhausen	89	42.495	01.09.07	31.12.10	51	95.813
Stadt Suhl, Jugend- und Sportamt	Kreisfreie Stadt Suhl	103	40.534	01.09.07	31.12.10	48	27.438
Stadtverwaltung Eisenach und Gemeindeverwaltung Wutha-Farnroda	Stadt Eisenach und Gemeinde Wutha-Farnroda	138	50.013	01.10.07	31.12.10	45	9.254
Stadtverwaltung Ohrdruf	Erfüllende Gemeinde Ohrdruf (fünf Orte)	144,35	11.479	01.01.07	31.12.10	62	6.290
Stadtverwaltung Pößneck	Stadt Pößneck	24,5	12.927	01.01.07	31.12.10	72	54.085
Stadtverwaltung Weimar	Stadt Weimar (WE)/Kreis Weimarer Land (WEL)	887	152.886	01.07.07	31.12.10	102	32.197
<b>Insgesamt: 90 Lokale Aktionspläne mit 4.983 Einzelprojekten</b>		<b>64.853,73</b>	<b>13.229.630</b>			<b>4.983</b>	<b>2.066.568</b>

### 1.5.2 Informationen und Zahlen zu den geförderten Einzelprojekten der Lokalen Aktionspläne

Die folgende Übersicht konkretisiert die LAP durch Darstellung der Förderschwerpunkte, Hauptzielgruppen sowie des Alters der Zielgruppen. Darüber hinaus werden die Projekttypen dargestellt. Diese wurden im Stammbblatt 1 abgefragt. Hier waren maximal drei Nennungen möglich. In den 4.983 Projekten wurden 11.772 Nennungen abgegeben (Stand 31.08.2010).

Förderschwerpunkte	Anzahl der Projekte	in Prozent
Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen	401	8,05
Demokratie- und Toleranzerziehung	1.503	30,16
Interkulturelles Lernen/Antirassistische Bildung	829	16,64
Interreligiöses Lernen	46	0,92
Kulturelle und geschichtliche Identität	487	9,77
Soziale Integration	749	15,03
Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft	968	19,43
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>4.983</b>	<b>100,00</b>

Hauptzielgruppen	Anzahl der Projekte	in Prozent
Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	301	6,04
Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	1.758	35,28
Kinder und jüngere Jugendliche	1.321	26,51
Lokale einflussreiche und deutungsmächtige Akteursgruppen	318	6,38
Männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zur Fremdenfeindlichkeit	94	1,89
Migranten/Migrantinnen	462	9,27
Multiplikatoren/Multiplikatorinnen	729	14,63
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>4.983</b>	<b>100,00</b>

Alter der Zielgruppen	Anzahl der Projekte	in Prozent
3–6 Jahre	69	1,39
7–12 Jahre	685	13,75
13–18 Jahre	2.388	47,92
19–27 Jahre	636	12,76
28–55 Jahre	1.141	22,90
ab 56 Jahre	64	1,28
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>4.983</b>	<b>100,00</b>

Projekttypen	Anzahl der Nennungen	in Prozent
Aktionstage	1.304	11,08
Projekte zum Aufbau von Netzwerken	1.158	9,84
Projekte der außerschulischen Jugendbildung	1.642	13,95
Beratungsangebote	528	4,49
Diskussions- und Informationsveranstaltungen	1.403	11,92
Projekte zur Entwicklung von pädagogischen Materialien	344	2,92
Fachtagungen/Kongresse	147	1,25
Forschungsprojekte	129	1,09
Kulturprojekte	1.221	10,37
Medienprojekte/Ausstellungen	892	7,58
Schulprojekte	1.181	10,03
Qualifizierung und Weiterbildung	789	6,70
Andere	1.034	8,78
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>11.772</b>	<b>100,00</b>

## 1.6 Modellprojekte im Überblick

Träger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptzielgruppe	Förderzeitraum von	Förderzeitraum bis	Bundesland
18 Projekte im Themencluster: „Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“						
MANNE e.V. Potsdam – Information, Beratung, Bildung für Männer und Jungen	Jungenarbeit und Gewaltprävention – Qualifizierung und lokale Projektentwicklung	Geschlechtsspezifische Arbeit mit männlichen Jugendlichen	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	01.08.07	30.11.10	Brandenburg
ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH	Familien stärken – gegen Gewalt und Extremismus	Qualifizierte Elternarbeit	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	03.07.07	30.06.10	Länderübergreifend
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.	Online-Beratung gegen Rechtsextremismus	Qualifizierte Elternarbeit	Multiplikatoren/ Multiplikatorinnen	05.07.07	31.12.10	Länderübergreifend
Verbund Sozialpädagogischer Projekte e.V.	Recall – Mit Eltern gegen rechts!	Qualifizierte Elternarbeit	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	01.10.07	31.12.10	Sachsen
Power for Peace e.V.	CHANGE	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit	01.04.08	31.12.10	Bayern
Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V.	Rechtsextremismusprävention an Berliner Oberstufenzentren	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit	02.07.07	30.06.09	Berlin
Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V.	Fit gegen Rechts – Erarbeitung eines neuen Konzepts für gefährdete Hauptschüler	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit	01.10.07	31.12.10	Berlin
Europa-Zentrum-Brandenburg-Berlin des Regionalen Fördervereins e.V.	KEG	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.09.07	31.08.10	Brandenburg
Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/ Streetwork Brandenburg e.V.	„Profil und Professionalität“	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	01.09.07	31.08.10	Brandenburg

Träger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptzielgruppe	Förderzeitraum von	Förderzeitraum bis	Bundesland
Förderverein JVA Holzstraße e. V.	Gefangene gegen Rechtsextremismus – ein Theaterprojekt	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit	01.09.07	31.08.10	Hessen
Cultures Interactive e. V.	KulturRäume2010	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.09.07	31.12.10	Länderübergreifend
Camino gGmbH	Bildungsmultiplikatoren gegen rechts	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	15.09.07	31.12.10	Länderübergreifend
Soziale Bildung e. V.	Demokratiestärkende Bildungsarbeit im ländlichen Raum	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.08.07	31.07.10	Mecklenburg-Vorpommern
Verein zur Förderung von Demokratie, Toleranz und interkultureller Verständigung Osnabrück e. V.	INTEGROS	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit	01.10.07	30.09.10	Niedersachsen
Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Ost gGmbH, c/o ARUG	Kompetente Konzepte für Demokratie und Toleranz	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.01.07	31.12.10	Niedersachsen
Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz	„Komplex“ – rheinland-pfälzische Kommunikationsplattform gegen Extremismus	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit	01.01.07	31.12.10	Rheinland-Pfalz
DGB Jugend Rheinland-Pfalz	Kreativ statt primitiv – Jugend für Vielfalt	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.05.08	31.12.10	Rheinland-Pfalz
Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.	Bühne frei für Respekt	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen	Männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit	01.08.07	31.12.10	Sachsen-Anhalt

Träger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptzielgruppe	Förderzeitraum von	Förderzeitraum bis	Bundesland
18 Projekte im Themencluster: „Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“						
KlgA e. V.	Pädagogische Module gegen Antisemitismus für muslimisch geprägte Jugendliche	Antisemitismus bei jugendlichen Migrant/-innen	Migranten/ Migrantinnen	01.10.07	30.09.10	Berlin
Verein für Demokratische Kultur e. V.	amira – Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus	Antisemitismus bei jugendlichen Migrant/-innen	Multiplikatoren/ Multiplikatorinnen	01.09.07	31.08.10	Berlin
American Jewish Committee Berlin	Aktiv gegen Antisemitismus – ein Programm mit drei Säulen	Antisemitismus bei jugendlichen Migrant/-innen	Migranten/ Migrantinnen	01.04.08	31.12.10	Berlin
Anne Frank Zentrum Berlin e. V.	Entwicklung und Erprobung eines Materialpakets	Antisemitismus bei jugendlichen Migrant/-innen	Migranten/ Migrantinnen	03.07.07	31.10.10	Länderübergreifend
Förderverein Stuttgarter Jugendhaus e. V.	Lernort – Gedenkstätte	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.08.07	31.12.10	Baden-Württemberg
IMEDANA – Institut für Medien- und Projektarbeit e. V.	Wenn Mokkatassen sprechen – Mediale Konzepte gegen Antisemitismus	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.09.07	31.08.10	Bayern
Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e. V.	Erarbeitung eines erlebnispädagogischen interaktiven Ausstellungskonzeptes	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Kinder und jüngere Jugendliche	15.09.07	31.12.10	Berlin
STEP 21 – Jugend fordert gGmbH	SELMA	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.09.07	30.09.08	Länderübergreifend
Zentralrat der Juden in Deutschland	Likrat – Jugend und Dialog	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Multiplikatoren/ Multiplikatorinnen	01.08.07	31.07.10	Länderübergreifend
Stiftung Jugendgästehaus Dachau	Gedenkstättenpädagogik und Gegenwartsbezug	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Multiplikatoren/ Multiplikatorinnen	01.10.07	30.09.10	Länderübergreifend
Amadeu Antonio Stiftung	Antisemitismus in Ost und West: lokale Geschichte sichtbar machen	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Multiplikatoren/ Multiplikatorinnen	01.09.07	31.12.10	Länderübergreifend
Bildungsverbund für die Internationale Jugendbegegnungsstätte Sachsenhausen e. V.	kunst – raum – erinnerung	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.09.07	31.08.10	Länderübergreifend

Träger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptzielgruppe	Förderzeitraum von	Förderzeitraum bis	Bundesland
Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e.V.	Erinnern – Erforschen – Konfrontieren	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.01.07	31.12.10	Mecklenburg-Vorpommern
Stiftung NEUE KULTUR	Geschichte erleben in Prora	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.09.07	31.10.10	Mecklenburg-Vorpommern
HATIKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e.V.	Pädagogische Auseinandersetzung mit Täterinnen und Tätern im Nationalsozialismus	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Multiplikatoren/ Multiplikatorinnen	01.08.07	31.12.10	Sachsen
Hillersche Villa e.V.	Geschichtswerkstatt Hillersche Villa	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.08.07	31.07.10	Sachsen
Verein Miteinander leben e.V.	OPEN MIND – Kinder mit dem gelben Stern	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Kinder und jüngere Jugendliche	01.08.07	31.07.10	Schleswig-Holstein
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.	Perspektivwechsel Bildungsinitiativen gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Multiplikatoren/ Multiplikatorinnen	01.01.07	31.12.10	Thüringen
23 Projekte im Themencluster: „Früh ansetzende Prävention“						
Demokratie und Integration Brandenburg e.V./ demos	Elternwege – Beratungswege	Entwicklung und Erprobung von spezifischen Aus- und Fortbildungskonzepten für Erzieher/-innen, Grundschullehrer/-innen	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	01.01.07	31.12.08	Brandenburg
Hochschule RheinMain	Kinder stärken	Entwicklung und Erprobung von spezifischen Aus- und Fortbildungskonzepten für Erzieher/-innen, Grundschullehrer/-innen	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	01.09.07	31.08.10	Hessen
INA gGmbH an der FU Berlin/Institut für den Situationsansatz	Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte für vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung	Entwicklung und Erprobung von spezifischen Aus- und Fortbildungskonzepten für Erzieher/-innen, Grundschullehrer/-innen	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	01.09.07	31.08.10	Länderübergreifend

Träger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptzielgruppe	Förderzeitraum von	Förderzeitraum bis	Bundesland
Antidiskriminierungsbüro e.V.	Fortbildungsmodul „Antidiskriminierungspädagogik“	Entwicklung und Erprobung von spezifischen Aus- und Fortbildungskonzepten für Erzieher/-innen, Grundschullehrer/-innen	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	15.08.07	14.08.10	Länderübergreifend
Fachhochschule Potsdam (Projektleiter Prof. Dr. Peter Knösel, Dekan FB Sozialwesen)	Dreisprung in die Zukunft	Entwicklung und Erprobung von spezifischen Aus- und Fortbildungskonzepten für Erzieher/-innen, Grundschullehrer/-innen	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	01.09.07	31.08.10	Länderübergreifend
Balance of Power e.V.	Kleine ganz Groß – Streiten will gelernt sein	Entwicklung und Erprobung von spezifischen Aus- und Fortbildungskonzepten für Erzieher/-innen, Grundschullehrer/-innen	Kinder und jüngere Jugendliche	01.08.07	31.07.10	Mecklenburg-Vorpommern
Jugend- und Familiendienst e.V. (jfd)	MEDETO – Mediatoren für Demokratie und Toleranz	Entwicklung und Erprobung von spezifischen Aus- und Fortbildungskonzepten für Erzieher/-innen, Grundschullehrer/-innen	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	01.09.07	31.08.10	Nordrhein-Westfalen
Landesfilmdienst Sachsen für Jugend- und Erwachsenenbildung e.V.	Courage für Kinder – Fortbildung für MultiplikatorInnen im Vorschulbereich	Entwicklung und Erprobung von spezifischen Aus- und Fortbildungskonzepten für Erzieher/-innen, Grundschullehrer/-innen	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	01.10.07	30.04.10	Sachsen
Friedenskreis Halle e.V.	Hand in Hand. Kita ohne Rassismus	Entwicklung und Erprobung von spezifischen Aus- und Fortbildungskonzepten für Erzieher/-innen, Grundschullehrer/-innen	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	01.09.07	31.12.10	Sachsen-Anhalt



Träger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptzielgruppe	Förderzeitraum von	Förderzeitraum bis	Bundesland
Die Lichtstube e.V. Verein zur Förderung der Jugendarbeit, Beratung und Bildung auf dem Lande	Praxiswerkstatt Prävention durch Partizipation	Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen	Kinder und jüngere Jugendliche	01.08.07	31.07.10	Baden-Württemberg
FiPP e.V. Fortbildungsinstitut für die pädagogische Praxis	Starke Kinder machen Schule	Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen	Kinder und jüngere Jugendliche	01.09.07	31.08.10	Berlin
Käpt'n Browser gGmbH	Kinder für eine Welt – Erziehung zur Toleranz	Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen	Kinder und jüngere Jugendliche	15.08.07	31.07.10	Berlin
Verein für Kinder- und Jugendkultursozialarbeit Zirkus Internationale e.V.	Hep beraber! – Ma'an! – Zusammen! – Soziales Lernen in kultureller Vielfalt	Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen	Kinder und jüngere Jugendliche	01.10.07	31.12.10	Berlin
Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V.	Partizipation leben in Kindergarten und Grundschule	Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen	Kinder und jüngere Jugendliche	01.10.07	30.09.10	Länderübergreifend
American Jewish Committee Berlin	Hands for Kids – Demokratie für Kinder	Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen	Kinder und jüngere Jugendliche	01.09.07	30.09.10	Länderübergreifend
Amadeu Antonio Stiftung	Kinderrechte in der Kommune	Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen	Kinder und jüngere Jugendliche	01.09.07	31.08.10	Länderübergreifend



Träger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptzielgruppe	Förderzeitraum von	Förderzeitraum bis	Bundesland
Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.	Mach's mit – Mach's nach – Mach's COURAGiErt	Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen	Kinder und jüngere Jugendliche	01.03.08	31.12.10	Mecklenburg-Vorpommern
Deutsche Kinder- und Jugendstiftung	Demokratie leben im Elementarbereich (Demokratie von Anfang an)	Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagoge/-innen	01.01.07	31.12.10	Sachsen
Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Thüringen e.V.	STUPS – Stark durch Spiel	Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen	Kinder und jüngere Jugendliche	15.11.07	31.10.10	Thüringen
Der PARITÄTISCHE LV Thüringen e.V.	Demokratie auf dem Acker (DadA)	Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen	Kinder und jüngere Jugendliche	01.09.07	31.08.10	Thüringen
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg – Jugendmuseum Schöneberg	Hands On History! Neugierig machen auf Geschichte	Historisches Lernen	Kinder und jüngere Jugendliche	01.07.07	31.12.10	Berlin
MW Malteser Werke gemeinnützige GmbH	Treffpunkt Geschichte – Geschichte entdecken	Historisches Lernen	Kinder und jüngere Jugendliche	01.04.08	31.12.10	Brandenburg
JuCo Soziale Arbeit gGmbH	Lernwerkstatt zum Nationalsozialismus & den Folgen für die Region Dresden/Meißen	Historisches Lernen	Kinder und jüngere Jugendliche	01.09.07	31.08.10	Sachsen
<b>34 Projekte im Themencluster: „Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft“</b>						
Interkulturelles Bildungszentrum gGmbH	El ele – Bildung und Teilhabe junger Mütter	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Migranten/ Migrantinnen	01.08.07	31.07.10	Baden-Württemberg
Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V.	EQIP – Entwicklung von Qualifizierung für Integration und Prävention	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Migranten/ Migrantinnen	10.09.07	09.09.10	Baden-Württemberg

Träger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptzielgruppe	Förderzeitraum von	Förderzeitraum bis	Bundesland
Jugendstiftung Baden-Württemberg – Servicestelle Jugend	Menschenrechte – lokal handeln, überregional vernetzen, international verständigen	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Migranten/ Migrantinnen	01.01.07	31.12.10	Baden-Württemberg
Forum der Kulturen Stuttgart e.V.	Entwicklung eines interkult. u. interrelig. Bildungskonzepts für Migrantenvereine	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Migranten/ Migrantinnen	01.08.07	31.12.10	Baden-Württemberg
Circus Cabuwazi e.V.	Open space – Open mind, multiethnische Minderheiten im Mikrokosmos	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Migranten/ Migrantinnen	01.09.07	31.07.10	Berlin
Die Wille gGmbH	Streitfall Religion – Interreligiöse Kompetenz und Konfliktbearbeitung	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.08.07	31.07.10	Berlin
Kulturnetzwerk Neukölln e.V.	19 Freiheiten – Temporäre Jugendaktionsräume	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.09.07	31.08.10	Berlin
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. RAA Brandenburg	Interkulturelle Kompetenz – Kommunale Verantwortung für Bildung, Integration und Chancengleichheit	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	01.09.07	31.08.10	Brandenburg
Chinelo-Theaterhaus e.V.	Bremer Welttheater – Theater machen, gut überkommen, erfolgreich miteinander leben	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Migranten/ Migrantinnen	01.10.07	31.03.10	Bremen
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.	COMMUNIS – Gemeinsam lernen in der politischen Bildung	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Migranten/ Migrantinnen	03.07.07	02.07.10	Länderübergreifend
Landesjugendring Brandenburg	Meine – Deine – Unsere Geschichte(n)	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.08.07	31.10.10	Länderübergreifend
Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V.	Dialogestan – Jugendliche argumentieren für die Menschenrechte	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	15.08.07	14.08.10	Länderübergreifend

Träger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptzielgruppe	Förderzeitraum von	Förderzeitraum bis	Bundesland
VIA Bayern, Verband für interkulturelle Arbeit e. V.	Fit für Vielfalt – interkulturelle und interreligiöse Bildung und Begegnung	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Multiplikatoren/ Multiplikatorinnen	01.09.07	31.12.10	Länderübergreifend
Archiv der Jugendkulturen e. V.	Migrantenjugendliche und Jugendkulturen	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Migranten/ Migrantinnen	01.08.07	31.10.10	Länderübergreifend
Interkultureller Rat in Deutschland e. V.	Dialog vor Ort: Kommunale Islamforen	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Migranten/ Migrantinnen	01.01.08	31.12.10	Länderübergreifend
Universität Bremen, StG Religionswissenschaft	Interreligiöse und interkulturelle Dialoginitiativen in Deutschland	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Multiplikatoren/ Multiplikatorinnen	01.05.08	31.12.10	Länderübergreifend
Kinder KINDER e.V	Interkulturelles Forum Lüchow-Dannenberg	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	01.11.07	31.10.10	Niedersachsen
Paulines Töchter e. V.	GevoLe – Gemeinsam voneinander Lernen	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Multiplikatoren/ Multiplikatorinnen	01.09.07	31.08.10	Nordrhein-Westfalen
Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) e. V.	Ideenführer Europa: Reise nach Jerusalem, Athen, Rom und Paris	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.09.07	31.12.10	Nordrhein-Westfalen
Jugendfilmclub Köln e. V.	Roots&Routes TV – Web-TV für kulturelle Vielfalt	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Migranten/ Migrantinnen	09.07.07	31.10.10	Nordrhein-Westfalen
Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V.	Interreligiöses und interkulturelles historisches Lernen	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Migranten/ Migrantinnen	01.08.07	30.07.10	Nordrhein-Westfalen
Adolf-Bender-Zentrum – Verein zur Förderung demokratischer Traditionen	Jugend und Interkulturalität: Modelle, Methoden, Perspektiven	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.04.08	31.12.10	Saarland
Forum Zeitgenössischer Musik Leipzig e. V.	MACHTMUSIK	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Migranten/ Migrantinnen	01.09.07	30.09.09	Sachsen
Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.	Interreligiöse & Interkulturelle Werkstatt	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.09.07	31.12.10	Sachsen-Anhalt
Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e. V.	ORFIDE – Orientierungen finden – Identitäten entwickeln	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.01.07	31.12.10	Sachsen-Anhalt

Träger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptzielgruppe	Förderzeitraum von	Förderzeitraum bis	Bundesland
Friedenskreis Halle e.V.	Transkulturelle Kompetenz – Eine aktuelle Schlüsselqualifikation	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.09.07	31.08.10	Sachsen-Anhalt
KOMED e.V./ Radio F.R.E.I.	Erfurter Interreligiöser Dialog (EID)	Interkulturelles und interreligiöses Lernen	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.09.07	31.08.10	Thüringen
United-Verein für eine Gesellschaft ohne Rassismus e.V.	Courage statt Gewalt	Umgang mit interethnischen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft	Migranten/ Migrantinnen	15.09.07	31.12.10	Baden-Württemberg
SPI Berlin Walter May gemeinnützige Stiftung	„VIELFALT GESTALTET – für Toleranz und Demokratie“	Umgang mit interethnischen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft	Eltern, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen, Sozialpädagogen/-pädagoginnen	01.09.07	31.12.10	Berlin
Hessischer Fußballverband	Interkulturelles Konfliktmanagement im Fußball	Umgang mit interethnischen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft	Multiplikatoren/ Multiplikatorinnen	01.10.07	30.09.10	Hessen
Violence Prevention Network e.V.	Präventions- und Bildungsarbeit mit fundamentalistisch gefährdeten Jugendlichen mit Migrationshintergrund	Umgang mit interethnischen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft	Migranten/ Migrantinnen	01.01.08	31.12.10	Länderübergreifend
Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V.	Jugend-Kulturlotsen 2010	Umgang mit interethnischen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft	Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen	01.10.07	30.09.10	Länderübergreifend
SJD – Die Falken OV Merkstein	Aktiv für unseren Stadtteil	Umgang mit interethnischen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft	Migranten/ Migrantinnen	01.08.07	31.07.10	Nordrhein-Westfalen
Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.	3-2-1 Mut! Empowerment-Trainings für Jugendliche und Elternworkshops in Sachsen	Umgang mit interethnischen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft	Migranten/ Migrantinnen	01.09.07	31.10.10	Sachsen
<b>Insgesamt: 93 Modellprojekte</b>						

# 2. „kompetent. für Demokratie“

## 2.1 Beratungsnetzwerke im Überblick

### 2.1.1 Baden-Württemberg

#### Problemaufriss

Rechtsextremistische Organisationen gewinnen in Baden-Württemberg immer mehr an Bedeutung. Die Zahl der jungen Rechtsextremisten sowie der Anhänger der Skinhead- und Neonaziszene nimmt zu. Gleichzeitig steigt von Jahr zu Jahr die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten. Ein wichtiges Merkmal der Szene ist ihre Wandlungsfähigkeit. Ein aktuelles Phänomen sind die „Autonomen Nationalisten“. Sie übernehmen die Symbolik und Argumentation linker Autonomen, zum Beispiel zum Thema Globalisierungskritik.

#### Programmstruktur

Träger des Programms ist das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Die Landeskoordinierungsstelle liegt bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg, die das Programm gegenüber der Zentralstelle verantwortet. Für die Beratung wurden Stellen bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg sowie bei der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung e.V. (LAGO) geschaffen. Die Jugendstiftung dient als Beratungsstelle für regionale Netzwerke. Die LAGO verantwortet die offene Jugendarbeit. Darüber hinaus arbeiten beide Organisationen eng mit regional und lokal vernetzten Trägern der Kinder- und Jugendarbeit zusammen, die die Beratung in Krisensituationen übernehmen.

#### Qualifizierung

In einer neu konzipierten Fortbildungsreihe wurden seit 2008 mehr als 50 Menschen zu kommunalen Beraterinnen und Beratern ausgebildet, die auf das Thema Rechtsextremismus spezialisiert sind. Die Schwerpunktthemen der jeweils zweitägigen Fortbildungen: Umgang mit rechtsextremen Vorfällen, Aufgabe und Rolle der Beraterinnen und Beratern in schwierigen Situationen sowie Ansätze, Methoden und Instrumente zur Problemlösung.

#### Das Beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk knüpft an die bestehenden Strukturen im Bereich der Jugendbildung an. In der Projektphase 2010 sind in 18 Landkreisen regionale Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus tätig.

#### Kompetent beraten

Die Verantwortung für den Einsatz der mobilen Interventionsteams liegt bei den einzelnen regionalen Beratungsnetzwerken. Wenn diese eine Beratungsanfrage erhalten, informieren sie die Landeskoordinierungsstelle. Wenn eine Beratung stattfindet, wird die Landeskoordinierungsstelle nach festgelegten Standards über den weiteren Verlauf unterrichtet.

#### Kontakt

Jugendstiftung Baden-Württemberg  
Landeskoordinierungsstelle und Koordinierungsstelle Regionale Vernetzung  
Tel.: 07741/68 77 34  
E-Mail: [beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de](mailto:beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de)

Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung e.V. (LAGO)  
Baden-Württemberg  
Koordinierungsstelle „Offene Jugendarbeit“  
Tel.: 0711/89 69 15 19  
E-Mail: [beratungsnetzwerk@lago-bw.de](mailto:beratungsnetzwerk@lago-bw.de)



## 2.1.2 Bayern

### Problemaufriss

In Bayern gibt es etwa 1.100 Rechtsextremisten. Zwar ist 2008 die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten zurückgegangen, die Zahl der jugendlichen Straftäter ist jedoch weiter gestiegen. Nach wie vor werben die „Freien Kameradschaften“ und „Autonomen Nationalisten“ gezielt Jugendliche an. Außerdem ist davon auszugehen, dass sich diese Gruppierungen zunehmend vernetzen.

Die NPD holte bei den Landtagswahlen 1,2 Prozent der Stimmen, konnte aber in manchen Bezirken mit bis zu 3 Prozent ein vergleichsweise hohes Ergebnis erzielen. Mit der Tarnliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ gelang ihr in München und Nürnberg mit insgesamt drei Sitzen der Einzug in den Stadtrat.

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle (LKS) Bayern ist beim Bayerischen Jugendring (BJR) angesiedelt. Dieser verfügt über ein ausgezeichnetes Netzwerk in Bayern und hat bereits intensive Erfahrungen mit dem Thema Rechtsextremismus gesammelt. Im Januar 2010 wurden zudem drei regionale Beratungsstellen in Bayern geschaffen. Diese dienen als Erstkontaktstellen und sollen in den Bezirken Oberbayern/Schwaben, Franken und Niederbayern/Oberpfalz verstärkt auch auf lokale Begebenheiten eingehen.

### Das Beratungsnetzwerk

In das bayerische Beratungsnetzwerk (BNW) sind rund 60 staatliche und nicht staatliche Organisationen sowie ausgewiesene Fachleute eingebunden. Das Beratungsnetzwerk vermittelt Expertinnen und Experten an die Mobilien Beratungsteams (MBT) und dient als Kompetenz- und Wissenspool. Im Gegenzug geben die Mobilien Beratungsteams ihre Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Arbeit vor Ort weiter. Somit ist das Beratungsnetzwerk ein gleichzeitig beratendes und unterstützendes, aber auch lernendes und sich entwickelndes, lebendiges Gremium.

### Kompetent beraten

Die Mobilien Beratungsteams werden dann eingesetzt, wenn die Menschen vor Ort sich überfordert, hilf- oder orientierungslos im Umgang mit rechtsextremistischen, rassistischen oder antisemitischen Vorfällen fühlen. Zunächst gibt die Landeskoordinierungsstelle eine erste Einschätzung ab. Danach analysiert eine Expertin oder ein Experte aus dem Beratungsnetzwerk gemeinsam mit den direkt Betroffenen und weiteren zuständigen Personen die Situation vor Ort. Im nächsten Schritt bildet sich das Mobile Beratungsteam, das ein nachhaltiges Lösungskonzept entwickelt und sich dabei ständig mit der Landeskoordinierungsstelle verständigt. Seit 2009 wird außerdem eine Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt und für die Eltern und Angehörigen rechtsextremer Jugendlicher angeboten.

### Kontakt

LKS Bayern gegen Rechtsextremismus  
c/o Bayerischer Jugendring  
Herzog-Heinrich-Straße 7  
80336 München  
Tel.: 089/5 14 58 38  
Internet: [www.lks-bayern.de](http://www.lks-bayern.de)





## 2.1.3 Berlin

### Problemaufriss

Knapp 2.000 Menschen zählen zum rechtsextremistischen Potenzial in Berlin. Die NPD konnte bei der Wahl 2006 in vier Bezirksverordnetenversammlungen einziehen. Zunehmend handeln sogenannte „Freie Kräfte“ und „Autonome Nationalisten“ als Vorfelddorganisationen der NPD. Die rechtsextreme Musikszene ist wegen der starken polizeilichen Repression nur im kleinen Kreis aktiv oder weicht in andere Bundesländer aus. 2008 registrierte das Landeskriminalamt in Berlin 91 Gewaltdelikte mit rechtsextremem Hintergrund. Die Opferberatungsstelle ReachOut zählte im gleichen Jahr 148 rechte, rassistisch und antisemitisch motivierte und homophobe Angriffe.

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle ist beim Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration angesiedelt. Er bündelt die Maßnahmen des Senats gegen Rechtsextremismus und entwickelt diese weiter. So entstand die Berliner Landeskonzption „Demokratie. Vielfalt. Respekt. – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“. Darüber hinaus finanziert Berlin bereits seit 2003 ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus.

### Das Beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk besteht aus mehr als 25 Expertinnen und Experten aus Berliner Universitäten, Verwaltungen, Beratungsfachdiensten und Vereinen. Anfragen zu rechtsextremer Gewalt und rechtsextremen Erscheinungsformen beantworten zwei Erstkontaktstellen: die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) und die Opferberatung ReachOut. Wer im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bedroht wird, kann sich dorthin wenden.

Darüber hinaus bietet das Projekt „Pro Aktiv“ bei der Stiftung Sozialpädagogisches Institut „Walter May“ eine Erstberatung bei Problemen im Zusammenhang mit ethnisierten und konfessionalisierten Konflikten an. Dazu zählte zum Beispiel auch der sogenannte Moscheenstreit.

### Kompetent beraten

Die Beratungsteams setzen sich aus Expertinnen und Experten mit unterschiedlichen Kompetenzen zusammen. Sie erfassen zunächst systematisch das Problem und ergreifen dann Sofortmaßnahmen. Nach Abschluss dieser kurzfristigen Interventionsphase leiten sie gegebenenfalls langfristige Beratungsprozesse ein, die sich am Klienten und am Gemeinwesen orientieren. Diese Anschlussberatung finanziert das Land Berlin.

### Kontakt

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales  
Beauftragter für Integration und Migration  
Potsdamer Straße 65  
10785 Berlin  
Tel.: 030/90 17 23 29



## 2.1.4 Brandenburg

### Problemaufriss

Landtagswahl Brandenburg/Bundestagswahl 2009: Bei der Landtagswahl verliert die rechtsextremistische DVU 4,9 Prozent der Wählerstimmen und kommt nur noch auf 1,2 Prozent (2004: 6,1). Die NPD erhält dagegen 2,5 Prozent. Für dasselbe Signal entscheiden sich die Brandenburger bei der Bundestagswahl. Hier erzielen Rechtsextremisten zusammen gerade einmal 3,5 Prozent (DVU: 0,9/NPD: 2,6). Die DVU hat seit der Landtagswahl in ganz Deutschland keinen einzigen Abgeordneten mehr. Bei der Bundestagswahl erhält sie bundesweit gerade einmal 0,1 Prozent (NPD: 1,5). Damit ist der Kampf um die Vorherrschaft innerhalb des rechtsextremistischen Lagers vorerst zugunsten der NPD entschieden und die Zukunft der DVU mehr als ungewiss.

Die Auseinandersetzung mit der NPD muss weitergehen. Bei der Kommunalwahl 2008 hat sie die Zahl ihrer Mandatsträger in den Kreisen und kreisfreien Städten deutlich erhöht. In bestimmten Regionen sind ihre Stimmenanteile sehr hoch. Das zeigt, wie wichtig es ist, verstärkt mit einer regionalspezifischen Ausrichtung aufzuklären und zu beraten.



### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle ist bei der Koordinierungsstelle des seit 1998 bestehenden Handlungskonzeptes der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ angesiedelt. Sie ist dem Koordinator des Handlungskonzeptes, dem Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, als Stabstelle zugeordnet. Ihre Aufgabe ist es, das landesweite Beratungsnetzwerk zu koordinieren und zu steuern.

### Das Beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk (BNW) ist ein Verbund von Expertinnen und Experten, die in schwierigen Situationen vor Ort beraten. Diese bringen unterschiedliche Kompetenzen mit, um Bürgerinnen und Bürger, Institutionen und Kommunen in Notlagen zu unterstützen. Zu den Mitgliedern des Netzwerks zählen unter anderem fünf Beratungsträger, acht Landesministerien, 24 Kooperationspartnerinnen und -partner sowie Koordinierungsstellen der Lokalen Aktionspläne.

### Kompetent beraten

Zunächst wenden sich die Betroffenen an die Landeskoordinierungsstelle. Diese identifiziert den zuständigen Beratungsträger und erteilt den Auftrag für den Einsatz eines Mobilen Interventionsteams. Die Beraterinnen und Berater dieses Teams analysieren die Situation, entwickeln Handlungsstrategien und setzen diese um.

### Kontakt

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg  
Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“  
Heinrich-Mann-Allee 107  
Haus 1a  
14473 Potsdam  
Tel.: 0331/8 66 35 60

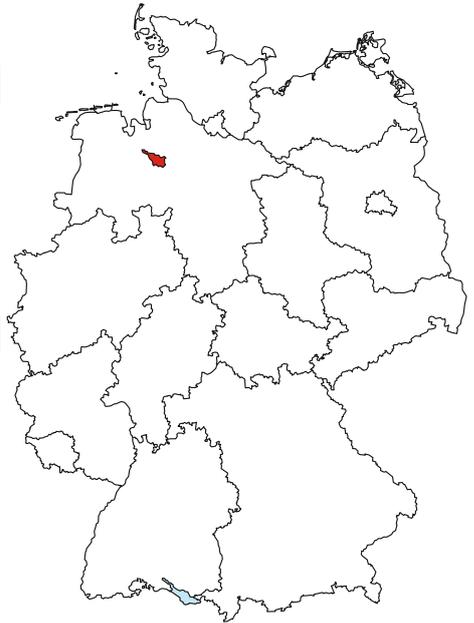
## 2.1.5 Bremen

### Problemaufriss

In Bremen gibt es eine aktive rechtsextreme Hooliganszene und entsprechende Szeneläden und -kneipen. Unter den Parteien gibt es die Tendenz zu rechts-populistischen Neugründungen. Außerdem kommt es immer wieder zu gewalttätigen Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund. Ein Tiefpunkt war ein Vorfall im Juli 2009, bei dem Skinheads einen Afrikaner vor der Szenekneipe „Bells“ im Bahnhofsviertel attackierten und verletzten.

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle von „pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven“ ist im Referat Kinder- und Jugendförderung der Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales angesiedelt. Angeschlossen ist eine Beratungsstelle, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Hinweise aus der Bevölkerung entgegen nehmen. Von hier aus steht der Weg zu allen Behörden und Ämtern im Land Bremen offen. Diese stehen mit zahlreichen Trägern der Jugendarbeit in Kontakt. Das Referat Kinder und Jugendförderung ist auch Träger des Lokalen Aktionsplans „Vielfalt Bremen“ im Rahmen des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT.“.



### Das Beratungsnetzwerk

Etwa 50 Institutionen, Initiativen und Netzwerke aus Bremen und Bremerhaven haben sich im Beratungsnetzwerk von „pro aktiv gegen rechts“ zusammengeschlossen. Den Kern des Netzwerks bildet der Projektbeirat mit 15 Institutionen. Dieser berät die Koordinierungsstelle.

### Kompetent beraten

„pro aktiv gegen rechts“ berät zu einem großen Spektrum von Problemen. Dieses reicht von rassistischen Äußerungen bis zu Übergriffen gewaltbereiter Neonazis. Betroffene Bürgerinnen und Bürger wenden sich zunächst an die im Projekt angestellten Beraterinnen und Berater. Fallbezogen werden auch Partnerinnen und Partner aus dem Netzwerk hinzugezogen.

### Fallbeispiel

Eine Jugendeinrichtung wendet sich an „pro aktiv gegen rechts“. Die Gründe: Eine Gruppe Jugendlicher hört dort Rechtsrock, provoziert mit rassistischen Äußerungen und ist in gewalttätige Auseinandersetzungen mit jugendlichen Migrantinnen und Migranten verstrickt. Mitarbeiter/-innen der Beratungsstelle eruierten mit den Beteiligten die Lage. Gemeinsam entwickeln sie einen Handlungsplan.

### Mögliche Beratungsschritte

1. Fortbildung „Rechtsextreme Lifestyles“ für pädagogische Fachkräfte
2. Beratung betroffener Eltern
3. Intervention in Bezug auf die Jugendlichen:
  - Auseinandersetzung mit Texten von Rechtsrock
  - Gespräch mit einem Aussteiger aus der rechtsextremen Szene
  - Antigewalttraining
  - Vermittlung von interkulturellen Kontakten im Stadtteil

### Kontakt

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales  
„pro aktiv gegen rechts“  
Bahnhofplatz 29  
28195 Bremen  
Tel.: 0421/36 15 93 11

## 2.1.6 Hamburg

### Problemaufriss

In Hamburg gibt es seit vielen Jahren eine aktive Szene von Neonazis, die in ein überregionales Netzwerk eingebunden sind. Auch innerhalb des NPD-Landesverbandes dominieren die Neonazis. Das rechtsextreme Personenzentrum hält sich mit 540 Personen relativ konstant. Erfreulicherweise erhielt die NPD bei den Bundestagswahlen im September 2009 lediglich 0,9 Prozent der Zweitstimmen, die DVU nur 0,1 Prozent.

Die Zahl der Gewaltdelikte ist von 45 Fälle im Jahr 2008 auf 30 Fälle im Jahr 2009 gesunken. Auch die Gesamtzahl rechtsextremer Straftaten – dazu zählen zum Beispiel auch Propagandadelikte – ging im Vergleich zum Vorjahr zurück.

### Rechtsextreme Straftaten in Hamburg

Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Fälle	184	139	173	285	400	332	369	291

Quelle: Jahresstatistiken der Polizei Hamburg

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle ist in Hamburg bei der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung angesiedelt. Die Stiftung wurde wegen ihrer umfassenden Erfahrung in den Bereichen Koordination und Netzwerkarbeit ausgewählt.

### Das Beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk hat sich im Februar 2008 konstituiert. Hier engagieren sich 26 Hamburger Institutionen mit staatlichem oder zivilgesellschaftlichem Hintergrund sowie Vertreterinnen und Vertreter der fünf Landkreise, die an Hamburg angrenzen. Die Besonderheit des Netzwerks: Es deckt sehr vielfältige inhaltliche Themen und fachliche Kompetenzen ab.

### Kompetent beraten

Der Bildungsträger Arbeit und Leben Hamburg e. V. organisiert und koordiniert die Einsätze der Mobilien Beratungsteams. Anlass für eine Beratung kann zum Beispiel der Anruf eines Betroffenen sein, der bei der Landeskoordinierungsstelle eingetruft. Es ist aber auch möglich, dass ein Mobiles Beratungsteam bei rechtsextremen, antisemitischen oder fremdenfeindlichen Vorfällen von sich aus aktiv wird und Betroffenen seine Unterstützung anbietet. Die Beraterenteams setzen sich je nach Sachlage aus Fachleuten und Organisationen mit unterschiedlichen Kompetenzen zusammen.

### Kontakt

Johann Daniel Lawaetz-Stiftung  
Neumühlen 16–20  
22763 Hamburg  
Tel.: 040/4 28 63 36 25



## 2.1.7 Hessen

### Problemaufriss

Vor den Landtagswahlen im Januar 2009 war die NPD die aktivste rechts-extremistische Gruppierung und konnte auch die Kameradschaften an sich binden, zum Beispiel das „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ und die „Freien Nationalisten“. Seit dem schlechten Wahlergebnis, bei dem die Partei nur 0,9 Prozent der Stimmen erhielt, befindet sie sich jedoch in einem personellen Umbruch.

Um Jugendliche wirbt das „Aktionsbündnis Mittelhessen“, zum Beispiel über die Internetplattform „Nazis in Mittelhessen“. Darüber hinaus fallen sogenannte „Autonome Nationalisten“ bei den „Freien Kräften Schwalm-Eder“ auf. Studien belegen zudem, dass sich auch rechtsextreme Jugendcliquen etabliert haben.

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle ist im Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums für Inneres und Sport angesiedelt. Den Inhalt des Programms verantwortet ein Lenkungsausschuss aus den Ressorts Inneres, Soziales, Kultur und Justiz zusammen mit dem Dachverband der Hessischen Jugendverbände.

### Das Beratungsnetzwerk

Dem Beratungsnetzwerk gehören 25 staatliche und freie Träger sowie zivilgesellschaftliche Organisationen an. Das Netzwerk dient als Pool von Expertinnen und Experten, die die Mobilen Interventionsteams beraten. Zum Beispiel dann, wenn die Beraterinnen und Berater vor fachspezifischen Fragen stehen oder Kontakte zu Institutionen vor Ort knüpfen möchten, zu denen sie bisher keinen Zugang hatten.

### Kompetent beraten

Ein Beispiel: Mitglieder eines Sportvereins einer hessischen Kleinstadt fallen mehrfach durch Aktivitäten mit rechtsextremistischem Hintergrund auf. Sie scheinen auch Kontakte zu einer Kameradschaft zu pflegen. Eines der rechten Mitglieder steht in enger persönlicher Verbindung zu einem Sponsor des Vereins, der eine „lokale Größe“ ist. Die Landeskoordinierungsstelle entscheidet, ein Beraterteam zu beauftragen. Eine Beraterin tritt direkt mit der Vereinsleitung in Kontakt. Ihr Kollege eruiert die strafrechtlichen Aspekte der Vorkommnisse. In Diskussionen mit der Landeskoordinierungsstelle analysieren sie die Verflechtungen von Verein, Sponsor und Kommune.

### Kontakt

Beratungsnetzwerk Hessen und mobile Intervention  
gegen Rechtsextremismus beim Land Hessen  
Hölderlinstraße 5  
65187 Wiesbaden  
Tel.: 0611/83 44 83



## 2.1.8 Mecklenburg-Vorpommern

### Problemaufriss

Bei den Landtagswahlen 2006 erhielt die NPD 7,3 Prozent der Stimmen und zog in den Landtag ein. Bei der Kommunalwahl 2009 wurden Vertreterinnen und Vertreter der NPD in 36 Kommunalwahlparlamente gewählt. An manchen Orten stimmten mehr als 20 Prozent der Wähler für die NPD. Unterstützt wird die Partei durch ein weit gefächertes Netzwerk von „Freien Kameradschaften“, die zunehmend versuchen, die Zivilgesellschaft zu unterwandern.

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle ist im Ministerium für Soziales und Gesundheit angesiedelt. Sie verknüpft Aktivitäten des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ mit Maßnahmen des Bundesprogramms.

### Das Beratungsnetzwerk

Seit August 2007 bestehen fünf „Regionalzentren für demokratische Kultur“ an den Standorten Rostock-Roggentin, Ludwigslust, Stralsund, Neubrandenburg und Anklam. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter koordinieren regionale Krisen- und Beratungsnetzwerke. Sie stellen die Mobilen Interventionsteams zusammen und sind für die strategische Planung der Interventionseinsätze verantwortlich. Die Regionalzentren verstehen sich als Agenturen zur Förderung demokratischer Prozesse.

### Kompetent beraten

Eine Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten informierte ein Regionalzentrum über wiederholte Drohanrufe von vermutlich Rechts-extremen. Die Leitung des Kriseninterventionsteams vereinbarte schnell einen Beratungstermin. Gleichzeitig informierte sie die „Mobile Aufklärung Extremismus“ der Polizeiinspektion und andere Partnerinnen und Partner. Gemeinsam mit den Betroffenen analysierten die Expertinnen und Experten die Situation und erstellten einen Maßnahmenkatalog. Vereinbart wurde unter anderem eine Kooperation mit dem zuständigen Polizeirevier. Diese stellte sicher, dass regelmäßig eine Polizeistreife vorbeikam. Der Staatsschutz prüfte Möglichkeiten der Bürosicherheit und des persönlichen Schutzes.

### Kontakt

Ministerium für Soziales und Gesundheit M-V  
Referat Kinder- und Jugendprogramm,  
Stärkung von Demokratie und Toleranz  
Werderstraße 124  
19055 Schwerin  
Tel.: 0385/5 88 92 14





## 2.1.9 Niedersachsen

### Problemaufriss

2008 zählte der NPD-Landesverband laut Verfassungsschutzbericht etwa 600 Mitglieder. Darüber hinaus sind in Niedersachsen etwa 15 neonazistische Kameradschaften ansässig. Außerdem bestehen bis zu zehn sogenannte Aktionsgruppen aus dem Umfeld der „Autonomen Nationalisten“. In mehreren ländlichen Regionen sind diese Gruppierungen eng miteinander vernetzt.

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle (NILAKO) ist beim Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) angesiedelt. Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit ist der direkte Partner des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

### Das Beratungsnetzwerk

Die Landeskoordinierungsstelle hat ein zentrales Beratungsnetzwerk aufgebaut. Derzeit gehören zu diesem Verbund etwa 50 Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen staatlichen und nicht staatlichen Institutionen. Sie arbeiten überwiegend in der Prävention von Rechtsextremismus. In Krisensituationen stellt die Landeskoordinierungsstelle aus dem Pool des Beratungsnetzwerks schnellstmöglich Mobile Interventionsteams (MIT) zusammen.

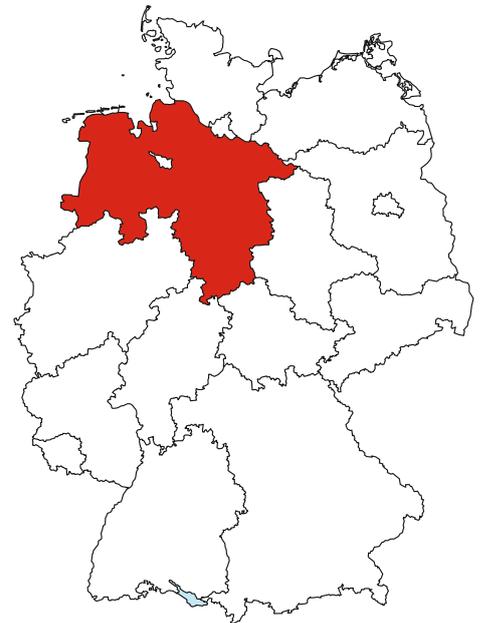
Die vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Koordinierungsstelle beraten und entscheiden auf Grundlage der Beratungsanfragen, ob und wie ein Mobiles Interventionsteam zusammengestellt wird.

### Kompetent beraten

Möglicher Verlauf eines Einsatzes: Ein Kommunalpolitiker wendet sich an die Koordinierungsstelle und bittet um Unterstützung, da in seinem Landkreis Rechtsextremisten regelmäßig an Gedenkstätten aufmarschieren. Die Koordinierungsstelle stellt dann ein Team mit den geeigneten Expertinnen und Experten zusammen. Gemeinsam mit dem Beratungsnehmer entwickeln diese eine Strategie, beispielsweise den Plan, ein zivilgesellschaftliches Bürgerbündnis zu gründen. Kann vor Ort eine Bürgerplattform etabliert werden, ist es möglich, regelmäßig Aktionen und (Gegen-)Veranstaltungen zu organisieren und zu steuern.

### Kontakt

Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle  
beim Landespräventionsrat Niedersachsen  
Am Waterlooplatz 5 A  
30169 Hannover  
Tel.: 0511/1 22 71 37



## 2.1.10 Nordrhein-Westfalen

### Problemaufriss

Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist Nordrhein-Westfalen keine Hochburg des Rechtsextremismus. Das zeigen unter anderem die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien. Trotzdem ist der Rechtsextremismus auch hier virulent. Zuletzt stieg die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten. Umso wichtiger bleibt es, die Zivilgesellschaft noch stärker gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie zu sensibilisieren und zu aktivieren. Das ist die Aufgabe der Landeskoordinierungsstelle.

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle ist in der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt, die wiederum im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration verankert ist. Die Landeszentrale verfügt über zahlreiche Erfahrungen in der Projektarbeit gegen rechtsextreme Erscheinungen, Strukturen und Phänomene. Beispiele dafür sind Veranstaltungen wie die „Präventionstage gegen Rechtsextremismus“, das „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ und das Programm „Courage zeigen für Demokratie“. Aus dieser projektbezogenen Arbeit bestehen stabile Kontakte zu zentralen Akteurinnen und Akteuren, die sich regional gegen Rechtsextremismus engagieren.

### Das Beratungsnetzwerk

In Nordrhein-Westfalen wurde in den fünf Regierungsbezirken (Arnsberg, Münster, Detmold, Düsseldorf und Köln) jeweils eine Regionalstelle eingerichtet:

Diese Beratungsnetzwerke dienen dem fachlichen Austausch und der Beratung. Sie vereinen Expertinnen und Experten des Regierungsbezirks, die gegen Rechtsextremismus arbeiten. Die Mobilien Interventionsteams helfen dort, wo die lokalen Akteurinnen und Akteure Unterstützung brauchen. Sie kommen – ähnlich wie die Feuerwehr – schnellstmöglich, wenn es brennt.

### Kompetent beraten

Auf öffentlichen Veranstaltungen wie Schützenfesten oder Fußballturnieren in einer kleinen Gemeinde sind wiederholt rechtsextreme Parolen zu hören. Die Landeskoordinierungsstelle bildet gemeinsam mit den Expertinnen und Experten vor Ort ein Team mit einer Mitarbeiterin des Jugendamtes, einem Polizisten, einer Expertin für Rechtsextremismus und einem Jugendarbeiter, der sich mit Strukturen im ländlichen Raum auskennt. Ein Workshop informiert über rechtsextreme Symbolik und trainiert die örtlichen Jugendarbeiterinnen und -arbeiter in Argumentationstechniken. Zusätzlich erarbeiten die Vereine einen gemeinsamen Kodex, der die Werte von Demokratie und Toleranz betont.

### Kontakt

Landeszentrale für politische Bildung  
Nordrhein-Westfalen im Ministerium  
für Generationen, Familie, Frauen und  
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen  
Horionplatz 1  
40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211/86 18 46 39



## 2.1.11 Rheinland-Pfalz

### Problemaufriss

In Rheinland-Pfalz besteht im Vergleich zu anderen Bundesländern eine weniger stringent organisierte und gewaltbereite rechtsextreme Szene. Bedenklich ist aber die relativ konstante Zahl politisch motivierter Straftaten von Rechtsextremen. Im Jahre 2008 waren es 708 Delikte, davon 24 Körperverletzungen. Sammelbecken für Rechtsextremisten verschiedener Couleur ist zunehmend die NPD. Sie schaffte bei den Kommunalwahlen 2009 den Einzug in sieben rheinland-pfälzische Stadträte/Kreistage. Insbesondere in ländlich strukturierten Gebieten ist die rechtsextreme Szene aktiv. Sie erreicht mit jugendgerechten Freizeitangeboten sowie über Musik und Kleidung ihre „Zielgruppe“.

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus ist im Landesjugendamt angesiedelt.

### Das Beratungsnetzwerk

Das Beraternetzwerk besteht aus Mitgliedern 20 staatlicher und nicht staatlicher Institutionen, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen. Diese Expertinnen und Experten treffen sich jährlich an fünf festen Terminen, um aktuelle Fälle zu erörtern und den Mobilien Interventionsteams Anregungen zu geben.

Eine Besonderheit im rheinland-pfälzischen Beratungsnetzwerk stellen sechs sogenannte Beratungsknoten dar: Sie sind als Sensoren und Ansprechpartnerinnen und -partner in den Regionen aktiv. Darüber hinaus wurde ein spezielles Beratungsangebot für Opfer von rechtsextremen Übergriffen geschaffen.

### Kompetent beraten

Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus bietet Institutionen, Kommunen oder Bürgerinnen und Bürgern im Land Beratung und Hilfe an, wenn diese von Vorkommnissen mit rechtsextremistischem, antisemitischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund betroffen sind.

### Fallbeispiel

Rechtsextreme nutzen die Betonflächen einer Eisenbahnbrücke regelmäßig dazu, Parolen aufzusprühen. Die Koordinierungsstelle und das Beratungsnetzwerk entscheiden, ein Mobiles Interventionsteam einzusetzen. Die Beraterinnen und Berater kontaktieren Bürgermeister, Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen „Besitzer“ der Brücke sowie Mitglieder einer regional aktiven Initiative für Toleranz.

Ergebnis: Die Flächen werden sehr zeitnah gesäubert, die Kosten trägt die Deutsche Bahn. Die örtliche Jugendpflege plant mit Jugendlichen eine Kreativaktion, um die Flächen bunt zu gestalten und gegebenenfalls neue Schmierereien von Rechtsextremen zu übermalen.

### Kontakt

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung  
Landesjugendamt  
Postfach 29 64  
55091 Mainz  
Tel.: 06131/96 71 85



## 2.1.12 Saarland

### Problemaufriss

Die NPD im Saarland hat ihre Vormachtstellung im rechtsextremen Lager ausgebaut. Im Jahr 2008 zählte sie 180 Mitglieder, 30 mehr als im Vorjahr. Dagegen ist die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremen gesunken. Nur noch 130 Menschen wurden 2008 den Skinheads und den Kameradschaften zugerechnet. Das sind 20 weniger als im Vorjahr. Auch die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ging 2008 zurück. Allerdings stieg die Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund an.

Nach wie vor bestehen im Raum Saarbrücken, Saarlouis und im Köllertal Kameradschaften fort, obwohl sie sich offiziell aufgelöst haben. Es formiert sich eine neue Gruppierung „Saarsturm“. Darüber hinaus bemühen sich die Kameradschaften um Kooperationen mit der NPD und mit freien Organisationen außerhalb des Saarlandes, z. B. in Zweibrücken.

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle (LKS) ist in die Stabsstelle „Chancen für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik“ im Ministerium für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport integriert. Sie kann schnell Kontakt zu maßgeblichen Stellen in Ministerien und Spitzenverbänden auf Kommunal- und Landesebene herstellen.

### Das Beratungsnetzwerk

Auf Landesebene besteht ein Beratungsnetzwerk mit Vertreterinnen und Vertretern aus staatlichen Stellen und lokalen Beratungsnetzwerken. Hier arbeiten Ansprechpartnerinnen und -partner aus unterschiedlichen Fachgebieten und Berufen, die im Krisenfall schnell und passgenau eingreifen können. Darüber hinaus wurde im August 2009 eine Beratungsstelle für Opfer von Diskriminierung und rechtsextremer oder fremdenfeindlicher Gewalt geschaffen, die landesweite Anfragen bearbeitet.

### Kompetent beraten

Nachdem eine Lehrerin Schüler ihrer Klasse mit T-Shirts rechtsextremer Bands gesehen hatte, kontaktierte sie den Berater vor Ort. Dieser besprach die Situation und das weitere Vorgehen mit der Lehrerin, der Schulleitung und dem Schoolworker. Die Schule suchte dann das Gespräch mit den Eltern. Der lokale Berater führte für Eltern und Lehrer eine Veranstaltung zum Thema „Jugend und Rechtsextremismus“ durch. Anhand der Ausstellung „Hass ist ihre Attitüde. Was passiert in der rechten Szene“ des Adolf-Bender-Zentrums arbeitete er mit allen Schülern und Schülerinnen der Klassenstufen 8 bis 10 zu diesem Thema. Zudem besuchte ein Aussteiger aus der rechtsextremen Szene die Schule, sprach mit den Jugendlichen über seine Erfahrungen in der Szene und seine Gründe für den Ausstieg.

### Kontakt

Ministerium für Arbeit, Familie,  
Prävention, Soziales und Sport  
Stabsstelle „Chancen für Kinder  
Kinder-, Jugend- und Familienpolitik“  
Franz-Josef-Röder-Straße 23  
66119 Saarbrücken  
Tel.: 0681/5 01-7260



## 2.1.13 Sachsen

### Problemaufriss

Sachsen muss sich mit einer aktiven rechtsextremistischen Szene auseinandersetzen. Die freien Kameradschaften gewinnen immer mehr an Bedeutung und die Zahl der Straftaten nimmt zu: 2008 verzeichnete der Verfassungsschutzbericht 2.421 rechtsextremistische Straftaten (+13 Prozent zu 2007). Vor allem handelte es sich dabei um Propagandadelikte. Die Zahl der Gewaltdelikte stieg sogar um 40 Prozent auf 126 Straftaten. Darüber hinaus nahm die Brutalität dieser Taten zu. Der Träger der Opferberatung verzeichnete 2009 263 Angriffe auf insgesamt 446 Personen. Hinzu kommen Sachbeschädigungen und Vorfälle, die wegen ungenügender Beweise nicht zur Anzeige gebracht wurden.

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle (LKS) ist im Sozialministerium, im Referat Jugendhilfe, angesiedelt. Sie arbeitet eng mit dem Landespräventionsrat zusammen, der an das Innenministerium angebunden ist. Beide Ressorts fördern die Beratung und finanzieren gemeinsam das Bundesprogramm.

### Das Beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk Sachsen ist als Arbeitsgruppe des Landespräventionsrates organisiert. Mitglieder sind freie und öffentliche Träger, die sich gegen Rechtsextremismus und für demokratische Grundwerte einsetzen. Dazu gehören auch zwei landesweit aktive Träger, die sich in der Mobilen Beratung und in der Opferberatung engagieren. Sie verfügen über je eine Zentrale und drei Regionalstellen, die als Erstkontaktstellen dienen. Insgesamt beschäftigt das Bundesprogramm 16 Personen hauptamtlich. Ehrenamtliche und Praktikantinnen und Praktikanten unterstützen die Arbeit.

### Kompetent beraten

Wenn die Menschen in einer Region oder einem Gemeinwesen nicht in der Lage sind, rechtsextreme Erscheinungen und Aktivitäten zu erkennen oder sich dagegen zu wehren, werden sie von einem Beratungsteam unterstützt. Das kann der Fall sein, wenn Menschen bedroht oder angegriffen werden. Aber auch wenn Rechtsextreme Immobilien kaufen wollen oder den öffentlichen Raum dominieren. In der Regel melden die Erstkontaktstellen die Problemlage an die Landeskoordinierungsstelle. Diese prüft den Sachverhalt, hält gegebenenfalls Rücksprache und erteilt dann einen entsprechenden Auftrag an die Beraterinnen und Berater. Daraufhin beginnt das jeweilige Regionalteam zu beraten.

### Kontakt

Sächsisches Staatsministerium für Soziales  
Albertstraße 10  
01097 Dresden  
Tel.: 0351/5 64 55 26



## 2.1.14 Sachsen-Anhalt

### Problemaufriss

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der politisch rechts motivierten Gewaltkriminalität 2009 um 31 Prozent zurückgegangen. 83 Delikte wurden in Sachsen-Anhalt gezählt. Die NPD konnte ihre Präsenz in den kommunalen Gremien bei den Kommunalwahlen 2009 stabilisieren und ausbauen. Die Partei ist nun mit 32 Mandatsträgern in den kommunalen Vertretungen aktiv. Das Ziel, in den Großstädten Magdeburg und Halle jeweils Fraktionsstärke zu erlangen, konnte die NPD nicht erreichen.

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle ist beim Ministerium für Gesundheit und Soziales im Arbeitsbereich der Integrationsbeauftragten der Landesregierung angesiedelt. Sie führt den Vorsitz bei den Sitzungen des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus, die alle zwei Monate stattfinden. Hier tauschen sich die Beraterinnen und Berater aus den unterschiedlichen Projekten aus.

### Das Beratungsnetzwerk

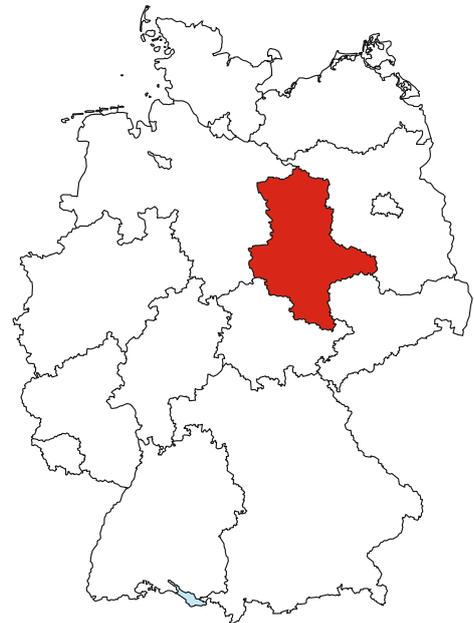
Vier Träger engagieren sich an vier Standorten. Sie sind für die Mobilen und Regionalen Beratungsteams sowie für eine Opferberatungsstelle verantwortlich. Außerdem bieten sie Beratung zum Thema „Förderung von Demokratie und Toleranz“ an und betreiben die Arbeitsstelle Rechtsextremismus. Deren Aufgabe ist es, die Entwicklung rechtsorientierter Strömungen im Bundesland zu beobachten und zu analysieren.

### Kompetent beraten

Die Beratungsteams unterstützen und beraten Kommunen und Landkreise ebenso wie Behörden, Schulen und zivilgesellschaftliche Einrichtungen. Dabei knüpfen sie an die Erfahrungen und Möglichkeiten der Akteure vor Ort an und entwickeln gemeinsam mit ihnen Handlungsstrategien. Die Beratung findet vor Ort statt.

### Kontakt

Ministerium für Gesundheit und Soziales  
des Landes Sachsen-Anhalt  
Bereich: Integrationsbeauftragte und  
Prävention von Rechtsextremismus I  
Turmschanzenstraße 25  
39114 Magdeburg  
Tel.: 0391/5 67-453



## 2.1.15 Schleswig-Holstein

### Problemaufriss

In Schleswig-Holstein reichen die Aktivitäten der rechtsextremen Szene von der Verteilung von Propagandamaterial bis zu Aufmärschen, wie etwa anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Lübecks am 28. März 1942. Ein typisches Phänomen stellen seit einiger Zeit die lokalen Aktionsgruppen dar. Die sogenannten Autonomen Nationalisten zeichnen sich durch einen vergleichsweise schwachen Organisationsgrad und einen Hang zum Aktionismus aus. Ihre Aktionen präsentieren sie dann im Internet. Beunruhigend ist, dass Verbindungen zwischen der kriminellen Rockerszene und gewaltbereiten Rechtsextremisten bestehen.

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle ist gemeinsam vom Innenministerium und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren Schleswig-Holstein ins Leben gerufen worden. Sie ist beim Landesrat für Kriminalitätsverhütung angesiedelt und hat im März 2009 ihre Arbeit aufgenommen. Seit August 2009 arbeiten bei der Landeskoordinierungsstelle zwei Erstberaterinnen und -berater der Aktion Kinder- und Jugendschutz (AKJS) als fester Bestandteil der Mobilen Interventions-/Beratungsteams. Die Beratungsteams werden je nach Anlass und Fall unterschiedlich zusammengestellt. Die Beraterinnen und Berater gehören dem landesweiten Beratungsnetzwerk an.

### Das Beratungsnetzwerk

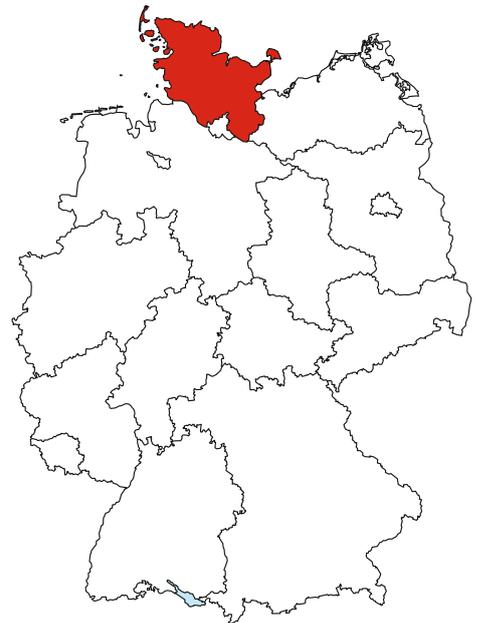
Ausgangspunkt für die Schaffung eines Beratungsnetzwerks von staatlichen und nicht staatlichen Institutionen war die Einrichtung einer Arbeitsgruppe beim Landesrat für Kriminalitätsverhütung, deren Vorsitz die Landeskoordinierungsstelle bildet. Diese Arbeitsgruppe setzt sich aus Expertinnen und Experten mit unterschiedlichen Fachkompetenzen zusammen.

### Kompetent beraten

Die Landeskoordinierungsstelle entscheidet auf der Grundlage von Beratungsanfragen, ob ein Mobiles Interventions-/Beratungsteam zusammengestellt wird und welche Kompetenzen benötigt werden. Die Anfragen werden in der Regel von den Erstberaterinnen und -beratern der Aktion Kinder- und Jugendschutz entgegengenommen. Wenn deren Kompetenzen nicht ausreichen, wird aus der ständigen Arbeitsgruppe des Beratungsnetzwerkes ein passendes Team zusammengestellt. Das Mobile Interventions-/Beratungsteam kann seine Unterstützung bei Problemen mit rechtsextremem, antisemitischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund auch direkt anbieten.

### Kontakt

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein  
IV GRK 2, Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus  
Düsternbrooker Weg 92  
24105 Kiel  
Tel.: 0431/9 88-3130



## 2.1.16 Thüringen

### Problemaufriss

2008 vertraten 16 Prozent der Thüringer rechtsextreme Ansichten (2004: 23 Prozent), 480 waren Mitglieder der NPD (2007: 550). Der Verfassungsschutz zählte weitere 630 Rechtsextremisten und Neonazis (2007: 690).

Bei der Kommunalwahl im Juni 2009 erzielte die NPD 18 Mandate in Kreistagen und Stadträten kreisfreier Städte. Bei der Landtagswahl im August 2009 blieb die Partei knapp unter der Fünfprozenthürde. Thüringen ist das einzige ostdeutsche Bundesland, in dem seit der Wiedervereinigung noch nie eine rechtsextreme Partei in den Landtag gewählt wurde.

Die Zahl politisch motivierter Propagandadelikte steigt seit Jahren deutlich, während die Gewalt gegen Personen und Gegenstände nur leicht zunimmt.

### Die Landeskoordinierungsstelle

Die Landeskoordinierungsstelle ist im Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit angesiedelt. Sie organisiert das landesweite Beratungsnetzwerk und verwaltet die Mittel. Die Kontakt- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in Thüringen (KonKReTh) ist für die Bildung lokaler Beratungsnetzwerke und die Koordination der Mobilen Interventionsteams zuständig.

### Das Beratungsnetzwerk

Zum Thüringer Beratungsnetzwerk gehören verschiedene Ressorts der Landesregierung, die Evangelische und Katholische Kirche, die Jüdische Landesgemeinde, der Gemeinde- und Städtebund, der Landkreistag, der Landessportbund, der Gewerkschaftsbund sowie die Industrie- und Handelskammer. Lokale Vertreterinnen und Vertreter dieser Institutionen verstärken die Mobilen Interventionsteams.

### Kompetent beraten

Die Mobile Beratung unterstützt Kommunen, Vereine und zivilgesellschaftliche Akteure bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus. Die Beraterinnen und Berater dokumentieren einschlägige Vorfälle und leisten Netzwerkarbeit. Der Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechtsextremer Gewalt berät, unterstützt und begleitet Betroffene – vom Erstgespräch bis zum Gerichtsverfahren. Sowohl die Mobile Beratung als auch die Opferberatung werden von multiprofessionellen Teams durchgeführt.

### Kontakt

Landesstelle Gewaltprävention  
Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit  
Werner-Seelenbinder-Straße 6  
99096 Erfurt  
Tel.: 0361/3 79 87 71



## 2.2 Unterschiedliche Steuerungsstrukturen in den Bundesländern

Zentral koordinierte und gesteuerte Einsätze Mobiler Interventionsteams	Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein
Zentral koordinierte und gesteuerte Einsätze Mobiler Interventionsteams – Regionalisierungsansatz durch Förderung von festen Beratungsstrukturen	Bayern, Brandenburg, Rheinland-Pfalz
Zentral koordinierte und dezentral gesteuerte Einsätze Mobiler Interventionsteams – Regionalisierungsansatz durch Förderung von festen Beratungsstrukturen	Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

## 2.3 Tabellarische Übersicht der Modellprojekte

Träger	Projektbezeichnung	Thema	Hauptzielgruppe	Förderzeitraum von	Förderzeitraum bis	Bundesland
Deutsche Jugendfeuerwehr im Deutschen Feuerwehrverband e.V.	Demokratie steckt an – Das Modellprojekt „Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie“	Die Jugendleiter/-innen der Deutschen Jugendfeuerwehr wurden so ausgebildet, dass sie antidemokratischen Tendenzen in ihrem Umfeld entgegen treten können.	Jugendfeuerwehrwarte/-innen	01.10.2008	31.12.2010	Brandenburg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Rheinland-Pfalz
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement/Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V.	Zivilgesellschaft stärken. Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus im strukturschwachen ländlichen Raum	Die Menschen in Städten, Dörfern und Gemeinden sollten wissen, wie sie sich gegen die Unterwanderung durch Rechtsextreme wehren können und geeignete Handlungsempfehlungen an die Hand bekommen.	Akteure und Akteurinnen in der Kommunalpolitik, Jugendverbände, Vereine, Initiativen und Mobile Beratungsteams	18.11.2008	31.12.2010	Vier Modellregionen: Landkreis Uecker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern, Landkreis Kyffhäuserkreis in Thüringen, Landkreis Schaumburg in Niedersachsen und der Landkreis Altmarkkreis Salzwedel in Sachsen-Anhalt

## 2.4 Mittelbereitstellung pro Jahr im Durchschnitt nach Programmsäulen

Programmsäule	Förderansatz	Haushaltsmittel pro Jahr
Säule 1	Pro Beratungsnetzwerk bis zu 250.000,- EURO; Gesamtzahl der Beratungsnetzwerke: 16*	4.000.000,- EURO
Säule 2	Unterschiedliche Fördersummen pro MP; Gesamtzahl der MP: 2	200.000,- EURO
Säule 3	Organisation, Informations- und Erfahrungsaustausch, Qualifizierung der Mobilien Interventionsteams, Evaluation, Internetplattform, Zentralstelle	800.000,- EURO
<b>Gesamt</b>		<b>5.000.000,- EURO</b>

\* Die Beratungsnetzwerke werden von den 16 Ländern kofinanziert. So wurden ein Drittel der Gesamtkosten durch die Länder getragen. Ergänzt werden diese Kofinanzierungen durch Haushaltsmittel der Städte und Gemeinden.

## 2.5 Übersicht über die Wissenschaftliche Begleitung

Projektbezeichnung	Name	Gesamtförderzeitraum von	Gesamtförderzeitraum bis
Wissenschaftliche Begleitung in der Programmsäule 1	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V./ Camino gGmbH	01.02.2008	30.06.2011





# Impressum

## Herausgeber

Regiestelle Vielfalt  
gsub – Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH  
Oranienburger Straße 65  
10117 Berlin

Zentralstelle kompetent. für Demokratie  
Stiftung Demokratische Jugend  
Grünberger Straße 54  
10245 Berlin

## Konzept/Koordination

Regiestelle Vielfalt, Berlin

## Redaktion

Regiestelle Vielfalt, Berlin  
Zentralstelle kompetent. für Demokratie, Berlin  
Mit Unterstützung durch die Wissenschaftlichen Begleitungen sowie die Programmevaluation.

## Gestaltung

MEDIA CONSULTA Advertising GmbH

## Druck

rewi Druckhaus, Wissen

## Webseiten

[www.vielfalt-tut-gut.de](http://www.vielfalt-tut-gut.de)  
[www.kompetent-fuer-demokratie.de](http://www.kompetent-fuer-demokratie.de)  
[www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de](http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de)

## Kontakt

[kontakt@toleranz-foerdern.de](mailto:kontakt@toleranz-foerdern.de)

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ vom







CD-ROM zum Abschlussbericht der Bundesprogramme

„VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt,  
Toleranz und Demokratie“  
und  
„kompetent. für Demokratie -  
Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“

Förderphase 2007 - 2010